

Invalid und Frau dazu

Wie positionieren sich deutschsprachige Interessenverbände für
Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren
zur Änderung der gemischten Methode?

Erarbeitet von: Dirren Maria

Studienanfang: BAC 15, Vertiefung Sozialpädagogik

Begleitende Dozentin: Mattig Astrid

Agarn, 13. August 2018

Eidesstattliche Erklärung

«Hiermit versichere ich, dass ich die Bachelor-Thesis selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Ausführungen, die anderen Texten wörtlich oder sinngemäss entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Die Arbeit war noch nie in gleicher oder ähnlicher Fassung Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung. Die Bachelor-Thesis respektiert den Ethikkodex für die Forschung.»

Agarn, 13.08.2018

Dirren Maria

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich meine Dankbarkeit aussprechen.

Mein Dank gilt:

Frau Dr. iur. Stefanie Kurt, die sich Zeit genommen hat und ihr Expertenwissen mit mir teilte,

Frau Grob Annina, die als Co-Geschäftsleiterin von AvenirSocial meine Fragestellungen rasch und kompakt beantwortete,

Frau Havelka Conny für das rasche Korrekturlesen der Arbeit und das Berichten der Rechtschreibung,

Frau Mattig Astrid, meiner Begleitdozentin, die mir wertvolle Inputs gab und mir einen fortwährenden Austausch ermöglichte.

Ferner danke ich:

meinem ehemaligen Kommilitonen Karlen Kevin. Danke, dass du dir Zeit genommen hast, meine Fragen zu beantworten. Der Austausch verhalf mir, einen Fokus zu setzen.

meiner Kommilitonin Barbara Meyer. Danke für die spannenden, anregenden Diskussionen und insbesondere die gegenseitige Unterstützung während der Bachelorarbeit und der freien Tage.

meinem Lebenspartner. Danke für deine Unterstützung, die Geduld, deine Wertschätzung sowie das grosse Verständnis während der Erarbeitung der Thesis.

meiner Familie. Danke für eure moralische Unterstützung, eure motivierenden Worte und die Geduld, die ihr für mich aufgebracht habt.

Abstract

Die vorliegende Bachelor-Thesis befasst sich mit der Änderung der «gemischten Methode» und stellt dabei den Fall Di Trizio ins Zentrum, anhand dessen die für Sozialarbeitende relevanten Aspekte aufgezeigt werden.

In der theoretischen Auseinandersetzung wird der Fall völkerrechtlich eingeordnet und es erfolgt eine differenzierte Betrachtung der Termini Diskriminierung, Behinderung und Invalidität. Ebenso wird die gemischte Methode als Rentenberechnungsmodell für Teilzeiterwerbstätige erläutert und in der Invalidenversicherung eingeordnet. Die Rolle der Sozialen Arbeit im Zusammenhang mit Menschenrechten und Politik wird aufgezeigt. Schliesslich wird das Vernehmlassungsverfahren, das auch als Forschungsbereich der Thesis fungiert, dargelegt und in das politische System der Schweiz eingeordnet.

Die Forschung folgt der Leitfrage der Thesis. Diese lautet: *«Wie positionieren sich deutschsprachige Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode?»*

Die Dokumentenanalyse bildet dabei die qualitativ-interpretative Forschungsmethode und wird anhand dreier Techniken abgehandelt (zusammenfassende Inhaltsanalyse und induktives Verfahren, Explikationsverfahren und deduktives Verfahren mit inhaltlicher Strukturierung). Dadurch wird ein breites Bild der Vernehmlassungssituation abgebildet und der sozialarbeiterische Blickwinkel einbezogen.

Die Resultate zeigen auf, dass eine kritische Auseinandersetzung der Interessenverbände hinsichtlich der Änderung der gemischten Methode erfolgte. Eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung der gemischten Methode und die längst fällige Wertschätzung für Frauen wurden proklamiert. Während Interessenverbände für Menschen mit Behinderung die Termini Behinderung und Invalidität klar trennten, betonten die anderen Verbände die Betroffenheit von Frauen mit Behinderung. Es war selten explizit nachzuweisen, auf welche Diskriminierungsbegrifflichkeiten sich die Verbände stützten. Nur wenige Vereine führten universelle Menschenrechtsverträge in ihrer Argumentation auf.

In der Schlussfolgerung der Thesis werden weiterführende Fragen aufgeführt und die Grenzen der Fragestellung aufgezeigt. Zudem wird der Lernprozess anhand der Theorie, der Forschung und der Sozialen Arbeit eruiert. Abschliessend werden die Konsequenzen für die Soziale Arbeit aufgezeigt und ein persönliches Fazit dargelegt.

Einen wesentlichen Aspekt dieser Thesis nimmt die indirekte Diskriminierung von Frauen ein. Entsprechend wurde die Arbeit bewusst im generischen Femininum verfasst, bei dem Männer mit gemeint sind. Weiter wird unter Sozialarbeitenden ein umfassender Begriff verstanden, der die drei Vertiefungsrichtungen Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Soziokulturelle Animation inkludiert.

Schlüsselbegriffe:

IV - gemischte Methode

Frau - Behinderung - Diskriminierung

Menschenrechte - Tripelmandat - Politik

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	viii
-----------------------------	------

Teil 1 Einführung

1 Invalid und Frau dazu	1
1.1 Aufbau der Thesis.....	1
1.2 Persönliche Motivation.....	1
1.2.1 Fall Di Trizio	2
1.3 Verknüpfung mit der Sozialen Arbeit.....	3
1.4 Fragestellung	4
1.5 Erste Hypothese	5
1.6 Ziele	5

Teil 2 Theoretischer Zugang

2 Völkerrechtliche Einordnung des Falles Di Trizio	6
2.1 Funktionen des Völkerrechts	6
2.2 Subsidiarität und Individualbeschwerde	6
2.3 Exkurs «universelle Ebene»	7
2.3.1 Frauenrechtskonvention	7
2.3.2 Behindertenrechtskonvention.....	7
2.4 Europäische Menschenrechtskonvention	8
3 Begrifflichkeiten und ihre Differenzen.....	9
3.1 Diskriminierung versus Diskriminierung	9
3.1.1 Völkerrecht.....	9
3.1.2 Grundrechte der Schweiz	11
3.1.3 Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität	12
3.2 Invalidität versus Behinderung	14
3.2.1 Begriff der Invalidität.....	14
3.2.2 Begriff der Behinderung	15

4	Invalidenversicherung.....	17
4.1	Grundsätze der IV.....	17
4.1.1	Leistungen der IV	17
4.2	IV- Renten.....	17
4.2.1	Anspruchsvoraussetzungen	18
4.2.2	Beginn und Ende des Rentenanspruchs	18
4.2.3	Berechnung der Rente	18
4.2.4	Bemessung des Invaliditätsgrades	19
5	Soziale Arbeit, Menschenrechte und Politik.....	22
5.1	Soziale Arbeit und Menschenrechte.....	22
5.1.1	Definition der Sozialen Arbeit	22
5.1.2	Berufskodex der Sozialen Arbeit.....	22
5.1.3	Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat.....	23
5.2	Soziale Arbeit und Politik.....	24
5.2.1	Politikverständnis.....	24
5.2.2	Politische Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit.....	25
5.2.3	Politisches System Schweiz.....	26
5.2.4	Das Vernehmlassungsverfahren.....	27
6	Zusammenfassung	28
6.1	Theoriegeleitete Hypothese und Fragestellung	29

Teil 3 Methodik

7	Dokumentenanalyse	30
7.1	Forschungsvorgehen.....	30
7.2	Möglichkeiten und Grenzen der Forschung	31
7.3	Methodik.....	31
7.3.1	Zusammenfassende Inhaltsanalyse und induktive Kategorienbildung ...	31
7.3.2	Explikationsverfahren	32
7.3.3	Deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung	32
7.4	Erfahrungen bezüglich der Datenerhebung	32
7.5	Auswertungsmethodik	32

Teil 4 Ergebnisse und Synthese

8 Ergebnisse und Synthese der Dokumentenanalyse	34
8.1 Darstellung der Interessenverbände	34
8.2 Analyse und Synthese des induktiven und des Explikationsverfahrens	36
8.3 Analyse und Synthese des deduktiven Verfahrens	43
8.4 Diskussion der Hypothese	46

Teil 5 Schlussfolgerung

9 Fazit	47
9.1 Beantwortung der Fragestellung	47
9.1.1 Grenzen der Fragestellung	47
9.1.2 Weiterführende Fragestellungen	48
9.2 Konsequenzen für die Soziale Arbeit	48
9.3 Lernprozess	49
9.3.1 Persönliches Fazit	49

Teil 6 Verzeichnisse

10 Abbildungsverzeichnis	51
11 Tabellenverzeichnis	52
12 Literaturverzeichnis	53

Teil 7 Anhang

13 E-Mail Austausch AvenirSocial	61
14 Liste der konsultierten Dokumente	62
15 Zusammenfassende Inhaltsanalyse und Induktive Kategorienbildung	63
16 Explikationsverfahren	67
17 Deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung	70

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
ATSG	Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsrechts
BV	Bundesverfassung
BehiG	Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligung von Menschen mit Behinderung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (Frauenrechtskonvention)
CRPD	Convention on the Rights of Persons with Disabilities (Behindertenrechtskonvention)
DIMDI	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EGMR	Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EFS- FPS	Evangelische Frauen Schweiz Femmes Protestantes en Suisse
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
GIG	Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann
ICF	International Classification of Functioning, Disability and Health (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit)
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung
KSIH	Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit
SBV	Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband
SBG- FSS	Schweizerischer Gehörlosenbund - Fédération Suisse des Sourds-Federazione Svizzera dei Sordi
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
UNO	United Nation Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
VIG	Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch

Teil 1

Einführung

1 Invalid und Frau dazu

Die Invalidenversicherung als Teil des schweizerischen Sozialversicherungssystems, die immer noch vorherrschende Ungleichheit der Geschlechter, Menschenrechte, Diskriminierung und soziale Gerechtigkeit sind Themen, die meines Erachtens für angehende Sozialarbeitende unumgänglich sind und ich daher in meiner Bachelorthesis aufgreifen möchte.

1.1 Aufbau der Thesis

Die Bachelor-Thesis stellt den Fall Di Trizio ins Zentrum. Eine retrospektive Sichtweise soll die für Sozialarbeitende relevanten Aspekte einer menschenrechtsorientierten Profession aufzeigen und diese mit der Analyse der Vernehmlassungen über die Änderung der gemischten Methode vergleichen.

Die Thesis ist wie folgt gegliedert: Das erste Kapitel beschreibt die Themenwahl, die dazugehörige Fragestellung und deren Eingrenzung sowie eine erste Hypothese und die Ziele der Arbeit. Das zweite Kapitel beinhaltet die theoretische Auseinandersetzung mit dem Fall Di Trizio und dessen völkerrechtliche Einordnung. Danach werden die Begriffe *Diskriminierung* und *Behinderung* differenziert betrachtet. Dabei fliessen Kommentare des Experteninterviews¹ ein. Anschliessend werden die Invalidenversicherung und insbesondere die gemischte Methode als Rentenberechnungsmodell erläutert. Danach wird die Soziale Arbeit im Zusammenhang mit Menschenrechten und Politik betrachtet. Schliesslich wird das Vernehmlassungsverfahren als Forschungsbereich expliziert, woraufhin eine theoretische Zusammenfassung erfolgt. Die daraus resultierende, theoriegeleitete Hypothese wird ebenfalls dargelegt. Das dritte Kapitel beinhaltet den Forschungsteil. Es umfasst die Methodik, die Ergebnisse sowie eine Synthese und setzt sich aus dem dritten und vierten Teil der Thesis zusammen. Die Thesis wird mit den Schlussfolgerungen abgerundet. Dabei werden Anregungen aufgezeigt und es wird neben der Beantwortung der Fragestellung der persönliche Lernprozess reflektiert.

1.2 Persönliche Motivation

Im Rahmen meines Studiums beschäftigten mich die Menschenrechte besonders intensiv. Während sie zu Beginn der Ausbildung eine lang ersehnte Antwort zu geben schienen, führte die zunehmende Auseinandersetzung zu Verwirrungen, Dilemmas und heftigen Wortwechseln. Es kristallisierte sich für mich ein Themenbereich heraus, der mich nicht mehr zur Ruhe kommen lassen liess und von dem ich bald wusste, dass er Teil meiner Abschlussarbeit sein würde.

Zu Beginn des Bachelor-Moduls fokussierte ich mich stark auf die erst 2014 von der Schweiz ratifizierte Behindertenrechtskonvention. Insbesondere vom Artikel 6 der Behindertenrechtskonvention (Art. 6 CRPD), der die Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Behinderung anerkennt, konnte ich mich nicht mehr lösen.

¹ Das Experteninterview wurde ursprünglich als Probeinterview geführt. Gemeinsam mit der Begleitdozentin wurde entschieden, hilfreiche Erkenntnisse der Expertin in die Thesis einfließen zu lassen.

Bei der Literaturrecherche stiess ich schliesslich auf das von Katerina Baumann und Margareta Lauterburg veröffentlichte Buch «Knappes Geld - ungleich verteilt: Gleichstellungsdefizite in der Invalidenversicherung». Die 2001 publizierte Studie beinhaltet eine umfassende Darstellung der Gleichstellungsdefizite und Benachteiligung von Frauen in der Invalidenversicherung. Baumann und Lauterburg (2001, 65-98) verweisen darin auf die indirekte Diskriminierung von Frauen bei der gemischten Methode als Rentenberechnungsmethode. Die Autorinnen (2001, 19-32) greifen auch die Benachteiligung von Frauen bei Umschulungen über die Invalidenversicherung auf.

Zunächst liess ich mir beide Themenbereiche offen. Ich recherchierte zu der Umschulung als Leistungsart der IV und parallel dazu zur gemischten Methode als deren Rentenberechnungsmethode. Bei Letzterer stiess ich auf den Fall Di Trizio. Der Verein humanrights (online, 2016 a) berichtet, dass der EGMR die Schweiz verurteilte und eine indirekte Diskriminierung von Frauen in der gemischten Methode anerkannte, da 98% der Fälle auf Frauen zutrafen.

Das folgende Gespräch mit einem ehemaligen Kommilitonen und das Probeinterview mit Frau Kurt verhalfen mir schliesslich, meinen Fokus zu setzen und die retrospektive Sichtweise in Bezug auf den Fall Di Trizio einzunehmen.

1.2.1 Fall Di Trizio

Pärli (2016, 390- 391) legt den Sachverhalt und Entscheid wie folgt dar:

- ▽ Am 24. Oktober 2003 hat sich Frau Di Trizio aufgrund von lumbalen Rückenbeschwerden bei der Invalidenversicherung (IV) angemeldet.
- ▽ Die IV-Stelle ermittelte mittels Einkommensvergleichs für die Zeitspanne Juni 2002 - Mai 2004 einen Invaliditätsgrad von 50% und damit den Anspruch auf eine halbe IV- Rente.
- ▽ Am 6. Februar 2004 wurde Frau Di Trizio Mutter von Zwillingen, woraufhin der Invaliditätsgrad mittels gemischter Methode ermittelt wurde. Da Frau Di Trizio als gesunde Frau zu 50% erwerbstätig gewesen wäre, verringerte sich der Invaliditätsgrad auf 22%.
- ▽ Nach Einsprache der Betroffenen bei der IV-Stelle wurde der IV-Grad auf 27% korrigiert. Ab September 2007 erhielt sie keine Rente mehr.
- ▽ Frau Di Trizio erhob eine Beschwerde beim Versicherungsgericht in St. Gallen, welches den Entscheid vom 30. November 2007 teilweise guthiess und sie an die Verwaltung zurückverwies.
- ▽ Die IV-Stelle des Kantons reichte eine Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ein und beantragte die Aufhebung des Entscheides.
- ▽ Das Bundesgericht² (zit. in Pärli, 2016, 391) hat die Beschwerde am 28.07.2008 mit dem Entscheid gutgeheissen und erklärt, dass die gemischte Methode zu keiner Diskriminierung führe. Es treffe zwar zu, dass sie zu einem Verlust des Rentenanspruchs führen könne, der daraus resultierende Einkommensverlust sei aber nicht invaliditätsbedingt. Falls diese Konstellation insbesondere auf Frauen

² Gemäss schweizerischem Bundesgericht (sd, online) ist das Bundesgericht das oberste Gericht der Schweiz und entscheidet als letzte nationale Instanz über Rechtsstreitigkeiten.

zutreffe, sei Besagtes eine gesellschaftliche Gegebenheit und damit nicht von der Invalidenversicherung zu revidieren.

- ▽ Am 3. Februar 2009 reichte Frau Di Trizio beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wegen Verletzung von Art. 6 (Recht auf ein faires Verfahren), Art. 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), jeweils in Verbindung mit Art. 14 (Diskriminierungsverbot) der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), Beschwerde gegen die Schweiz ein.
- ▽ Die Kleine Kammer des EGMR entschied am 02. Februar 2016 mit vier zu drei Stimmen, dass eine Verletzung des Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 vorliege. Mit demselben Stimmverhältnis wurde eine Verletzung von Art. 14 in Verbindung mit Art. 6 abgelehnt.
- ▽ Anfangs Mai entschied die schweizerische Regierung, den Fall an die Grosse Kammer des Gerichtes weiterzuleiten.
- ▽ Am 04.07.2016 wurde der Rekurs von der grossen Kammer abgewiesen, wodurch das Urteil seine Gültigkeit erhielt.³

Im Folgenden wird die Verknüpfung mit der Sozialen Arbeit aufgezeigt, um anschliessend die Fragestellung und ihre Eingrenzung zu explizieren, die erste Hypothese darzulegen und schliesslich die Ziele der Arbeit zu illustrieren.

1.3 Verknüpfung mit der Sozialen Arbeit

Die Thesis soll einerseits die für Sozialarbeitende relevanten Aspekte einer menschenrechtsorientierten Profession aufzeigen und andererseits das Vernehmlassungsverfahren respektive Stellungnahmen einzelner Interessenverbände über die Änderung der gemischten Methode der Invalidenversicherung analysieren. Demzufolge gilt es, die Verknüpfung von Sozialer Arbeit, Menschenrechten und Politik herzustellen. Der Theorieteil der Thesis widmet dieser Thematik im Abschnitt 5 ein eigenes Kapitel. Infolgedessen gilt es nun, ergänzende zentrale Verbindungen mit der Sozialen Arbeit aufzuzeigen.

Prasad (2011, 15) ist der Meinung, dass für menschenrechtsorientierte Professionelle die praktische Anwendung von Menschenrechtsinstrumentarien und das Menschenrechtssystem als Orientierungsrahmen unerlässlich sind. Dementsprechend werden im theoretischen Teil die Menschenrechtsinstrumente und das Menschenrechtssystem aufgegriffen. Die retrospektive Sichtweise auf den Fall Di Trizio ermöglicht eine Konzentrierung abzuhandelnder Themen und macht ersichtlich, wie strukturelle Problematiken orientiert an den Menschenrechten angegangen werden können und welche Nuancierungen dabei relevant sind.

Weiter betont Bielefeldt (2010, 24-26), dass ein Bewusstsein dafür geschaffen werden müsse, dass auf nationaler Ebene bezüglich der Menschenrechte noch viel Arbeit bevorsteht. Dies verlange auch von Sozialarbeitenden, die Strukturen der Sozialen Arbeit kritisch zu hinterfragen und gesamtgesellschaftlich anzuerkennen.

³ Gemäss dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (2012, 5) bilden die Kammern juristische Spruchkörper. Die Kleine Kammer ist mit 7 Richterinnen besetzt und entscheidet durch Mehrheitsentscheidung über Zulässigkeit und Begründetheit der Beschwerde. Parteien können innerhalb von drei Monaten eine Verweisung der Rechtssache an die Grosse Kammer verlangen. Ein Ausschuss von Richtern der Grossen Kammer entscheidet, ob der Fall einer erneuten Prüfung durch die Grosse Kammer bedarf. Den Anträgen wird nur in Ausnahmefällen stattgegeben.

Die Verwirklichung von Menschenrechten ist eine Aufgabe für Innen- und Sozialpolitik. De facto schafft die Innen- und Sozialpolitik Rahmenbedingungen für Sozialarbeitende, und zwar insbesondere, was sozialversicherungsrechtliche Leistungen anbelangt und Leistungen der Invalidenversicherung umfasst. Die Leistungen sind aufgrund eines steigenden Aktivierungsparadigmas und Kosteneinsparungen immer schwieriger zu generieren. Die Rahmenbedingungen werden zu alltäglichen Dilemmas für Sozialarbeitende. Allerdings handelt es sich um Rahmenbedingungen, die durch politische Prozesse geschaffen wurden und verändert werden können. Folglich gilt es, im theoretischen Teil auch aufzuzeigen, welche (politischen) Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit in der Schweiz überhaupt bestehen und nachvollziehbar darzustellen, wo das Vernehmlassungsverfahren als Forschungsfeld einzuordnen ist. Nicht zuletzt sind die gemischte Methode als Rentenberechnungsart im Rahmen der Invalidenversicherung (IV) einzuordnen und die Begriffe Behinderung sowie Invalidität in ihrer Verwobenheit und bezüglich ihrer Kontroversen darzustellen.

Einen wichtigen Bezug zur Sozialen Arbeit liefert AvenirSocial⁴ (2010, 8). Dem Berufskodex kann über Menschenwürde und Menschenrechte als Grundwert der Sozialen Arbeit folgendes entnommen werden: «Die Professionellen der Sozialen Arbeit fordern bei den Verantwortlichen für die Herstellung einer politischen Ordnung, die alle Menschen als Gleiche berücksichtigt, die bedingungslose Einlösung der Menschen und Sozialrechte ein.»

Gemäss AvenirSocial (2010, 9-10) bildet die soziale Gerechtigkeit einen weiteren Grundwert der Sozialen Arbeit und verpflichtet Sozialarbeitende, Diskriminierung zurückzuweisen, Verschiedenheit anzuerkennen, sich für eine gerechte Verteilung der Ressourcen einzusetzen, ungerechtfertigte Praktiken aufzudecken und schliesslich Solidarität einzufordern. Sozialarbeitende, die orientiert am Ethikkodex arbeiten, verpflichten sich, diesen Grundwerten nachzugehen. Daraus resultierend soll im theoretischen Teil ausgeführt werden, was (indirekte) Diskriminierung überhaupt bedeutet. Zudem soll in der Forschung untersucht werden, ob sich die Soziale Arbeit auch tatsächlich gegen die ungerechtfertigte Praxis der gemischten Methode wehrt und sie sich für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen einsetzt.

1.4 Fragestellung

Die Eingrenzung der Fragestellung verlangt die Betrachtung des Forschungsfeldes. Der Fall Di Trizio war für das einberufene Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode und damit für das Forschungsfeld der Thesis ausschlaggebend. Die Stellungnahmen zum Vernehmlassungsbericht umfassen ein breites Adressatinnen-Feld, was erste Eingrenzungen erfordert und eine Präzisierung der Fragestellung nach sich zieht.

So kristallisieren sich die deutschsprachigen Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung als geeignete Untersuchungsgruppe heraus. Einerseits handelt es sich um Interessenverbände, die als (Dach-)Organisationen fungieren und an denen sich Institutionen der Sozialen Arbeit orientieren. Folglich beeinflussen sie das Leitbild der Institutionen und wirken auf die Praxis von Sozialarbeitenden ein.

⁴ Die Schreibweise entspricht der offiziellen Notation des Berufsverbandes für Soziale Arbeit Schweiz.

Andererseits sind es Interessenverbände, mit denen die Soziale Arbeit kooperiert, oder Verbände, bei denen Sozialarbeitende angestellt sind. Nicht zuletzt aber verbinden die Interessenverbände und die Soziale Arbeit die Arbeit und der Einsatz für eine verletzte Gruppe von Menschen.

Folglich lautet die Fragestellung der Thesis:

- ▽ *Wie positionieren sich deutschsprachige Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode?*

1.5 Erste Hypothese

Die Interessenverbände betonen in ihren Stellungnahmen die Relevanz von Menschenrechtsverträgen für die Schweiz.

Die erste Hypothese umfasst die Orientierung der Interessenverbände an den Menschenrechten. Die Autorin geht davon aus, dass die Interessenverbände die Notwendigkeit des EGMR-Urteils anerkennen, die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention für die Schweiz betonen und diese in Verbindung mit weiteren Menschenrechtsverträgen, namentlich Frauen- und Behindertenrechtskonventionen, bringen. Die Soziale Arbeit selbst kann als Interessenverband fungieren, mit den Interessenverbänden kooperieren oder als Teil der Interessenverbände mitwirken und sich mithilfe der Menschenrechte für soziale Gerechtigkeit und die Anerkennung der Menschenwürde einsetzen.

1.6 Ziele

Die Ziele der Thesis umfassen die Themenfelder Forschung, Soziale Arbeit und Theorie. Sie sind nachfolgend aufgeführt:

Forschung

- ▽ Die Standpunkte der Interessenverbände differenziert betrachten.
- ▽ Die Meinungen der Interessenverbände, verknüpft mit den theoretischen Grundlagen, eruieren.

Soziale Arbeit

- ▽ Sensibilisieren für die Verpflichtung der Sozialen Arbeit, Diskriminierungen zurückzuweisen.
- ▽ Die politischen Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit aufzeigen.
- ▽ Aus der retrospektiven Sichtweise des Falles Di Trizio und den Erkenntnissen der Forschung Rückschlüsse für die Soziale Arbeit ziehen.

Theorie

- ▽ Der Zusammenhang von Sozialer Arbeit, Menschenrechten und Politik aufzeigen.
- ▽ Das Vernehmlassungsverfahren als politisches Instrument einordnen.
- ▽ Ein theoretischer Überblick über die Einbettung der gemischten Methode in der Invalidenversicherung schaffen.
- ▽ Die Begriffe Behinderung, Invalidität sowie Diskriminierung eingrenzen und erläutern.
- ▽ Der Fall Di Trizio völkerrechtlich einordnen.

Teil 2

Theoretischer Zugang

2 Völkerrechtliche Einordnung des Falles Di Trizio

Das Völkerrecht nimmt eine Schlüsselfunktion im Fall Di Trizio ein. Im ersten Kapitel des Theorieteils werden die wesentlichen Funktionen des Völkerrechts dargelegt. Die Subsidiarität und das Individualbeschwerdeverfahren werden näher betrachtet. Zudem wird ein Exkurs in Bezug auf die universellen Völkerrechtsverträge vorgenommen und die Europäische Menschenrechtskonvention fokussiert.

2.1 Funktionen des Völkerrechts

Caplazi (2016, 77) beschreibt, dass der internationale Menschenrechtsschutz in völkerrechtlichen Verträgen festgehalten wird. Das Völkerrecht regelt als überstaatliche Rechtsordnung die Beziehung zwischen Staaten als Völkerrechtssubjekte. Kälin und Künzli (2013, 81) bezeichnen Menschenrechte «als Pendant zum staatlichen Gewaltmonopol». Caplazi (2016, 77-82) führt weiter aus, dass zum internationalen Menschenrechtsschutz sowohl Menschenrechtsverträge auf universeller (UNO) als auch verschiedene regionale Verträge wie beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention gehören.

Nach Kälin und Künzli (2013, 103-106) hat der Staat zur Durchsetzung der Menschenrechte folgende Pflichten zu gewähren:

- ▽ Unterlassungspflicht (Die Rechte jeder Person sind zu achten und Eingriffe zu unterlassen.)
- ▽ Schutzpflicht (Die Menschenrechte sind vor Übergriffen Dritter zu schützen.)
- ▽ Gewährleistungspflicht (Der Staat ist verpflichtet, die notwendigen Voraussetzungen, um Menschenrechte zu verwirklichen, zu schaffen.)

Gemäss Kälin und Künzli (2013, 244-271) ist zu den internationalen Durchsetzungsmechanismen von Menschenrechten unter anderem das Individualbeschwerdeverfahren vorzusehen, wobei dieses erst subsidiär bei der Anwendung im innerstaatlichen Instanzenzug zum Tragen kommt.

2.2 Subsidiarität und Individualbeschwerde

Das Individualbeschwerdeverfahren ermöglicht Beschwerden von Einzelpersonen gegen den Vertragsstaat. Kälin und Künzli (2013, 254-259) erläutern, dass die Möglichkeit nur besteht, wenn das Verfahren in der ratifizierten Konvention respektive dem ratifizierten Zusatzprotokoll geregelt ist. Die Beschwerde müsse beim zuständigen Ausschuss eingereicht werden, wobei zwischen einem Beschwerdeverfahren im Rahmen eines internationalen und dem eines regionalen Menschenrechtsvertrages unterschieden wird.

Bei der Individualbeschwerde an den Europäischen Gerichtshof können die in der EMRK geltenden Rechte eingeklagt werden. Gemäss den Autoren (2013, 266-269) kann der EGMR bei Gutheissung einer Beschwerde ausschliesslich eine Verletzung der EMRK feststellen. Die Kompetenzen zu nationalen Urteilen oder Gesetzesänderungen hingegen sind Teil der Souveränität des Staates.

Im Fallbeschrieb Di Trizio wird das Subsidiaritätsprinzip und damit das Durchlaufen sämtlicher innerstaatlicher Instanzen in Reihenfolge klar ersichtlich. So erfolgte

zunächst eine Beschwerde an die IV-Stelle, anschliessend an das kantonale Versicherungsgericht in St. Gallen und schliesslich wurde der Fall von der IV-Stelle an das Bundesgericht gezogen. Erst nach dessen Entscheid erhob Frau Di Trizio beim EGMR mittels Individualbeschwerdeverfahren eine Beschwerde gegen die Schweiz. Weiter bezog sich die Klage von Frau Di Trizio auf die in der EMRK geltenden Rechte und proklamierte eine Verletzung von Art. 6 und Art. 8, jeweils in Verbindung mit Art. 14 EMRK.

2.3 Exkurs «universelle Ebene»

Bevor auf die regionale Ebene und damit auf die für den Fall Di Trizio wegweisende Konvention eingegangen wird, findet ein kurzer Exkurs in Bezug auf die universelle Ebene der Menschenrechtsverträge statt. Hierzu wird auf das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) und anschliessend auf das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (CRPD) eingegangen.

2.3.1 Frauenrechtskonvention

Gemäss dem Verein humanrights (2016, online b) hat die Schweiz 1997 die CEDAW und 2006 das Fakultativprotokoll zur Möglichkeit der Individualbeschwerde ratifiziert. Frieztzche (2009, 121-122) bezeichnet die CEDAW als das bedeutendste Menschendokument für Frauenrechte, da es fast alle Lebensbereiche von Frauen thematisiert. Bezogen auf den Fall Di Trizio ist die fehlende Erwähnung des Bundesgerichtes in seiner Beurteilung des Falles als spannend zu betrachten.

Pärli (2016, 390-391) kritisiert die Argumentationslinie des Bundesgerichts, in der die Diskriminierung von Frauen verneint wird und die überproportionale Vertretung von Frauen auf gesellschaftliche Verhältnisse reduziert wird. Die CEDAW-Bestimmungen wurden vom Bundesgericht nicht erwähnt. So garantiert Art. 11 Abs. 1 lit. e das Recht auf soziale Sicherheit basierend auf Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ferner verpflichtet er den Vertragsstaat zu entsprechenden Massnahmen. Weiter veranlasst Art. 11 Abs. 2, jede Diskriminierung der Frau aufgrund von Eheschliessung oder Mutterschaft zu unterbinden und ein wirksames Recht auf Arbeit zu gewähren.

Auch Kurt⁵ (2018, Z 811-822) weist auf die fehlende Erwähnung der CEDAW in der Beurteilung des Bundesgerichts hin: «[...] das Bundesgericht hat die Frauenrechtskonvention nicht in die Argumentationslinie hineingebracht. Die haben einfach nichts gesagt. [...] Wenn das nicht da ist, sagt das eben auch etwas aus. [...]»

2.3.2 Behindertenrechtskonvention

Gemäss dem Verein humanrights (2017, online) ratifizierte die Schweiz am 15. April 2014 das Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung. Frauen und Mädchen mit Behinderung wird in der CRPD mit dem Art. 6 ein eigener Artikel gewidmet.

Nach Manfredi und Zimmermann (2016, 53-54) kann die CRPD in Bezug auf die Frage der mehrfachen Diskriminierung von Frauen mit Behinderung als Meilenstein

⁵ Die Formatierungen des Interviews entsprechen dem dazugehörigen Regelwerk der Transkription, wobei "Z" die Zeilennummerierung bezeichnet und "[...]" für nicht beendete oder nicht vollständig aufgeführte Aussagen steht.

bezeichnet werden. Im Artikel 3 der CRPD werden die Gleichberechtigung sowie die volle Teilhabe und Nichtdiskriminierung allgemein thematisiert. Artikel 6 der CRPD bietet Frauen und Mädchen mit Behinderung einen besonderen Schutz und wird durch Artikel 7 und damit in Bezug auf die Kinder ergänzt. Umrahmt wird die Thematik der Diskriminierung mit dem Artikel 24, der dem Schutz der Mehrfachdiskriminierung dient.

Lässt sich bezogen auf den Fall Di Trizio aber auch tatsächlich eine Verbindung zur CRPD herstellen?

Kurt (2018, Z 797- 862) ist folgender Meinung: «[...] Also, die UNO-Behindertenrechtskonvention hat insofern nichts mit, nicht gross mit dem Fall etwas zu tun. Also juristisch, da ist wieder ein anderes Element. Dort geht es wirklich um die Frau. Frauen, die Kinder haben. Oder. Wie funktioniert das? Das ist die Frage [...]. Aus juristischer Sicht bräuchte sie es nicht. [...]»

Das dritte Kapitel setzt sich mit Begrifflichkeiten, darunter auch Behinderung und Invalidität, auseinander. Danach wird die Frage erneut aufgegriffen und aus der Sichtweise der Autorin beantwortet.

2.4 Europäische Menschenrechtskonvention

Nach Kälin und Künzli (2013, 51) stellt die 1950 verabschiedete Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten die wichtigste Konvention Europas dar. Caplazi (2016, 98) führt weiter, dass die Schweiz die EMRK 1974 ratifizierte, was zu bedeutenden Änderungen der Grundrechte in der Schweizer Bundesverfassung geführt hat.

Im Fallbeschrieb Di Trizio wurde ersichtlich, dass der Artikel 14 (Diskriminierungsverbot) EMRK jeweils in Verbindung mit Art. 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Art. 6 (Recht auf ein faires Verfahren) EMRK gebracht wurde. Die in der Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sind folglich ohne Diskriminierung zu gewährleisten. So ist bezogen auf die Grundrechte erwähnenswert, dass korrespondierend mit Artikel 8 EMRK der Art. 13 Abs. 1 BV (Achtung des Privat- und Familienlebens) und analog zum Art. 6 EMRK der Art. 8 BV (Rechtsgleichheit) existieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus völkerrechtlicher Betrachtung der Fall Di Trizio auf der regionalen Ebene anzusiedeln ist und als Individualbeschwerde eingeordnet wird. Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt hierbei als Referenzgesetz und hat die Ausgestaltung der Grundrechte in der Bundesverfassung entscheidend beeinflusst. Auf der universellen Ebene wird aus juristischer Sicht die fehlende Bezugnahme zur Frauenrechtskonvention in der Argumentationslinie des Bundesgerichts kritisiert. Die Bezugnahme zur CRPD bleibt noch offen.

Was versteht man aber unter Diskriminierung auf regionaler und nationaler Ebene? Weshalb benötigte eine Änderung der gemischten Methode einen Entscheid des EGMR, wenn doch analog zu den Gesetzen der EMRK Verfassungsartikel in der Schweiz vorherrschen? Inwiefern beeinflussen die Begriffe Invalidität und Behinderung die Bezugnahme von Di Trizio und die Behindertenrechtskonvention?

Das nachfolgende Kapitel soll darüber Klarheit verschaffen.

3 Begrifflichkeiten und ihre Differenzen

Der nachfolgende Abschnitt setzt sich mit den Begrifflichkeiten und ihren Differenzen auseinander. Das Ziel des Abschnittes ist es, den Diskriminierungsbegriff aus juristischer Sicht regional und national einzuordnen sowie eine sozialwissenschaftliche Perspektive darzulegen. Auch werden die Begriffe Invalidität und Behinderung differenziert. Abgerundet wird das Kapitel mit einer möglichen Argumentationslinie zur Verflochtenheit des Falles Di Trizio und der Behindertenrechtskonvention.

3.1 Diskriminierung versus Diskriminierung

Diskriminierung als komplexes soziales Phänomen ist Teil von unterschiedlichen Disziplinen und deren Forschungen. Die Definition ausschliesslich auf rechtlich und moralisch unzulässige Ungleichbehandlung zu reduzieren, greift zu kurz.

Bezogen auf den Fall Di Trizio gilt es, die Diskriminierung international- und nationalrechtlich zu konturieren. Dabei werden unterschiedliche Einflüsse und Regelungen aufgezeigt, die es rechtlich zu berücksichtigen gilt.

Auch wird der Fall aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive betrachtet. Zunächst wird dazu auf Erkenntnisse einer Studie verwiesen, um dann den Begriff der Mehrfachdiskriminierung aus intersektioneller Sicht anzuschauen. Dabei geht es in erster Linie um die Sensibilisierung für die Komplexität des sozialen Phänomens der Diskriminierung.

3.1.1 Völkerrecht

Nachfolgend wird der Begriff der Diskriminierung im völkerrechtlichen Sinn erläutert. Einerseits erfolgt dies, weil sich das Urteil des EGMR daran orientiert, andererseits weil Nuancierungen der Diskriminierungsbegrifflichkeiten für Sozialarbeitende, die orientiert an den Menschenrechten arbeiten, unerlässlich sind.

Kälin und Künzli (2013, 396) führen aus, dass Diskriminierungsverbote eines der Hauptziele der Vereinten Nationen und die wichtigste Komponente des internationalen Menschenrechtsschutzes sind. Nach den Autoren (2013, 396-397) gilt es, Personen zu schützen, «[...] die alleine wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder eines bestimmten angeborenen Merkmals zu Opfern von Ausgrenzung, Vorurteilen oder Hass und damit ohne triftigen Grund zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden. [...]». Folglich beruhe die Diskriminierung auf Unterscheidungen in Bezug auf Merkmale wie beispielsweise das Geschlecht, die einen bedeutsamen Bestandteil der Identität der diskriminierten Person darstellen. Es werde eine Eigenschaft der Personen kritisiert, die sie nicht ändern kann und deren Änderung die Menschenwürde tangiere, da es sich nicht um ein Verhalten, sondern einen Teil ihrer Identität handle.

Nach Kälin und Künzli (2013, 397) will das Völkerrecht Diskriminierung als menschenunwürdige Herabsetzung juristisch fassen, indem es verschiedene Konzepte für den Umgang mit Diskriminierung und verschiedene Diskriminierungsverbote entwickelt hat.

Die Typologie der Diskriminierungsverbote nach Kälin et al. (2013, 397-399) lässt sich wie folgt beschreiben: Der Grundsatz des Diskriminierungsverbotes ist die

Gleichbehandlung. Im Fokus steht dabei eine Behandlung, die den vorherrschenden Verhältnissen gerecht wird, und nicht die absolute Gleichbehandlung. Dabei müssen das Gleichbehandlungsgebot und das Differenzierungsverbot berücksichtigt werden.

Gemäss Kälin und Künzli (2013, 397) besagt das Gleichbehandlungsgebot, dass «rechtliche Unterscheidungen in vergleichbaren Situationen, die sich auf keine sachlichen Gründe stützen lassen und für die kein vernünftiger Grund ersichtlich ist», verboten sind. Nach den Autoren (2013, 398) unterbindet das Diskriminierungsverbot die «Gleichbehandlung von tatsächlichen Verhältnissen, die wesentlich voneinander abweichen und daher einer unterschiedlichen Handlung bedürfen».

Kälin und Künzli (2013, 398- 399) zeigen auf, dass Diskriminierungsverbote im Vergleich zum Gebot der Gleichbehandlung festlegen, welche Kriterien für die Begründung einer Ungleichbehandlung zu unterlassen sind. Diese Diskriminierungsverbote sind im Völkerrecht weit verbreitet und lassen sich drei Kategorien unterteilen:

- ▽ Beim akzessorischen Diskriminierungsverbot handelt es sich um Diskriminierungsverbote, die ausschliesslich im Zusammenhang mit der Anwendung einer im jeweiligen Menschenrechtsvertrag geregelten Garantie oder deren Zusatzprotokoll angewendet werden können, etwa Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention.
- ▽ Das selbstständige Diskriminierungsverbot schützt hingegen Benachteiligungen durch irgendeinen staatlichen Akt und somit auch in Bereichen, in denen keine Menschenrechte gelten würden. Sowohl das selbstständige als auch das akzessorische Diskriminierungsverbot gehören der Kategorie der allgemeinen Diskriminierungsverbote an. Zu einem selbstständigen oder autonomen Diskriminierungsverbot gehört beispielsweise der Art. 1 des Zusatzprotokolls 12 EMRK.
- ▽ Das spezifische Diskriminierungsverbot ist nur für eine bestimmte Kategorie von Personen geltend. Als Beispiel ist die Frauen- oder die Behindertenrechtskonvention zu nennen.

Schliesslich legen die Autoren (2013, 402) dar, dass sowohl selbstständige als auch akzessorische Diskriminierungen direkte oder indirekte Diskriminierungen sein können. Nach Kälin und Künzli (2013, 407-408) liegt eine indirekte Diskriminierung dann vor, wenn

1. eine Massnahme neutral formuliert ist,
2. in der tatsächlichen Auswirkung Menschen mit verpönten Merkmalen aber benachteiligt werden und
3. diese Benachteiligung nicht genügend gerechtfertigt ist.

Im Fall Di Trizio gegen die Schweiz stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine indirekte Diskriminierung von Frauen in der gemischten Methode der Invalidenversicherung fest, weil die Regelung zwar neutral formuliert ist, diese de facto jedoch in 98% der Fälle auf Frauen zutrifft und die ausschliesslich finanziellen Gründe nicht genügend gerechtfertigt waren. Dazu wurde der Art. 14 mit dem Art. 8, Recht auf Familie und Privatleben, in Verbindung gebracht.

Doch wie sieht die nationale Verankerung und Anwendung von Diskriminierungsverboten aus?

3.1.2 Grundrechte der Schweiz

Akkaya, Belser, Egbuna-Joss und Jung-Blattmann (2016, 30) zeigen auf, dass Menschenrechte dann als Grundrechte bezeichnet werden, wenn es sich um in der Verfassung verankerte Menschenrechte handelt.

Nach Kiener und Kälin (2013, 28) lassen sich Grund- und Menschenrechte nach ihren unterschiedlichen Schutzzwecken unterteilen. Neben den Gleichheitsrechten, die das Diskriminierungsverbot beinhalten, zählen Freiheits-, Verfahrens-, Sozial- und politische Rechte dazu. Akkaya et al. (2016, 32-33) ergänzen, dass die meisten sozialen Menschenrechte lediglich als Sozialziele verankert sind.

3.1.2.1 Bundesverfassung

Gemäss Akkaya et al. (2016, 32-33) gehören Art. 7 bis Art. 34 der Bundesverfassung (BV) zum Katalog der Grundrechte.

Dem Artikel 8 BV ist das Gleichheitsgebot zu entnehmen. Hausamann betont (2012, 10), dass das Gleichheitsgebot als Kernstück des Gerechtigkeitsgedanken fungiert und es für einen demokratischen Rechtsstaat elementar wichtig ist. Gemäss Art. 8 Abs. 2 darf niemand wegen seines Geschlechts oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung diskriminiert werden. Nach Hausamann (2012, 11) wird das Gleichheitsgebot somit mit dem Verbot der Diskriminierung ergänzt. Im dritten Absatz wird die Gleichstellung der Geschlechter explizit aufgeführt und Art. 8 Abs. 4 verlangt die Beseitigung von Benachteiligung der Menschen mit Behinderung.

Nach Kälin und Locher (2015, 95) wendet sich dieses Grundrecht an sämtliche Stufen der staatlichen Behörden. Parallel zum regionalen Diskriminierungsschutz in Art. 14 EMRK ist folglich ein nationaler mit Art. 8 BV vorhanden.

Weshalb streitet das Bundesgericht aber im Fall Di Trizio trotz Artikels 8 BV die Diskriminierung ab?

Kurt (2018, Z 666-675) erklärt: «[...] in der Schweiz gibt es **den** Diskriminierungsschutz nicht. Er ist wichtig, aber rechtlich hat er nicht **die** Bedeutung, die er haben sollte, da einfach keine akzessorische Diskriminierung geprüft wird. Es gibt auch nicht so viele Urteile zum Thema Diskriminierung. [...] Weil man wirklich zuerst die Freiheitsrechte prüft und nicht Diskriminierung. [...] Und gerade indirekte Diskriminierung, das ist etwas, bei dem das Bundesgericht noch mehr Mühe hat. [...]» Auch nach Pärli⁶ (zit. in Pärli, 2017, 102) geniesst das schweizerische Diskriminierungsschutzrecht im europäischen Vergleich ein «bescheidenes Randdasein». Dies sei auf die fehlenden gesetzlichen Schutzbestimmungen gegen Diskriminierung zurückzuführen, wobei die Diskriminierungsmerkmale Geschlecht und Behinderung ausgenommen werden müssten.

⁶ Kurt Pärli (1963) ist ein Schweizer Jurist und Dozent an der Universität Basel. Im folgenden Werk hat er seine Gedanken festgehalten: *Vertragsfreiheit, Gleichbehandlung und Diskriminierung im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis: Völker- und verfassungsrechtlicher Rahmen und Bedeutung des Europäischen Gemeinschaftsrecht*. Bern: Stämpfli Verlag AG. 2009.

Gemäss Kälin und Locher (2015, 95) hat der Bund betreffend Diskriminierung in drei Bereichen Spezialgesetzgebungen erlassen. So erkläre das Schweizerische Strafgesetzbuch (Art. 261^{bis} StGB) bestimmte Formen der Rassendiskriminierung zur Straftat, das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GlG) fördere die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter, das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (BehiG) bezwecke die Verhinderung, Verringerung oder Beseitigung der Benachteiligung von Behinderten.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Freiheitsrechte in der Schweiz eine höhere Gewichtung einnehmen als der Diskriminierungsschutz und die sozialen Rechte. Das von der Schweiz nicht anerkannte akzessorische Diskriminierungsverbot macht gerichtlich entscheidbare Diskriminierungen enorm schwierig. Zwar existieren zwei Gesetze im öffentlichen Recht zur Gleichstellung von Mann und Frau sowie für die Beseitigung der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung, diese sind aber nicht auf eine allfällige Erwerbsunfähigkeit ausgerichtet. Auch nimmt beim Fall Di Trizio die Invalidenversicherung eine Schlüsselfunktion ein. Bezogen auf die Justiziabilität wird die IV jedoch den Sozialzielen zugeordnet, denen ausschliesslich programmatischer Charakter zugeschrieben wird und welche damit kein direkt einklagbares Recht bilden.

Kurt (2017, Z 679-685) rundet ab: «Das Recht kann viel, aber kann nicht alles. [...] Wichtig ist aber, dass man weiss, was man rausholen kann, was der Graubereich ist [...] oder welchen [...] Ermessensspielraum man hat. [...] Und das ist ja jetzt eröffnet mit diesem Urteil [...]»

Nach der juristischen Sichtweise in Bezug auf Diskriminierung gilt es nun, den Begriff aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu betrachten.

3.1.3 Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität

Für die sozialwissenschaftliche Sichtweise war die Forschung von Manfredi und Zimmermann zum Thema «Frauen mit Behinderung in Bildung und Arbeit» wegleitend. Die Autorinnen (2016, 129) kamen in ihrer Arbeit zum Schluss, dass das Erleben der Diskriminierung von Frauen mit Behinderung über das Frausein und die Behinderung hinausgehen und Frauen mit Behinderung einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt sind.

So kann es sein, dass das Recht nur ein Diskriminierungsmerkmal zu fassen vermag. Sozialarbeitende sollten sich stets jedoch dem mehrfachen Diskriminierungserleben bewusst sein - ein Verständnis, das gerade in der Interaktion mit Klientinnen neue Handlungsspielräume zu eröffnen vermag und deshalb aufgegriffen wird. Während die Begriffsbestimmungen von Mehrfachdiskriminierung, additiver und verstärkender Diskriminierung umrissen werden, wird die intersektionelle Diskriminierung näher betrachtet. Bei der Begriffsdefinition von Mehrfachdiskriminierung orientierten sich Manfredi und Zimmermann (2016, 49-50) an derjenigen der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Gemäss FNHW (2008, online) kann Diskriminierung ausschliesslich durch zwei oder mehrere Merkmale stattfinden und separat betrachtete Diskriminierungsgründe der

Realität von betroffenen Individuen nicht gerecht werden. Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt die Überschneidungen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Diskriminierungsmerkmale, wobei sie in verschiedenen Literaturen als additive, verstärkende oder intersektionelle Diskriminierung bezeichnet wird.

Die FNHW (2008, online) definiert die unterschiedlichen Begriffserklärungen wie folgt:

- ▽ *Additive Diskriminierung*: Unter einer additiven Diskriminierung wird ein Umstand verstanden, bei dem Diskriminierungen aus mehreren Gründen separat zum Tragen kommen, sodass ein Mensch in unterschiedlichen Situationen aufgrund verschiedener Merkmale diskriminiert werden kann.
- ▽ *Verstärkende Diskriminierung*: Als verstärkende Diskriminierung wird eine Situation beschrieben, in der eine Person aufgrund von mindestens zwei Merkmalen gleichzeitig diskriminiert wird. Folglich kumulieren sich die Diskriminierungsgründe.
- ▽ *Intersektionelle Diskriminierung*: Bei der intersektionellen Diskriminierung stehen mehrere Dimensionen in einer Wechselwirkung und sind nicht voneinander trennbar.

Aus Sicht der Intersektionalität greifen additive und verstärkende Diskriminierungsverständnisse zu kurz. Nach Bronner und Paulus (2017, 92) handelt es sich bei der Intersektionalität um ein Konzept, das den Fokus einerseits auf Interdependenzen verschiedener Ungleichheitskategorien⁷ und Ebenen legt und andererseits das Zusammenwirken gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse betrachtet.

So zählen Winker und Degele (2010, 37-63) in ihrer intersektionalen Mehrebenen-Analyse Klasse, Rasse, Geschlecht und Körper zu den Differenzkategorien, wobei sich diese auf die kapitalistischen Strukturkategorien zurückführen lassen und gegebenenfalls erweitert werden können. Die Autorinnen (2010, 28-59) zählen die Struktur-, Identitäts- und Repräsentationsebene zu den unterschiedlichen Ebenen. Während die Strukturebene die Meso- und Makroebene und damit staatliche und ökonomische Strukturen repräsentiert, fokussiert sich die Identitätsebene auf Mikroebene und Subjektivierung. Auch die Repräsentationsebene, worunter Vorstellungen, Denkweisen und Ideologien gefasst werden, ist hier anzusiedeln.

Nach Winker und Degele (2010, 74-86) gilt es, die Wechselwirkungen der unterschiedlichen Ebenen im Feld der sozialen Praxen zu analysieren. Es gilt zudem, die Wechselwirkung der Differenzkategorien auf den drei Ebenen zu untersuchen, um Klassismus, Rassismus, Sexismus und Bodyismus als Herrschafts- und Machtverhältnisse ausfindig zu machen, denn diese legitimieren soziale Ungleichheiten und ermöglichen somit erst die Diskriminierung.

Im Fall Di Trizio sind beispielsweise die Strukturebene (Festhalten des Bundesgerichts an der gemischten Methode), die Repräsentationsebene (gemischte Methode wird der Situation von Teilzeiterwerbstätigen gerecht) und die Identitätsebene (Frauen, die ausschliesslich im Erwerbs- oder Aufgabenbereich tätig sind, erhalten im Vergleich zu

⁷ Winker und Degele bezeichnen diese als Differenzkategorien.

Teilzeiterwerbstätigen eine höhere Rente) eng miteinander verwoben. Wobei wiederum Sexismus und Bodyismus, damit die Kategorien Geschlecht und Körper, insofern mitwirken, als in der Folge bei der Akkumulationslogik des kapitalistischen Systems die Reproduktionsarbeit günstiger ausfällt respektive eine beeinträchtigte Erwerbsfähigkeit nicht die erwünschte Gewinnbringung erzielt. Folglich legitimieren diese Wechselwirkungen soziale Ungleichheit und erlauben Diskriminierung.

Die Intersektionalität, hier stark reduziert dargestellt, stützt sich auf einen breiten theoretischen Fundus, um Individuum und Gesellschaft zu verstehen. Dieser Ansatz bietet der Sozialen Arbeit allerdings die Chance, ihren Teil an der Reproduktion von Differenzkategorien zu erkennen und neue Handlungsspielräume zu entdecken. Nicht zuletzt können mit diesem Ansatz auch strukturelle Benachteiligungen aufgedeckt werden.

3.2 Invalidität versus Behinderung

Nach der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Diskriminierungsbegriffen erfolgt eine Abgrenzung von Behinderung⁸ und Invalidität.

3.2.1 Begriff der Invalidität

Der Begriff «Invalidität» ist sehr umstritten, denn die etymologische Bedeutung von invalid lautet «unwert». In der vorliegenden Thesis wird der Begriff ausschliesslich in seinem Rechtssinn verstanden, also losgelöst von der Wortherkunft.

Der Begriff der Invalidität wird in den Artikeln 7 und 8 im Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes (ATSG) geregelt. Mösch Payot (2016, 248-249) führt aus, dass der erste Tatbestand eine Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit ist. Invalid im sozialversicherungsrechtlichen Sinne ist aber nur, wer eine Erwerbseinbusse aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung erleidet. Folglich ist der Invaliditätsbegriff funktional und relativ. Eine bestimmte Leistung wird nur dann erbracht, wenn die erforderliche Art und Schwere der Einschränkung erreicht ist.

Das Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit (KSIH) (2017, 15) benennt «einen Gesundheitsschaden, eine Erwerbsunfähigkeit» und «einen Kausalzusammenhang zwischen Gesundheitsschaden und Erwerbsfähigkeit» als die drei Elemente einer Invalidität.

Nach Akkaya et. al. (2016, 42) dient der Begriff lediglich der Ausrichtung und Abgrenzung eigener Leistungen und Leistungen anderer Versicherungen. Folglich sind zahlreiche behinderte Menschen nach dem Verständnis des Behindertengleichstellungsgesetzes oder der Behindertenrechtskonvention nicht invalid im Sinne des Sozialversicherungsrechts.

Der nachfolgende Abschnitt soll klären, wie diese Gesetze Behinderung definieren und wie Behinderung aus Sicht der Sozialen Arbeit verstanden wird.

⁸ In der Arbeit werden unterschiedliche Termini für Menschen mit Behinderung verwendet, namentlich; Betroffene oder Behinderte. Die Begriffe werden mit einer wertschätzenden Haltung gebraucht und sind somit nicht diskriminierend zu verstehen. Sie dienen nicht zuletzt einer gut lesbaren Lektüre.

3.2.2 Begriff der Behinderung

3.2.2.1 BehiG

Dem Art. 2 Abs. 1 BehiG ist zu entnehmen: «In diesem Gesetz bedeutet Mensch mit Behinderungen (Behinderte, Behinderter) eine Person, der es eine voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und weiterzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.»

3.2.2.2 CRPD

Gegenüber der bisherigen Behindertendefinitionen versteht die Behindertenrechtskonvention gemäss Art. 1 Abs. 2 unter einer Behinderung: «Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.»

So sind die Begrifflichkeiten im BehiG und in der CRPD sehr ähnlich. Bielefeldt (2009, 6) betont allerdings, dass die CRPD Behinderung als Teil menschlicher Vielfalt anerkennt.

3.2.2.3 Das Modell der funktionalen Gesundheit

Während das medizinische Modell Behinderung als Beeinträchtigung verstand und Heilung in den Fokus legte, setzten die Disability Studies die soziale Komponente in den Vordergrund und folgerten, dass die Gesellschaft Behinderung konstruiert.

Nachfolgend wird auf die Definition von Behinderung gemäss Internationaler Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) eingegangen.

Die Behinderung aus Sicht der funktionalen Gesundheit lässt individuelle und soziale Komponenten verschmelzen. So begrüssen auch Akkaya et al. (2016, 82) deren Paradigmenwechsel weg von einer Defizitorientierung hin zu einer bio-psycho-sozialen Sichtweise von Behinderung und damit dem Fokus auf die Ganzheitlichkeit des Menschen - ein Verständnis, das der CRPD und der Sozialen Arbeit zugrunde liegt.

Gemäss dem Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (2005, 23- 25) liefert die ICF einen mehrperspektivischen Zugang zu Funktionsfähigkeit und Behinderung unter Berücksichtigung eines interaktiven Prozesses.

Unter Behinderung werden sämtliche Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit eines Menschen verstanden. Folglich resultiert sie immer aus dem Zusammenspiel der verschiedenen Komponenten.

Nach dem DIMDI (2005, 16-22) sind nachfolgende Fragen zu den einzelnen Komponenten wegweisend:

1. *Schädigung*: Welche Körperfunktionen und -strukturen sind beeinträchtigt?
2. *Aktivitäten*: Wie wirkt sich die Beeinträchtigung konkret auf die Aktivitäten und das autonome Handeln aus?
3. *Partizipation*: Wie beeinflusst die Beeinträchtigung die gesellschaftliche Teilhabe?
4. *Kontextfaktoren*: Wie wirken sich persönliche und umweltbezogene Faktoren auf die Partizipationsmöglichkeiten aus?

Die untenstehende Grafik soll diese Wechselwirkungen nochmals illustrieren.



Abb. 1: Wechselwirkungen zwischen den Komponenten der ICF
nach WHO (2005, 23)

Nach der Veranschaulichung der unterschiedlichen Begrifflichkeiten lässt sich noch keine Verbindung zwischen dem Fall Di Trizio und der CRPD herstellen, zumindest, was die direkte Verbindung mit dem Fall aus retrospektiver Sichtweise betrifft. Vorausschauend auf die Stellungnahmen der verschiedenen Behinderten- und Frauenvereine sollte die Behindertenrechtskonvention in der Argumentationslinie aufgegriffen werden. So kann die Behindertenrechtskonvention unterstützend sein, indem beispielsweise der Artikel 6 und damit der besondere Schutz von Frauen mit Behinderung herangezogen wird.

Auch im Schattenbericht der Behindertenrechtskonvention von Inclusion Handicap (2017, 19-20) wird die Invalidenversicherung als Problemfeld im Rahmen des Art. 6 CRPD expliziert. In puncto IV-Renten wird der geringere Bezug von Renten durch Frauen gegenüber Männern thematisiert, der Einkommensvergleich bei tiefen Löhnen (wovon insbesondere Frauen betroffen sind) aufgegriffen, der Betätigungsvergleich als Ungleichbehandlung genannt und schliesslich das EGMR-Urteil im Fall Di Trizio aufgegriffen.

Auf einen Nenner gebracht, gilt es, die Begrifflichkeiten Invalidität und Behinderung klar zu unterscheiden. Während der Invaliditätsbegriff funktional und relativ ist, wird Behinderung viel umfassender wahrgenommen. So mag es sein, dass Behinderte nicht invalid im Sinne der IV sein können, doch kehrt man diesen Gedankengang um, ist jede invalide Person im Sinne des bio-psycho-sozialen Verständnisses behindert, da Behinderung als Beeinträchtigung einer Funktionsfähigkeit abhängig von unterschiedlichen Faktoren verstanden wird.

Obwohl keine Verbindung zwischen dem Fall Di Trizio und der CRPD aus retrospektiver Sichtweise hergestellt werden kann, wird ein Zusammenhang in den Stellungnahmen erwartet, womit eine prospektive Verbindung hergestellt würde.

4 Invalidenversicherung

Für die retrospektive Betrachtung des Falles Di Trizio ist die thematische Abhandlung der gemischten Methode als Rentenform der Invalidenversicherung unabdingbar.

Um die Renten in der Invalidenversicherung einordnen zu können, werden zunächst die Grundsätze der IV aufgezeigt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Invalidenversicherung mit weiteren Sozialversicherungen eng verflochten ist und Invalidität respektive deren Auswirkungen nicht nur von der IV versichert sind. Aufgrund der Bandbreite der Themen kann nicht explizit darauf eingegangen werden. Dies gilt auch für die Diskussionen rund um die Denkweisen der IV-Regelungen.

4.1 Grundsätze der IV

Die Invalidenversicherung bildet gemeinsam mit der Alters- und Hinterlassenenvorsorge die erste Säule (Existenzsicherung) des insgesamt auf drei Säulen beruhenden schweizerischen Vorsorgekonzepts für Alter, Tod und Invalidität.

Gemäss Widmer (2017, 66) sind alle natürlichen Personen, die in der Schweiz wohnen oder arbeiten, hinsichtlich des Risikos der Invalidität versichert. Dabei gilt für Ausländerinnen der Grundsatz, dass sie ihren Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben, vor Eintritt der Invalidität mindestens ein volles Jahr Beiträge geleistet haben oder sie sich bei Eintritt einer Invalidität mindestens zehn Jahre in der Schweiz aufhielten.

Widmer (2017, 66-67) ergänzt, dass sich die IV durch Beiträge Versicherter und Arbeitgeber (Beitragssatz von je 1.4 %) sowie Regresseinnahmen finanziert. Zudem beteiligt sich der Bund seit Januar 2008 mit 37.7 % an den Ausgaben.

4.1.1 Leistungen der IV

Nach Widmer (2017, 68) ist die primäre Aufgabe der IV die (Wieder-)Eingliederung von versicherten Personen in eine Erwerbstätigkeit. Analog zu dieser Eingliederung wird diejenige in den Aufgabenbereich verstanden. Eine eingetretene oder drohende Invalidität soll mittels zweckmässiger und einfacher Eingliederungsmassnahmen «verhindert, vermindert oder behoben» werden. So beschreibt auch die Informationsstelle AHV/IV (2018, 2), dass die IV dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente» folgt.

Die IV-Rente wird somit als letzte Möglichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Situation in Betracht gezogen. Vorgängig können folgende Möglichkeiten abgeklärt werden: Früherfassung, Frühintervention, medizinische Eingliederungsmassnahmen, berufliche Eingliederungsmassnahmen, Integrationsmassnahmen, Hilfsmittel, Taggeld, Entschädigung für Betreuungskosten, Übergangsleistungen, Hilflosenentschädigung, Assistenzbeiträge und Kollektivleistungen.

4.2 IV- Renten

Um die gemischte Methode als Rentenform verständlich darzustellen, gilt es zunächst, die Anspruchsvoraussetzungen, Beginn und Ende des Rentenanspruchs, die Berechnung der Rente sowie die Invaliditätsgradmessung zu betrachten.

4.2.1 Anspruchsvoraussetzungen

Nach Widmer (2017, 89) kommt es nur zu einem Rentenanspruch, wenn die vollständigen Eingliederung nicht erreicht werden kann und alle zumutbaren Massnahmen ausgeschöpft sind. Weiter legt der Autor (2017, 89-90) dar, dass der Anspruch einer Rente erst entsteht, wenn nach Ablauf der Karenzfrist feststeht, dass eine weitere Arbeitsunfähigkeit besteht. Die Karenzfrist von einem Jahr beginnt bei einer Arbeitsunfähigkeit von 20 Prozent zu laufen. Die versicherte Person muss während eines Jahres insgesamt mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig gewesen sein und nach Ablauf des Jahres zu mindestens 40 Prozent invalid sein. Falls die versicherte Person an mindestens 30 aufeinanderfolgenden Tagen vollumfänglich arbeiten konnte, so gilt dies als wesentlicher Unterbruch und die Wartefrist beginnt von Neuem. Abschliessend zeigt Widmer (2017,91) auf, dass in der Regel eine IV-Rente zugesprochen wird, wenn während mindestens drei Jahren Beiträge geleistet wurden.

4.2.2 Beginn und Ende des Rentenanspruchs

Gemäss Widmer (2017, 91- 92) hat der Zeitpunkt der IV-Anmeldung an beachtlicher Bedeutung gewonnen. Die Anmeldung muss zwingend spätestens sechs Monate nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgen, um den Verlust von Monatsrenten zu vermeiden. Nach Art. 29 Abs. 1 IVG kann der Anspruch auf eine Rente frühestens sechs Monate nach der Anmeldung bei der IV entstehen, allerfrühestens entsteht der Anspruch jedoch ab dem Monat nach vollendetem 18. Altersjahr. Mit dem Anspruch auf eine Altersrente und damit mit dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters wird die IV-Rente eingestellt.

4.2.3 Berechnung der Rente

Grundsätzlich können die IV-Renten nach Rentenart, Beitragsdauer und Invaliditätsgrad unterschieden werden. Bei der Rentenart wird zwischen ordentlichen und ausserordentlichen Renten unterschieden. Gemäss Art. 40 Abs. 1 und Abs. 3 IVG sind die ausserordentlichen Renten an Personen zu zahlen, die vor dem 1. Dezember der Vollendung des 20. Altersjahres invalid geworden sind. Folglich konnten sie die drei verlangten Beitragsjahre nicht leisten und erhalten maximal 133 1/3 Prozent des Mindestbetrages der zutreffenden ordentlichen Vollrente.

Widmer (2017, 92-93) zeigt auf, dass sich die ordentliche Invalidenrente aus den Beitragsjahren, dem Aufwertungsfaktor⁹ sowie dem durchschnittlich erzielten Erwerbseinkommen zusammensetzt. Der Autor (2017, 18-49) erklärt, dass unter dem durchschnittlich erzielten Erwerbseinkommen das arithmetische Mittel desjenigen Erwerbseinkommen verstanden wird, das ab dem 1. Januar des Jahres mit dem 21. Geburtstag bis zum 31. Dezember des Rentenbeginns verstanden wird. Je nach durchschnittlich erzieltm Erwerbseinkommen bewegt sich die ordentliche Invalidenrente zwischen dem Minimal- und Maximalbetrag. Der Vollbetrag kann ausschliesslich bei einem Invaliditätsgrad ab 70% und ohne Beitragslücken erreicht werden. Letztere würden zu Kürzungen führen.

⁹ Der Aufwertungsfaktor berücksichtigt die Lohnentwicklung seit den ersten Beitragszahlungen.

Auch erklärt Widmer (2017, 93), dass sich die Rente je nach familiärer Situation aus unterschiedlichen Teilen zusammensetzt. So erhalten Rentner und Rentnerinnen für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, falls es noch in Ausbildung ist, bis zum 25. Lebensjahr, eine Kinderrente. Diese entspricht 40% der zugesprochenen Invalidenrente.

Zusammengefasst ergibt dies nachfolgendes Bild:

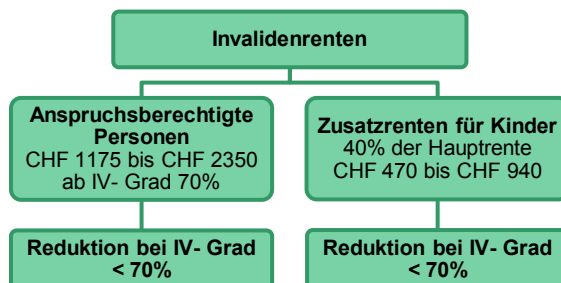


Abb. 2: Übersicht IV- Renten
eigene Grafik nach Widmer (2017, 89)

4.2.4 Bemessung des Invaliditätsgrades

Nach Widmer (2017, 94) wird die Rente anhand des Invaliditätsgrades abgestuft. Grundsätzlich wird zunächst kontrolliert, ob ein Anspruch auf eine Rente besteht. Anschliessend wird die Basisrente anhand des durchschnittlichen Einkommens und der Beitragsdauer berechnet und schliesslich werden die familiären Verhältnisse berücksichtigt. Versicherten mit teilweiser Invalidität wird zugemutet, die restliche Erwerbsfähigkeit zu verwerten.

Die Rente unter Berücksichtigung des Invaliditätsgrades fällt wie folgt aus:

Invaliditätsgrad	Rente
70% bis 100%	ganze Rente
60% bis <70%	Dreiviertelrente
50% bis <60%	halbe Rente
40% bis <50%	Viertelrente

Tabelle 1 Abstufung der Rente
eigene Grafik nach Invaliditätsgrad nach Widmer (2017, 94)

Gemäss Widmer (2017, 95) erfolgt die Bemessung der Invalidität durch verschiedene Methoden, die den entsprechenden Lebensverhältnissen angepasst sind. Dazu zählen die allgemeine Methode mittels Einkommensvergleich, die spezifische Methode mittels Tätigkeitsvergleich, die gemischte Methode einer Kombination aus Einkommens- und Tätigkeitsvergleich, die angepasste Methode als besondere Ausprägung des Einkommensvergleiches und die aussergewöhnliche Methode anhand des Betätigungsvergleiches mit gewerblicher Gewichtung.

Hinsichtlich des Falles Di Trizio ist die gemischte Methode näher zu betrachten. Zur Erläuterung werden zunächst die allgemeine und die spezifische Methode angeführt. Die jeweilige Methode wird mit einem grafischen Beispiel, orientiert am Fall Di Trizio, veranschaulicht.

4.2.4.1 Allgemeine Methode

Die allgemeine Methode erfolgt nach dem Einkommensvergleich gemäss Art. 16 ATSG. Nach Widmer (2017, 95) wird das Valideneinkommen mit dem Invalideneinkommen verglichen. Unter dem Valideneinkommen wird das Einkommen der versicherten Person ohne Gesundheitsstörung verstanden. Das Invalideneinkommen bezeichnet das Einkommen nach Eintritt des Gesundheitsschadens. Die daraus resultierende Erwerbseinbusse in Prozent entspricht dem Invaliditätsgrad.

Hier weist Widmer (2017, 96) auf die Problematik hin, dass die Invalidenversicherung bei der Bestimmung des noch zumutbaren Einkommens von einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt ausgeht. Wahrscheinlichkeiten wie beispielsweise ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt sind nicht relevant. Zudem wird der gesamte Arbeitsmarkt berücksichtigt und nicht ausschliesslich dem bisherigen Erwerbstätigkeitsbereich ähnliche Tätigkeiten. Gemäss Widmer (2017, 96) wird das Invalideneinkommen aufgrund fehlender konkreter Anstellung häufig anhand von statistischen Durchschnittswerten ermittelt. Gegebenenfalls wird der Ausgangswert mit einem leidensbedingten Abzug angepasst, der sich auf maximal 25% beläuft.

Was die Situation von Frau Di Trizio bis zur Geburt ihrer Zwillinge anbelangt, ergibt sich nachfolgendes Bild:

Allgemeine Methode¹⁰: Einkommensvergleich Di Trizio	
Valideneinkommen	= 100'000CHF
Invalideneinkommen	= 50'000 CHF
Erwerbseinbusse	= 50'000 CHF
$(50'000 \text{ CHF} \times 100) / 100'000 = 50 \%$	
halbe Rente	

Abb. 3 Allgemeine Methode: Einkommensvergleich,
eigene Darstellung

4.2.4.2 Spezifische Methode

Nach Art. 28a Abs. 2 IVG gilt es bei nicht erwerbstätigen Versicherten, festzustellen, in welchem Masse sie unfähig sind, sich im Aufgabenbereich zu betätigen. Gemäss Art. 27 IVV sind die Führung des Haushaltes, die Erziehung der Kinder sowie künstlerische und gemeinnützige Tätigkeiten versichert. Nach Widmer (2016, 96) erfolgt die Gewichtung der einzelnen Tätigkeiten innerhalb einer bestimmten Bandbreite, wobei die Summe der Tätigkeiten stets 100% erreichen muss. Pro Infirmis (sd, online) erklärt, dass der Invaliditätsgrad bei Haushaltsführenden vielfach erheblich geringer ist. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sich Haushaltsführende ihre Zeit und Pausen selber einteilen können, andererseits auf die Schadenminderungspflicht, wonach jugendlichen und erwachsenen Mitbewohnerinnen zugemutet wird, die Person im Haushalt zu entlasten.

Nachfolgend wird die spezifische Methode am Fallbeispiel Di Trizio illustriert. Die aufgeführten Tätigkeiten orientieren sich an dem damaligen Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit der Invalidenversicherung.¹¹

¹⁰ Bei den Beispielen handelt es sich um fiktive Zahlen, wobei die Resultate mit dem Fall übereinstimmen.

¹¹ Die Quelle wurde entnommen aus: Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.). *Version 4. KSIH*. Bern: 2004. S. 71.

Spezifische Methode: Tätigkeitsvergleich Di Trizio			
<i>Tätigkeit</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Einschränkung Behinderung</i>	
Planung, Organisation, Kontrolle	2 %	0%	0%
Ernährung	40%	30%	12%
Wohnungspflege	10%	50%	5%
Einkaufen und Besorgungen	10%	60%	6%
Waschen, Kleiderpflege	5%	65%	3%
Betreuung Kinder, Angehörige	10%	70%	7%
Verschiedenes	23%	50%	11%
Total	100%		44%
			Viertelrente

Abb. 4 Spezifische Methode: Tätigkeitsvergleich,
eigene Darstellung

4.2.4.3 Gemischte Methode

Bei der gemischten Methode werden die erwähnten Methoden kombiniert. Gemäss Pro Infirmis (sd, online) wird zunächst die mutmassliche Prozentzahl der Erwerbstätigkeit ermittelt. Die Differenz zwischen 100% und der mutmasslichen Erwerbstätigkeit ergibt den prozentualen Anteil der Tätigkeit im Aufgabenbereich. Widmer (2017, 98) führt weiter, dass die Teilinvaliditätsgrade nach der jeweiligen Methode ermittelt und schliesslich mit dem prozentualen Anteil multipliziert werden. Die Summe der prozentualen «Teilinvaliditätsgrade» bestimmt den massgebenden Invaliditätsgrad. Diese Regelung ist auf Verwaltungsebene im KSIH geregelt.

Frau Di Trizio war bereits vor der Geburt ihrer Zwillinge zu 50% erwerbsunfähig. Die Geburt ihrer Söhne hat dazu geführt, dass die gemischte Methode zur Berechnung der Invalidität angewandt wurde.

Das nachfolgende Beispiel soll die paradoxe Situation im Fall Di Trizio respektive bei der gemischten Methode aufzeigen. Als gesunde Frau wäre Di Trizio zu 50% erwerbstätig. Folglich entsteht kein Einkommensverlust und ein Teilinvaliditätsgrad im Erwerbsbereich von 0%. Die Teilinvalidität im Tätigkeitsbereich wird aufgrund der prozentualen Gewichtung auf 22% reduziert. Wäre Frau Di Trizio also voll oder gar nicht erwerbsfähig gewesen, hätte sie Anspruch auf eine Halbe- respektive Viertelrente gehabt. Die Erwerbstätigkeit wird somit doppelt berücksichtigt.

Weiter ist erwähnenswert, dass ein leidensbedingter Abzug bei teilzeiterwerbstätigen nur dann berücksichtigt wird, wenn die verbleibende Arbeitsfähigkeit voll ausgenutzt wird und die Betreuungspflichten negativ beeinflussen. Er beträgt im Maximum 15%.¹²

Gemischte Methode: Einkommens- und Tätigkeitsvergleich		
<i>Teilinvalidität</i>	<i>Teilinvalidität in %</i>	<i>prozentuale Teilinvalidität</i>
Erwerbsarbeit (50%)	0%	0%
Haushaltarbeit (50%)	44%	22%
Total		22%
		keine Rente

Abb. 5 Gemischte Methode: Einkommens- und Tätigkeitsvergleich
eigene Darstellung

¹² vgl. dazu BGE 134 V 9

5 Soziale Arbeit, Menschenrechte und Politik

Der Fall Di Trizio wurde völkerrechtlich eingeordnet und die Differenzen der Begrifflichkeiten Diskriminierung, Behinderung und Invalidität dargelegt. Ebenfalls wurde die gemischte Methode als Rentenrechnungsart der Invalidenversicherung mit Illustrationen zum Fall Di Trizio veranschaulicht. Nachfolgend gilt es, die Verbindung zwischen dem Fall Di Trizio und der Sozialen Arbeit herzustellen.

5.1 Soziale Arbeit und Menschenrechte

Zunächst soll der Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Menschenrechten aufgezeigt werden. Dabei wird die Definition der Sozialen Arbeit hinzugezogen, der Berufskodex der Sozialen Arbeit konsultiert und das Tripelmandat näher betrachtet.

5.1.1 Definition der Sozialen Arbeit

Nachfolgend wird auf die deutsche Übersetzung der globalen Definition Sozialer Arbeit eingegangen. Das Original hat die Generalversammlung der International Federation of Social Workers (IFSW) 2014 in Melbourne verabschiedet. Die von AvenirSocial (2015, 2) vorgenommene Translation definiert die Soziale Arbeit wie folgt:

«Soziale Arbeit fördert als Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen, den sozialen Zusammenhalt und die Ermächtigung und Befreiung von Menschen. Dabei sind die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der gemeinschaftlichen Verantwortung und der Anerkennung der Verschiedenheit richtungsweisend. [...]»

Laut Beuchat (2017, 15) nehmen für Sozial Arbeitende die soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte eine fundamentale Bedeutung ein und sind keine Sache des Beliebens.

5.1.2 Berufskodex der Sozialen Arbeit

Auch der Berufskodex der Sozialen Arbeit (2010, 8-10) bezieht sich auf die internationale Definition als Grundwert der Profession und zählt die Menschenrechte, die Menschenwürde und die soziale Gerechtigkeit dazu. Bei der Ausführung der sozialen Gerechtigkeit kann dem Berufskodex (2010, 10) explizit entnommen werden, dass sich Sozialarbeitende verpflichten, jede Form der Diskriminierung zurückzuweisen.

Im Fall Di Trizio liegt eindeutig eine indirekte Diskriminierung vor. Sozialarbeitende, die Soziale Arbeit als eine Menschenrechtsprofession verstehen und sich am Berufskodex orientieren, müssen diese indirekte Diskriminierung klar zurückweisen. Dies setzt voraus, dass sie die strukturelle Benachteiligung von Frauen in der gemischten Methode der IV erkennen und aus der Sicht der Menschenrechte betrachten.

Sozialarbeitende legitimiert dabei die Anerkennung des dritten Mandates. Auch nach dem Berufskodex (2010, 7) übt die Soziale Arbeit ein dreifaches Mandat aus.

Das Tripelmandat wird im Folgenden in Unterscheidung zum beruflichen Doppelmandat erklärt.

5.1.3 Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat

Gemäss Von Spiegel (2006, 37) lässt sich das doppelte Mandat der Sozialen Arbeit aus dem Umstand erschliessen, dass die Soziale Arbeit eine «staatsvermittelnde» Profession ist. Der Staat oder seine Instanzen bestimmen den Zweck und die Ziele der Sozialen Arbeit. Die Profession hingegen ist in der Wahl ihrer Methoden autonom und versucht, den Interessen und Bedürfnissen der Klientel gerecht zu werden. Nach Von Spiegel (2006, 37) bewirkt das doppelte Mandat ein Agieren zwischen Hilfe und Kontrolle. Hierbei orientiert sie sich an Böhnisch und Lothar, die den Begriff des doppelten Mandates 1973 prägten. Der Ansicht der Autoren nach (zit. in Von Spiegel 2006, 37) gilt das doppelte Mandat als ein Strukturmerkmal der Sozialen Arbeit. So werde das berufliche Handeln im institutionell-organisatorischen Handlungsrahmen und das gleichzeitige Beziehen auf die Lebenswelt der Klientel von vielen Fachkräften als Dilemma empfunden.

Staub-Bernasconi (2007 c, 6) kritisiert die Unterordnungslogik, die die Soziale Arbeit im Doppelmandat verfolgt. Ihrer Ansicht nach werden hierbei die gesellschaftlichen Normen und Gesetzgebungen befolgt. Auch die breitere Auslegung eines Doppelmandates steht stets in einem Machtgefälle, sodass Aushandlungsprozesse zugunsten des Trägers ausfallen. Eine Soziale Arbeit hingegen, die sich als eine Profession bezeichnet, geht von einem zusätzlichen dritten Mandat aus.

Gemäss Staub-Bernasconi (2007 a, 200-202) erfolgt diese Mandatserweiterung auf der wissenschaftlichen Fundierung sowie auf der Grundlage der Menschenrechte.

Staub-Bernasconi (2007 a, 200) umschreibt das dritte Mandat wie folgt:

- ▽ Soziale Probleme, Arbeitsweisen oder Methoden basieren auf einem wissenschaftlichen Beschreibungs- und Erklärungswissen.
- ▽ Eine ethische Basis (Ethikkodex), mit welcher Entscheidungen und essenzielle Fragen aus Sicht der Profession beantwortet werden, ist vorherrschend. Sie löst sich von einer überwiegenden Mentalität sowie dem Druck seitens der Entscheidungsträger und/oder der Adressatin.
- ▽ Menschenrechte fungieren als Legitimationsbasis. Sie gehen über bindende Gesetze und/oder Aufträge hinaus und ermöglichen eigenbestimmte Aufträge. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, Probleme und Aufträge nicht nur aus legalistischer, sondern aus menschenrechtlicher Perspektive zu betrachten. Somit ermöglicht das Tripelmandat nach Staub-Bernasconi (2007 b, 36) die Unterscheidung zwischen gesetzeskonformen (legalen) sowie wert- und ethisch begründeten (legitimen) Forderungen, Verfahren und Gesetzgebungen.

Die Sozialarbeitenden stehen mit dem Tripelmandat also permanent in einem Spannungsverhältnis zwischen Klientel, Auftraggeberin und Sozialer Arbeit.

Die nachfolgende Grafik illustriert die Erweiterung vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat.

TRIPLEMANDAT

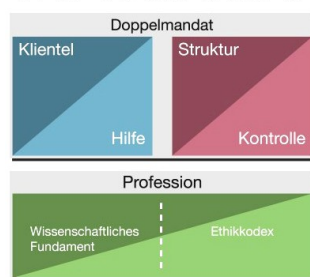


Abb. 6 Vom berufliche Doppel- zum professionellen Tripelmandat nach Reichenberg (2015, online)

Weiter erläutert Staub-Bernasconi (2007 c, 7), dass das dritte Mandat eine übergeordnete Legitimationsbasis darstellt und es Sozialarbeitenden ermöglicht, Aufträge anzunehmen und abzulehnen.

Auch weist Staub-Bernasconi (2007 c, 7) darauf hin, dass eine auf diesem dritten Mandat begründete Profession ohne politisches Mandat politikfähig ist. Durch den Bezug zu den Menschenrechten erlange die Soziale Arbeit die Möglichkeit der ethischen und theoretischen Träger- und Gesellschaftspolitik. Das Paradoxe daran sei, dass die Politikfähigkeit der Profession eine «Entkoppelung von der Politik und ihren Repräsentanten» verlange.

Doch wie lässt sich Politik definieren? Welche Möglichkeiten zur Einflussnahme für Sozialarbeitende bestehen und wie lassen sich die Handlungsmöglichkeiten im politischen System der Schweiz einordnen? Die folgenden Absätze klären darüber auf.

5.2 Soziale Arbeit und Politik

Das politische Mandat respektive die Politikfähigkeit der Sozialen Arbeit ist nach wie vor umstritten. Während das eine Lager dieses Mandat abstreitet und ausschliesslich die politische Befähigung der Klientel zum professionellen Auftrag zählt, anerkennt das andere Lager ein politisches Mandat.¹³

Um die Einflussnahme der Sozialen Arbeit in der Politik näher zu betrachten, bedarf es einer vorangehenden Erklärung des Politikverständnisses der vorliegenden Thesis.

5.2.1 Politikverständnis

In dieser Thesis wird eine breite Definition von Politik, wie sie Meyer und Patzelt beschreiben, verstanden. Nach Meyer (2010, 37) ist Politik die Summe von Entscheidungen, die der ganzen Gesellschaft zugutekommen. Dazu gehören sowohl Aktivitäten zur Vorbereitung sowie zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Wohlergehen der Allgemeinheit orientierter Abmachungen. Auch Patzelt (2013, 22) plädiert für einen umfassenden Politikbegriff und beschreibt Politik als «jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen [...] in und zwischen Gruppen und Menschen abzielt».

¹³ Vergleiche dazu: Merten, Roland (Hrsg.). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Opladen: Leske + Budrich. 2001.

5.2.2 Politische Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit

Nach Rieger (2010, 13-14) lässt sich das politische Handeln Sozialer Arbeit in vier Dimensionen aufteilen:

(1) Soziallobbying

Rieger (2010, 13-14) definiert Soziallobbying als Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger unterschiedlicher Politikebenen. Soziale Arbeit kann einerseits ihre eigenen Interessen vertreten, sich aber andererseits auch anwaltschaftlich für die Interessen der Klientel einsetzen. Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sowie Monitoring sind die Methoden der Zielerreichung. Soziale Arbeit und Politik befinden sich in einer Wechselwirkung. Die Politik profitiert von Informationen und vom Rat der Sozialen Arbeit. Sozialer Arbeit wird im Gegenzug politischer Einfluss ermöglicht.

(2) Politikberatung

Rieger expliziert (2010, 14), dass die Politikberatung Sozialer Arbeit als Aufklärung, Information oder Irritation der Politik fungiert. So könne sie soziale Probleme wissenschaftlich fundiert erklären, aber auch mögliche Interventionen aufzeigen und bisherige Umsetzungen fachlich reflektieren.

(3) Politikimplementation

Nach Rieger (2010, 13) verfügt Soziale Arbeit über Gestaltungsspielräume, Leistungen individueller Hilfen in komplexen Problemlagen zu gestalten und anzuwenden. Hierbei handle sie, ob bewusst oder unbewusst, politisch.

(4) Politikbildung

Laut Rieger (2010, 14) sind politische Bildung und Empowerment fundamentale Elemente der politischen Sozialen Arbeit. Adressatinnen sollten durch pädagogische Massnahmen und Befähigung bei der Artikulation ihrer eignen Interessen unterstützt werden. So gelte es, ein politisches Bewusstsein und Selbstorganisation zu erlangen.

Nach Ansicht der Autorin verfügt die Soziale Arbeit klar über eine Politikfähigkeit.¹⁴ Soziale Arbeit, die sich an Menschenrechten orientiert, kann gar nicht anders als politisch sein. In beinahe sämtlichen politischen Entscheidungen lassen sich menschenrechtliche Dimensionen erkennen. Auch arbeiten Sozialarbeitende mit vulnerablen Menschen und damit Adressatinnen, die möglicherweise nicht in der Lage sind, sich politisch zu positionieren, und die es folglich zu vertreten gilt. Nicht zuletzt werden die Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit stark von politischen Entscheiden beeinflusst. Es handelt sich um Rahmenbedingungen, die aufgrund der immer stärkeren Individualisierung sozialer Probleme die Handlungsspielräume von Sozialarbeitenden tendenziell kleiner werden lassen. Hier bedarf es einer Sozialen Arbeit, die diese strukturellen Problematiken aufgreift und soziale Probleme aufs politische Tapet bringt.

Doch wie können die politischen Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit mit dem durch den Fall Di Trizio ausgelösten Vernehmlassungsverfahren verbunden werden? Nachfolgend wird dazu das politische System der Schweiz skizziert.

¹⁴ Der Begriff Politikfähigkeit wurde bewusst demjenigen der politischen Mandatierung vorgezogen, da die Debatte über ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit v.a. in unterschiedlichen Auslegungen der Aufgabenfelder mündet.

5.2.3 Politisches System Schweiz

Linder und Iff (2011, 2) nennen den Föderalismus, die direkte Demokratie und Volkswahlen sowie die Konkordanz-Demokratie als kennzeichnend für das politische System der Schweiz. Folglich skizziert das Kapitel diese Eigenschaften. Dem politischen Entscheidungsprozess als Teil der Konkordanz-Demokratie wird aufgrund seiner Verflochtenheit mit dem Vernehmlassungsverfahren ein Unterkapitel gewidmet.

Nach Linder et al. (2011, 3) sind in der Schweiz drei politische Ebenen für den Föderalismus prägend: der Bund, die 26 Kantone und die circa 2600 Gemeinden. Eine nicht zentralisierte Aufgabenteilung und die hohe Autonomie der Kantone und Gemeinden sind kennzeichnend für das föderalistische System. Die verschiedenen Formen der vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit prägen den schweizerischen Föderalismus.

Linder et al. (2011, 28) bezeichnen die direkte Demokratie als eine der wichtigsten Errungenschaften des schweizerischen Politiksystems. Diese zeigt sich in Volkswahlen, Referenden und Volksinitiativen, die das vollständige politische System beeinflussen. Gemäss den Autoren (2011, 24) sind die Volkswahlen in der Schweiz auf allen föderalen Ebenen vorherrschend. Zentral sind die Wahlen der Bundesversammlung sowie die Wahl der kantonalen Regierung.

Sciarini (2006, zit. in Linder 2012, 329) definiert die Konkordanz als «eine geregelte Teilnahme und den Einfluss aller referendumsfähigen politischen und gesellschaftlichen Organisationen im Entscheidungsprozess, sowie die politische Konfliktlösung durch Verhandeln und Kompromiss». Linder et al. (2011, 39) bezeichnen die Koalitionsregierung aller grosser Parteien, die parlamentarische Zusammenarbeit der Parteien sowie die Entscheidungsfindung mittels Kompromiss und Verhandlung als typische Merkmale für die schweizerische Konkordanz-Demokratie. Sie verfolgt das Ziel, möglichst alle relevanten politischen Kräfte im Entscheidungsfindungsprozess zu integrieren.

5.2.3.1 Politischer Entscheidungsprozess und beteiligte Akteure

Weiter legen Lindner et al. (2011, 46-47) dar, dass der Föderalismus, die Machtteilung und die direkte Demokratie eine Vielzahl von Akteuren am politischen Prozess bedingen. So seien fünf verschiedene Arenen im Prozess der Entscheidungsfindung zu identifizieren, wobei jeweils ein bestimmter Akteur eine besondere Rolle spielt:

- ▽ der Bundesrat in der Steuerung politischer Prozesse und damit dem Agenda-Setting,
- ▽ das Parlament mit der Hauptfunktion der Gesetzgebung, wobei es mittels Motion, Initiative, Interpellation und Postulat Gesetzgebungen anstossen und/oder die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit beaufsichtigen kann,
- ▽ das Volk, das mit dem Referendum eine Gesetzesänderung umstossen und mittels Volksinitiativen eine Änderung der Verfassung initiieren kann,
- ▽ die Bundesverwaltung, deren Expertenwissen den vorparlamentarischen Prozess beeinflussen kann und deren Vollzugserfahrung bei der Definition von Problemlösungen und der Vertretung von Eigeninteressen unterstützend sind.

Nachfolgend stehen das Vernehmlassungsverfahren als letzte Arena der politischen Entscheidungsfindung und die Interessengruppen als Akteure im Zentrum.

5.2.4 Das Vernehmlassungsverfahren

Linder und Iff (2011, 47) bezeichnen das vorparlamentarische Verfahren als wichtigste Arena für den Einfluss von Interessengruppen. Die Anhörung sei insofern wichtig, da dadurch ein Referendum vermieden werden könne. Zumeist lasse sich das Verfahren in zwei Schritte unterteilen. Zunächst verfasst eine vom Bundesrat berufene Expertenkommission einen Gesetzesentwurf. Dann erfolgt das Vernehmlassungsverfahren, in dem Stellung zum Gesetzesentwurf bezogen werden kann. Gemäss Bundeskanzlei (2017, online) wird «das Vorhaben des Bundes von erheblicher politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite auf ihre sachliche Richtigkeit, Vollzugstauglichkeit und Akzeptanz hin» geprüft. Nach dem Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren (VIG) Art. 2 Abs. 1 bezweckt das Verfahren die Beteiligung der Kantone, der politischen Parteien sowie interessierter Kreise an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes. Dementsprechend kann sich jeder interessierte Kreis zu aktuellen Vernehmlassungen äussern.

5.2.4.1 Vernehmlassung der IVV über die Änderung der gemischten Methode

Bei diesem Vernehmlassungsverfahren handelt es sich um eine Änderung der Verordnung. Caduff und Fuchs (2017, 107) weisen darauf hin, dass es sich hierbei um Erlasse handelt, die im Gegensatz zu Bundesgesetzen keinem Referendum unterstehen, da Verordnungen untergeordnete Gesetze sind, die sich auf die Bundesverfassung und in der Regel auf Bundesgesetze abstützen. Gemäss Art. 86 IVG ist der Bundesrat mit der Inkraftsetzung und dem Vollzug befugt und kann Kompetenzen an das Bundesamt delegieren.

Nach dem EGMR-Entscheid am 4. Juli 2016 eröffnete das eidgenössische Departement des Innern (EDI) das Vernehmlassungsverfahren. Laut BSV (2017, online) informierte das EDI am 17. Mai 2017 die Kantone, die politischen Parteien, Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, Dachverbände der Wirtschaft und die interessierten Kreise mittels Berichts und Begleitschreibens. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte vom 17. Mai 2017 bis zum 11. September 2017 an.

Zusammenfassend ergibt sich nachfolgendes Bild: Basierend auf dem breiten Politikverständnis der Thesis sowie der Tatsache unterschiedlicher politischer Arenen im Entscheidungsfindungsprozess des politischen Systems der Schweiz kann die Soziale Arbeit ihre Politikfähigkeit auf unterschiedlichen Ebenen ausüben. Zieht man nun die unterschiedlichen Dimensionen politischer Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit heran, stellt die Teilnahme an einem Vernehmlassungsverfahren eine Möglichkeit der Politikberatung dar. Mit den Menschenrechten als Legitimationsbasis verpflichtet sich die Soziale Arbeit, für eine Ausgestaltung der gemischten Methode zu plädieren, die sich dem erstrebenswerten Ziel der sozialen Gerechtigkeit annähert.

6 Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigt sich aus retrospektivem Blickwinkel, dass der Fall Di Trizio bezüglich der Menschenrechte universal, regional und national eingeordnet werden kann. Die Verwobenheit und die Kontroversen der regionalen und nationalen Menschenrechte beeinflussen den Menschenrechtsrahmen für Sozialarbeitende entscheidend. Für beide Ebenen gilt das Subsidiaritätsprinzip (Kapitel 2.2), das gleichzeitig als Übergang derselben fungiert.

Die EMRK bildet die dominierende Konvention im Fall Di Trizio (Kapitel 2.4) und hat den Grundrechtskatalog der Schweizerischen Bundesverfassung (Kapitel 3.1.2) entscheidend beeinflusst. Auf dieser regionalen Ebene gilt das akzessorische Diskriminierungsverbot (Kapitel 3.1.1). Dasselbe findet in der Schweiz keine Beachtung (Kapitel 3.1.2). Es existieren jedoch öffentlich-rechtliche Gesetze, die die Gleichstellung von Mann und Frau ermöglichen und die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung vermindern sollen (Kapitel 3.2.1).

Neben der juristischen Einordnung von Diskriminierung ist es für Sozialarbeitende unabdingbar, die sozialwissenschaftliche Sichtweise von Diskriminierung zu berücksichtigen (Kapitel 3.1.3). Diese zeigt sich als viel umfassender und versucht das sozial komplexe Phänomen der Diskriminierung (Kapitel 3.1) auf der Ebene Gesellschaft und Individuum zu fassen. Insbesondere der intersektionelle Blickwinkel lässt Professionelle neue Handlungsspielräume und strukturelle Benachteiligungen erkennen (Kapitel 3.1.3). Die Begriffe Invalidität (Kapitel 3.2.1) und Behinderung (Kapitel 3.2.2) gilt es zu unterscheiden, wobei erster funktional und relativ ist (Kapitel 3.2.1). Ein bio-psycho-soziales Verständnis von Behinderung (Kapitel 3.2.2.3) ermöglicht, eine Verbindung zwischen dem Fall Di Trizio und der CRPD (Kapitel 3.2.2.2) herzustellen. Der Zusammenhang ist folglich als Argumentationslinie von Interessenverbänden im Vernehmlassungsverfahren prospektiv einzuordnen (Kapitel 2.3.2, 3.2.2.2, 5.2.4). Im Gegensatz hierzu konnte die Verbindung des Falles Di Trizio mit der CEDAW (Kapitel 2.3.1) bereits retrospektiv dargelegt werden. Die Invalidität respektive deren wirtschaftliche Folgen gilt es, von Bund und Kantonen zu sichern. Sie sind als soziale Menschenrechte auf Verfassungsebene den Sozialzielen zuzuordnen (Kapitel 3.1.2). Die paradoxe und benachteiligende Ausgestaltung der gemischten Methode als Rentenberechnungsmodell der IV führt zu einer indirekten Diskriminierung von Frauen (Kapitel 1.2, 4.2, 3.1.1).

Das Vernehmlassungsverfahren wird dem vorparlamentarischen Verfahren zugeordnet und als wichtigste Arena für die Einflussnahme von Interessengruppen bezeichnet (Kapitel 5.2.4). Die Änderung der gemischten Methode findet auf Verordnungsstufe statt und die Vernehmlassung der IVV über die Änderung der gemischten Methode fungiert als Forschungsbereich der Thesis (Kapitel 5.2.4.1). Hier kann die Soziale Arbeit ihre Politikfähigkeit in der Dimension Politikberatung angehen (Kapitel 5.2.2). Basierend auf den Menschenrechten als Legitimationsbasis (Kapitel 5.1.3) und orientiert am Ziel der sozialen Gerechtigkeit (Kapitel 5.1.1, 5.2.2), gilt es für Professionelle, sich für eine gerechtere Ausgestaltung der gemischten Methode einzusetzen und die indirekte Diskriminierung klar abzuweisen.

(Kapitel 5.1.2). Universelle Menschenrechtsverträge sollen in der Argumentationslinie herangezogen werden (Kapitel 5.1.3, 2.3).

6.1 Theoriegeleitete Hypothese und Fragestellung

Anhand der Fragestellung, wie sich deutschsprachige Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode positionieren, erfolgte eine erste Hypothese zur Positionierung der Interessenverbände. Während in der ursprünglichen Hypothese ausschliesslich die Menschenrechtsverträge als Bindeglied zwischen dem Fall Di Trizio und den Interessenverbänden aufgeführt wurden, verschaffte der theoretische Zugang ein umfangreiches Bild über die retro- und teils auch prospektive Sichtweise auf den Fall Di Trizio. Dies ermöglichte eine Nuancierung der Hypothese - eine Verfeinerung, die die wesentlichen Konzepte des theoretischen Zugangs widerspiegelt.

Die theoriegeleitete Hypothese lautet:

Die Interessenverbände sprechen sich für die Anpassung der gemischten Methode aus, damit teilzeiterwerbstätigen Frauen mit Behinderung eine gerechtere Methode der Invaliditätsgradbemessung unterbreitet werden kann.

Diskriminierung, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit

Die verlangte Ausgestaltung **einer gerechteren Methode** impliziert, dass die bisherige Methode in der Praxis eine diskriminierende Ausgestaltung erfuhr. So handelte es sich in 98% der Fälle um Frauen, was eine akzessorische indirekte Diskriminierung darstellt. Von Sozialarbeitenden ist jede Diskriminierung und damit ungerechtfertigte Ungleichheit zurückzuweisen. Der sozialwissenschaftliche Blickwinkel von Diskriminierung und die Verpflichtung, sich mit den Menschenrechten als Legitimationsbasis für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, sollen hierbei unterstützend sein.

Behinderung und Invalidität

Das Plädoyer für eine gerechtere Methode bei **teilzeiterwerbstätigen Frauen mit Behinderung** berücksichtigt sowohl den Invaliditäts- als auch den Behinderungsbegriff. Der Begriff Teilzeiterwerbstätige impliziert das Bewusstsein über die erforderliche (Teil-) Erwerbsseinbusse im Rahmen der gemischten Methode. Der Terminus Behinderung wird explizit aufgeführt, um die bio-psycho-soziale Sichtweise von Behinderung in seinen Kontroversen respektive Zusammenhängen mit der Auffassung von Invalidität zu berücksichtigen.

Gemischte Methode und Invalidenversicherung

Die **gemischte Methode** und die **Invaliditätsgradbemessung** repräsentieren die Invalidenversicherung. In der qualitativen Forschung soll ausfindig gemacht werden, ob sich die Interessenverbände auch dementsprechend positionieren, respektive soll diskutiert werden, inwiefern die aufgeführten Aspekte berücksichtigt werden.

Bevor die Ergebnisse der Untersuchung mit der Fragestellung und der Hypothese in Verbindung gebracht werden können, gilt es, den dritten Teil der Thesis und damit die Methodik abzuhandeln.

Teil 3

Methodik

7 Dokumentenanalyse

Der Abschnitt Methodik umfasst die Abhandlung der Dokumentenanalyse. Dazu wird zunächst das Forschungsvorgehen erläutert. Dann werden deren Möglichkeiten und Grenzen sowie die ethischen Aspekte dargelegt. Es folgen die unterschiedlichen Techniken sowie die persönliche Erfahrung mit der Empirie. Abgerundet wird der dritte Teil mit der Auswertungsmethodik.

7.1 Forschungsvorgehen

Nach Mayring (2016, 46-47) ist die Dokumentenanalyse eine qualitativ-interpretative Analyse. Gemäss Atteslander (zit. in Mayring, 2016, 49) ist die intensive persönliche Auseinandersetzung mit den Dokumenten essentiell. Mayring (2016, 48-49) zählt vier Stufen zum Verfahren der Dokumentenanalyse, wobei die **präzise Formulierung der Fragestellung** zur ersten Stufe der Analyse zählt. Ergänzend wird die Hypothese aufgeführt. Diese lautet:

Die Interessenverbände sprechen sich für die Anpassung der gemischten Methode aus, damit teilzeiterwerbstätigen Frauen mit Behinderung eine gerechtere Methode der Invaliditätsgradbemessung unterbreitet werden kann.

Zur zweiten Stufe zählt Mayring (2016, 48) die genaue **Definition der Dokumente**. Bezogen auf die Fragestellung erfolgt eine erste Selektion der zu untersuchenden Dokumente. So werden ausschliesslich deutschsprachige Stellungnahmen von Interessenverbänden für Menschen mit Behinderung und/oder Frauen untersucht. Weitere Kriterien bestanden darin, dass die Interessenverbände einen Verein gemäss Art. 60 ff ZGB bilden und dass diese vom Bund unabhängig sind. Dazu wurden die Statuten der einzelnen Vereine konsultiert und verglichen. Weiter konnte durch das Heranziehen der Internetseiten der Vereine deren Verbindung eruiert werden.

Die Stellungnahmen nachfolgender Vereine waren forschungsrelevant: AGILE.CH, avanti donne, Inclusion Handicap, INSOS Schweiz, Procap Schweiz, Vereinigung Cerebral Schweiz, Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband (SBV), Schweizerischer Gehörlosenbund (SGB), Evangelische Frauen Schweiz (EFS), Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing.

Gemäss Mayring (2016, 48) bildet die **Quellenkritik** die dritte Stufe der Dokumentenanalyse. Dabei sind sechs Kriterien zu berücksichtigen: «Art der Dokumente, Herkunft der Dokumente, innere und äußere Merkmale der Dokumente, Intendiertheit der Dokumente sowie Nähe der Dokumente zum Gegenstand».

Bei den zu untersuchenden Dokumenten handelt es sich um den Vernehmlassungsbericht sowie elf Stellungnahmen des Vernehmlassungsverfahrens über die Änderung der Verordnung der Invalidenversicherung. Dies sind öffentlich zugängliche Dokumente, die der Internetplattform Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) als PDF-Dateien zu entnehmen sind, wobei letztere in Briefform strukturiert wurden.

Für die Forschung gelangte der Brieftext der deutschsprachigen Interessenverbände von Menschen mit Behinderung und/oder Frauen in den Fokus, während der gesamte

Vernehmlassungsbericht konsultiert wurde. Der Inhalt der Dokumente kennzeichnet sich durch die Positionierung des jeweiligen Rezipienten auf die vorgeschlagene Änderung. Er umfasst damit die Intendiertheit und die inneren Merkmale der Dokumente. Die Nähe der Interessenverbände zur Änderung der gemischten Methode kennzeichnet sich durch die Vertretung der Klientel, die von der gemischten Methode betroffen sind. Um einen nachvollziehbaren Forschungsablauf zu gestalten, wurden die Texte in Word-Dateien konvertiert und mit Zeilennummern versehen.¹⁵

Nach Mayring (2016, 49) folgt schliesslich als letzte Stufe die **Interpretation der Dokumente** im Sinne der Fragestellung. Diese erfolgt im vierten Teil der Thesis.

7.2 Möglichkeiten und Grenzen der Forschung

Laut Mayring (2016, 47) können mittels Dokumentenanalyse vergangene Ereignisse erforscht werden. Ein Vorteil der Dokumentenanalyse ist das nonreaktive Messen. Somit kann die Messung das Verhalten des Beobachteten nicht beeinflussen. Weiter sind Daten bereits aufgearbeitet, wodurch Fehler bei der Erhebung der Daten reduziert werden können. Die Grenzen der Forschung zeigen sich in der Kehrseite des nonreaktiven Verfahrens. So kann ausschliesslich mit den vorhandenen Dokumenten gearbeitet werden. Bei Unklarheiten können keine Fragen gestellt werden. Folglich fließt auch die Subjektivität bei der Auswahl und Interpretation der Daten stark mit ein.

7.3 Methodik

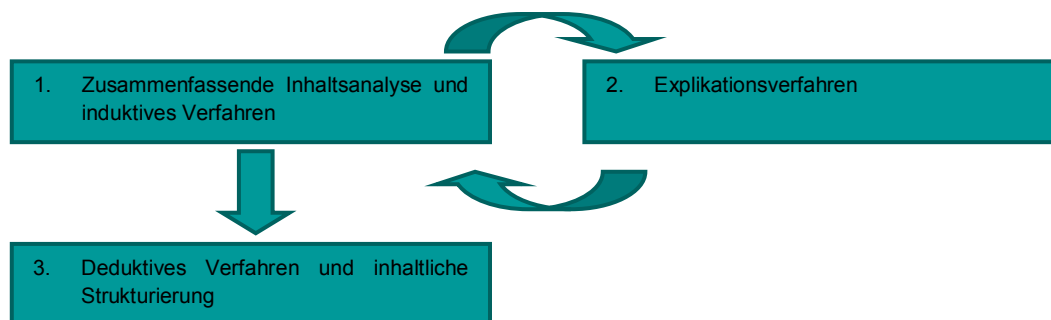


Abb. 7 Forschungsvorgehen
eigene Darstellung

Die Methodik im vorliegenden Dokument umfasst drei unterschiedliche Techniken. Den Anfang bildet die zusammenfassende Inhaltsanalyse mit einem induktivem Verfahren, das in Wechselwirkung mit dem Explikationsverfahren steht. Darauf folgt ein deduktives Verfahren nach inhaltlicher Strukturierung. Nachfolgend werden die Techniken umrissen.¹⁶

7.3.1 Zusammenfassende Inhaltsanalyse und induktive Kategorienbildung

Gemäss Mayring (2015, 69) liegt das Grundprinzip einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse und der induktiven Kategorienbildung darin, den Text mittels Makrooperatoren auf eine immer höhere Abstraktionsebene zu bringen und so zusammenzufassen. Mayring (2015, 85-87) erklärt, dass sich die Kategorien bei der induktiven Kategoriendefinition direkt aus dem Material ableiten. Im Fokus stehen

¹⁵ Eine Liste der konsultierten Dokumente ist im Kapitel 14 aufgeführt.

¹⁶ Die detaillierten Vorgehen der jeweiligen Techniken sind in den Kapitel 15 bis 17 vorzufinden.

einerseits das Ausfindigmachen von Themen, zu welchen sich die Interessenverbände positionieren, und andererseits die Positionierungen der Interessenverbände an und für sich. Die induktive Kategorienbildung erfolgt in insgesamt fünf Durchgängen.

7.3.2 Explikationsverfahren

Nach Mayring (2015, 90) kennzeichnet sich das Explikationsverfahren dadurch, dass zu Textausschnitten zusätzliches Material hinzugezogen wird, um die Textstelle zu «erklären, verständlich zu machen, zu erläutern, zu explizieren». Das Postulat wird im Vernehmlassungsbericht als Ausgangslage bezeichnet und es wird auf die Methode gemäss Pa. Iv. Suter aufmerksam gemacht. Mittels Explikationsanalyse soll demnach in erster Linie untersucht werden, inwiefern das Postulat als Ausgangslage fungiert und welche Rolle die Pa. Iv. Suter genau spielt. Dementsprechend werden die Codes des induktiven Verfahrens im vierten Durchgang angepasst.

7.3.3 Deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung

Gemäss Mayring (2015, 85) wird bei der deduktiven Kategoriendefinition das Ausgangsmaterial durch theoretische Vorüberlegungen geprüft und auf eine bestimmte Strukturierung hin untersucht. Dabei spielt der Kodierleitfaden eine wesentliche Rolle. Kodierregeln werden formuliert, um Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden und eindeutige Zuteilungen zu ermöglichen. Mayring (2015, 103) expliziert, dass die inhaltliche Strukturierung das Ziel verfolgt, bestimmte Themen aus den Materialien zu extrahieren und zusammenzufassen. Die inhaltliche Strukturierung umfasst dementsprechend die drei Hauptthemen Menschenrechte, Behinderung und Diskriminierung. Themen der bereits vorausgegangenen Verfahren werden ausser Acht gelassen.

7.4 Erfahrungen bezüglich der Datenerhebung

Durch die Auswahl der Dokumentenanalyse war der Forschungsgegenstand einfach zugänglich. Bald einmal kam die Frage auf, weshalb AvenirSocial keine Stellungnahme bezog. Folglich versuchte die Autorin, den Verband telefonisch zu erreichen, um eine geeignete Kontaktperson ausfindig zu machen. Sie sandte eine entsprechende E-Mail an die Geschäftsführung, von der sie eine rasche Rückmeldung erhielt. So wurde ersichtlich, dass AvenirSocial über zu wenige Ressourcen verfügt, um auf Vernehmlassungen auf Verordnungsstufe zu antworten.¹⁷

Die Forschung mit unterschiedlichen Techniken erwies sich als zeitintensiv, doch gerade deren Vielfalt an Techniken und die Möglichkeit, diese zu kombinieren, verschafften ein breites Bild. Die präzise Fragestellung, die Abhandlung der Quellenkritik sowie die erstellten Kodierregeln unterstützten die Ausarbeitung relevanter Daten.

7.5 Auswertungsmethodik

Die Auswertung erfolgt anhand der wichtigsten Codes der ersten zwei Techniken. Bei der dritten Technik ist der Kodierleitfaden bestimmend, wobei ausschliesslich ein Ankerbeispiel pro Kategorie zur Illustration aufgeführt ist. Die nachfolgende Tabelle verschafft einen Überblick über die Auswertungsmethodik der Forschung.

¹⁷ Der E-Mail- Austausch mit dem Berufsverband für Soziale Arbeit Schweiz ist im Kapitel 13 aufgeführt.

Kodiertabelle	Kode	Unter- Codes		
	Veranlassung	indirekte Diskriminierung, da gemäss Bericht zur Beantwortung des Postulat Jans 98% der Fälle Frauen sind		EMRK- und Verfassungskonformität erforderlich
	Umsetzung	IVG		IVV
	Gemischte Methode	keine gesetzliche Regelung Haus- und Familienarbeit ökonomisch und gesellschaftlich relevant		überproportionale Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit von CH-Lehre kritisiert
	Neue gemischte Methode	hypothetische Vollerwerbstätigkeit, angelehnt an Pa. Iv. Suter, gemäss UVG Berücksichtigung der Wechselwirkung diskriminierungsfreie Ausgestaltung		bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf Rechtsgleiche Behandlung
	Neuer Aufgabenbereich	Assimilation der Haushaltstätigkeit an Verordnungsänderung Änderung der üblichen in notwendige Tätigkeiten Streichung gemeinnütziger und künstlerischer Tätigkeiten		Aufnahme der Betreuung und Pflege Angehöriger ausschliesslich Tätigkeiten, die nach Eintritt der Invalidität an Dritte erbracht werden
Kodierleitfaden	Übergangsbestimmungen	Rentenrevision laufender Renten von Amtes wegen		Neuanmeldung bei bisher ausgeschlossenen Rentnerinnen
	Kodierung/ Kode	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
	Universale Menschenrechte	Verweis auf die Ratifizierung von: <ul style="list-style-type: none"> internationalen/ universalen Abkommen CEDAW/ FRK/ Frauenrechtskonvention CRPD/ BRK/ Behindertenrechtskonvention mit der Ratifizierung einhergehende Verpflichtungen.	[...] trotz Unterzeichnung internationaler Abkommen von der Schweiz nicht nur hingenommen, sondern [...] zementiert wurde [Juristinnen CH; Z 15-17]	Mindestens einer der Begriffe der Definition muss aufgeführt sein.
	Behinderung	Differenzierung der Betroffenen in weiteren Merkmale: <ul style="list-style-type: none"> Menschen mit Behinderung Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung Invalidität, invalid teilzeiterwerbstätige Versicherte 	[...] gesundheitlich beeinträchtigte Menschen beziehungsweise Menschen mit Behinderungen [AGILE.CH, Z 75-76]	Jede Unterscheidung, die zum Begriff Behinderung gemacht wird, sowie die Behinderung selbst werden dazugezählt. Auch die Begriffe Invalidität und invalid werden aufgeführt, sofern sie explizit erwähnt werden und Invalidität nicht weiter modifiziert wird, beispielsweise Invaliditätsgrad oder Invaliditätsbemessung. Der Begriff teilzeiterwerbstätig Versicherte wird aufgeführt, da hierbei implizit von der spezifischen Invalidität anhand der gemischten Methode ausgegangen wird.
Kodierleitfaden	Mehrfachdiskriminierung	Passagen, die Diskriminierung an mindestens zwei unterschiedlichen Merkmalen aufgreifen, dazu gehören: <ul style="list-style-type: none"> Behinderung (als Kategorie) Frauen (als Kategorie) doppelte Diskriminierung mehrfache Diskriminierung 	[...] ihrer dreifachen Belastung als unbezahlt tätige Hausfrauen, Mütter und Angehörigenpflegerinnen, als bezahlt Erwerbstätige [...] [avanti donne, 10-12]	Mindestens einer der Begrifflichkeiten wird explizit erwähnt. Aussagen, die auf eine Mehrfachdiskriminierung schliessen lassen, wobei die Wechselwirkung unter den Kategorien und/oder Ebenen vorhanden sein muss. Aussagen, die auf eine Mehrfachdiskriminierung schliessen lassen, da Ebenen, Kategorien und/oder Machtverhältnisse angesprochen werden. Die Wechselwirkung unter den Kategorien und/oder Ebenen muss ersichtlich sein.

Tabelle 2 Auswertungsmethodik
eigene Darstellung

Teil 4

Ergebnisse und Synthese

8 Ergebnisse und Synthese der Dokumentenanalyse

Im vierten Teil der Thesis werden die wichtigsten Ergebnisse der Dokumentenanalyse aufgeführt, analysiert und reflektiert. Orientiert an den Kodes, erfolgt das Verfahren anhand einer thematischen Gliederung. Zunächst wird auf das induktive und auf das Explikationsverfahren eingegangen. Dann folgt die Abhandlung des deduktiven Verfahrens. Schliesslich fliessen deren Konklusionen in die Diskussion der Hypothese ein, womit der vierte Teil der Thesis abgeschlossen wird. Ehe die Ergebnisse und die Synthese der Dokumentenanalyse dargelegt werden, gilt es, die Interessenverbände darzustellen.

8.1 Darstellung der Interessenverbände

Um den soziokulturellen Hintergrund der Interessenverbände ausfindig zu machen, wurden die jeweiligen Statuten herangezogen. Mithilfe digitaler Quellen konnte die Verbindungen der Vereine eruiert werden. Alle Vereine bis auf den Verein *Evangelische Frauen Schweiz* bezeichnen sich als politisch unabhängig und konfessionell neutral. Nachfolgend werden die Interessenverbände in tabellarischer Form dargestellt. Mitgliederorganisationen respektive Mitgliedervereine werden mit der entsprechenden Übermalung der Vereine gekennzeichnet.

Interessenverbände für Frauen

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz¹⁸

Gemäss Statuten der NGO-Koordination post Beijing Schweiz (2015, 1) bezweckt der Verein die Vernetzung und Koordination von Organisationen und Privatpersonen, die sich für die Umsetzung der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz Beijing 1995 einsetzen. Der Verein verfolgt die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Umsetzung der internationalen und regionalen Frauenrechtsnormen in der Schweiz. Auch positioniert sich der Verein als Interessenvertretung und Kompetenzzentrum für die Menschenrechte der Frau.

Juristinnen Schweiz

Gemäss Statuten der Juristinnen Schweiz (2001, 1) bezweckt der Verein die Förderung der frauenspezifischen Sichtweisen von der Forschung bis hin zu rechtlichen Aspekten und nimmt Einfluss auf das Gesellschaftsgeschehen. Weiter fördert der Verein die Kooperation und Interessenvertretung von Juristinnen auf nationaler und internationaler Ebene. Schliesslich führen die Juristinnen Schweiz Klagen und Beschwerden gemäss GIG und betätigen sich an Verfahren, die der Gleichstellung dienen.

Evangelische Frauen Schweiz (EFS)

Den Statuten der Evangelischen Frauen Schweiz (2007, 1) ist zu entnehmen, dass es sich um einen Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB handelt. Ziele der EFS sind, evangelische, ökumenische und Frauengruppen in der Schweiz zu verbinden sowie die Frauen in der öffentlichen und kirchlichen Existenz der Schweiz zu vertreten.

Tabelle 3 Interessenverbände für Frauen
eigene Darstellung

¹⁸ Die Mitgliederorganisationen wurden in nachfolgender Quelle ausfindig gemacht: NGO post Beijing. *Mitgliederorganisationen* [online]. Zürich: 2017. URL: <https://www.postbeijing.ch/ueberuns/mitgliederorganisationen/index.html> (12.03.2018)

Interessenverbände für Menschen mit Behinderung

Inclusion Handicap - schweizerische Dachverband Behindertenorganisationen¹⁹	
Gemäss Statuten Inclusion Handicap (2016, 1) bezweckt der Verein die Koordination und Vertretung gemeinschaftlicher Interessen von Menschen mit Behinderung und deren Organisationen in der Schweiz. Der Verein setzt sich für die autonome Lebensführung und Teilhabe in sämtlichen Lebensbereichen ein und orientiert sich an der CRPD, EMRK und BV.	
AGILE.CH - Dachverband für Behinderten-Selbsthilfeorganisationen²⁰	
Gemäss Statuten von AGILE.CH (2017, 1-2) fördert und koordiniert der Verein die Behinderten-Selbsthilfeorganisationen in der Schweiz, wobei die Interessen der ihr angehörenden Organisationen unterstützt und die Gleichstellung für Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Bereichen angestrebt wird. Bildung und Förderung von Selbsthilfeorganisationen, sozialpolitische Interessenvertretung, Öffentlichkeitsarbeit sowie wissenschaftliche Grundlagenarbeit sind Schwerpunkte der Arbeit.	
avanti donne- Interessenvertretung Frauen und Mädchen mit Behinderung	
Die Statuten von avanti donne (2016, 1) legen dar, dass der Zweck des Vereins die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Mädchen mit Behinderung ist. Hierzu führt avanti donne eine Anlauf- und Koordinationsstelle. Mittels Angeboten und Öffentlichkeitsarbeit sollen die Lebensqualität verbessert sowie Selbsthilfe und Selbstbestimmung gefördert werden.	
Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband (SBV)	
Den Statuten des Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (2013, 4) zufolge stellt der SBV eine nationale Organisation für blinde und sehbehinderte Menschen dar. Der Zweck des Zusammenschlusses ist Selbsthilfe, Selbstbestimmung sowie Interessenvertretung für blinde und sehbehinderte Menschen.	
Schweizerischer Gehörlosenbund (SGB- FSS)	
Gemäss Statuten des Schweizerischen Gehörlosenbundes (2014, 2) bildet der SGB- FSS «den Dachverband der Gehörlosen- und Schwerhörigen-Selbsthilfe». Er setzt sich aus unterschiedlichen Sprachregionen zusammen und zählt neben Dienstleistungen auch Vernetzungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Interessenvertretung zu seinen Aufgaben.	
Procap Schweiz	
Entsprechend der Statuten von Procap Schweiz (2011, 3) bezweckt die Selbsthilfeorganisation die Wahrung, Förderung und Durchsetzung der Interessen von Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Bereichen. Neben dem gesamtschweizerischen Verein bestehen gleichzeitig regionale und kantonale Sektionen, die als selbständige Vereine gelten und eigene Statuten aufweisen.	
Vereinigung Cerebral Schweiz	
Nach den Statuten der Vereinigung Cerebral Schweiz (2007, 1-2) bildet der Verein die Dachorganisation und bezweckt den Erfahrungsaustausch, die Unterstützung und die Hilfe für erwachsene Personen sowie Eltern von Kindern mit cerebralen Bewegungsstörungen. Finanzielle und fachliche Mittel von Regional- und Selbsthilfegruppen werden zur Verfügung gestellt, aber auch Publikationen und Interessenvertretungen angegangen.	
INSOS Schweiz - Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung	
Nach den Statuten von INSOS Schweiz (2014, 2) bezweckt der Verein die Unterstützung der Mitglieder und deren Institutionen, die Förderung der Qualität der Dienstleistungen für Behinderte und die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für deren Tätigkeit, auch mittels politischer Interessenvertretung.	

Tabelle 4 Interessenverbände für Menschen mit Behinderung
eigene Darstellung

¹⁹ Die Mitgliederorganisationen von Inclusion Handicap wurden unter folgender Quelle ausfindig gemacht: Inclusion Handicap. *Mitglieder von Inclusion Handicap* [online]. Bern: 28. Juni 2017. URL: <https://www.inclusion-handicap.ch/de/a-propos-de-nous/membres-5.html> (12.03.2018)

²⁰ Die Mitgliederorganisationen von AGILE.CH wurden folgender Quelle entnommen: AGILE.CH Die Organisationen von Menschen mit Behinderung. *Mitgliederorganisationen* [online]. Bern: sd. URL: <https://www.agile.ch/mitglieder> (12.03.2018)

8.2 Analyse und Synthese des induktiven und des Explikationsverfahrens

Nachfolgend werden die **Hauptkodes** des induktiven und des Explikationsverfahrens aufgeführt. Damit werden Punkte dargelegt, zu welchen sich die Interessenverbände positionieren konnten. Die *Unterkodes* werden zur Auslegung der Hauptkodes hinzugezogen und mit exemplarischen Quellen der Analysen versehen. Darauf folgen die relevantesten Positionierungen der Interessenverbände, wobei prägnante Aussagen wörtlich wiedergegeben werden. Schliesslich wird der Bezug zur Theorie hergestellt und es werden eigene Gedanken aufgeführt.

Veranlassung

Den Beweggrund für die Veränderung der Verordnung über die gemischte Methode bildet die *indirekte Diskriminierung*. So wurde im Explikationsverfahren (Explikation, Z 598-599) ersichtlich, dass die gemischte Methode in 98% der Fällen Frauen betrifft (Explikation, Z 136- 137). Es wurde klar, dass die Schweizer Regierung in der Stellungnahme an den EGMR die akzessorische Diskriminierung des Art. 8 EMRK nicht als Anwendungsbereich des EGMR ansieht (Explikation, Z 248-250), da die Schweiz das erste Zusatzprotokoll nicht ratifiziert hat, wonach sozialversicherungsrechtliche Fälle am EGMR bis anhin beurteilt wurden (Explikation, Z 245-247). Die gemischte Methode stünde der Wahl des Familienmodells Art. 13 Abs. 1 BV und analog Art. 8 EMRK nicht im Weg (Explikation Z 214-224). Sie solle die Invaliditätsgradbemessung auf die bestmögliche Weise sicherstellen und die überproportionale Vertretung von Frauen sei auf gesellschaftliche Gründe zurückzuführen (Explikation, Z 255-260). Die indirekte Diskriminierung nach Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 EMRK wurde dennoch vom EGMR gerügt. Es galt, eine Methode auszuarbeiten, die *EMRK- und verfassungskonform* ist (VB, Z 117).

Positionierungen

Avanti donne zeigt sich erleichtert, dass eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung für Teilzeiterwerbstätige vorherrschen soll. AGILE.CH, SBV, Vereinigung Cerebral²¹, Inclusion Handicap und INSOS schliessen sich an und verweisen auf die langjährige Kritik der Verbände an der diskriminierenden Bundesgerichtspraxis. Die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing ergänzen die geäusserte Kritik auch seitens der Frauen mit und ohne Behinderung sowie deren Organisationen. Nach AGILE.CH, dem SBV, avanti donne, den Juristinnen Schweiz, der NGO post Beijing und der Vereinigung Cerebral erfahren die betroffenen Frauen eine längst fällige Wertschätzung. Nach der Anschauung der Vereine (ausgenommen Vereinigung Cerebral) profitiert die gesamte Gesellschaft von der Diskriminierung von Frauen mit Behinderung oder gesundheitlichen Einschränkungen. Procap, die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing erwähnen den Fall Di Trizio explizit, wobei NGO post Beijing die längst fällige Bestätigung der Diskriminierung durch das EGMR betonen, INSOS, der SBV und AGILE.CH hingegen die erforderliche Notwendigkeit eines EGMR-Urteils.

«- und nur dank einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte-» (AGILE.CH, Z 103-104)

²¹ Bei der Vereinigung Cerebral, INSOS und Procap wird die Schweiz nicht explizit aufgeführt. Dennoch wird unter den Interessenverbänden die jeweilige schweizerische Dachorganisation verstanden.

Bezug zur Theorie

Nach Kälin und Künzli (2013, 398-399) handelt es sich beim akzessorischen Diskriminierungsverbot um ein Diskriminierungsverbot, das ausschliesslich im Zusammenhang mit der Anwendung einer im jeweiligen Menschenrechtsvertrag geregelten Garantie oder deren Zusatzprotokoll gilt. Die Autoren ergänzen (2013, 402-408), dass akzessorische Diskriminierungen sowohl direkt als auch indirekt sein können. Beim Fall Di Trizio wurde Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 EMRK gebracht, wozu analog der Art. 13 Abs. 1 BV existiert (Kapitel 2.4). Gemäss Caplazi (2016, 98) führte das EMRK zu bedeutenden Änderungen der Grundrechte in der Schweiz. So enthält nach Hausamann (2012, 11) auch der Art. 8 Abs. BV das Diskriminierungsverbot. Kurt betont (2018, Z 666-675), dass es rechtlich nicht die Bedeutung hat, die es haben sollte, da die Schweiz das akzessorische Diskriminierungsverbot nicht anerkennt. Gemäss Kälin und Künzli (2013, 244-271) gehört das Individualbeschwerdeverfahren zu einem möglichen Durchsetzungsmechanismus von Menschenrechten und kommt erst nach Durchlaufen innerstaatlicher Instanzen zum Tragen, wobei auf regionaler Ebene die Beschwerde an den EGMR gereicht wird. Frau Di Trizio klagte gegen die Schweiz am EGMR und durchlief vorgängig sämtliche innerstaatlichen Instanzen (Kapitel 2.2).

Gedanken

Im Explikationsverfahren wurde ersichtlich, dass sich der Bundesrat resolut gegen die Anklage von Frau Di Trizio wehrte und eine indirekte Diskriminierung klar zurückwies. Bei den Positionierungen wird zwar von Diskriminierung gesprochen und gar die langjährige Kritik der Vereine diesbezüglich aufgeführt, doch weder das regional noch das national verankerte Diskriminierungsverbot wird klar ersichtlich. Die «längst fällige Wertschätzung für Frauen», «von welchen die gesamte Gesellschaft profitierte», kann auf die indirekte Diskriminierung verweisen. Das «notwendige EGMR-Urteil» von INSOS, der SBV und AGILE.CH kann als Vorwurf an die Schweiz verstanden werden, während die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing ihre Kritik am EGMR äussern. Ergo werden einerseits die Notwendigkeit des EGMR und andererseits die zurückhaltenden Urteile des EGMR kritisiert. Ausschliesslich Procap, die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing erwähnen explizit den Fall Di Trizio.

Umsetzung

Die Umsetzung der neuen gemischten Methode erfolgt auf *Verordnungsstufe* (VB, Z 86-87). Dadurch sollen eine rasche Klärung und eine einheitliche Anwendung (VB, Z 449-450) ohne neue Mittel (VB, Z 141-145) umgesetzt werden, was ab 01.01.2018 in Kraft tritt (VB, Z 141-145). Im Explikationsverfahren wurde ersichtlich, dass die ursprüngliche Pa. Iv. Suter auf der *Stufe des Gesetzes*, Art. 28 Abs. 2^{bis} IVG, umgesetzt werden sollte (Explikation, Z 500-501). Weiter wurde klar, dass der Bundesrat in der Beantwortung des Postulats Jans neben den finanziellen Mehrkosten auch die notwendige Gesetzesänderung abhandelte (Explikation, Z 295-298) und auf eine Verbesserung im Sinne der Pa. Iv. Suter verzichtete.

Positionierungen

Während Inclusion Handicap, Procap, die Vereinigung Cerebral, der SGB und die EFS die Verordnungsänderung begrüssen, begrüssen die Juristinnen Schweiz und NGO

post Beijing, dass die Änderung des Art. 27 f. IVV in die Vernehmlassung geschickt wird. Weiter stimmen Inclusion Handicap und Procap dem Zeitpunkt des Inkrafttretens zu.

Bezug zur Theorie

Nach Lindner und Iff (2011,47) bildet das vorparlamentarische Verfahren die wichtigste Arena für den Einfluss von Interessengruppen, wobei sie im Vernehmlassungsverfahren Stellungen zu einem Gesetzesentwurf beziehen können. Das Ziel bestehe darin, ein Referendum zu vermeiden. Gemäss Caduff und Fuchs (2017, 107) handelt es sich bei Verordnungen um Erlasse, die im Gegensatz zu Bundesgesetzen keinem Referendum unterstehen, da sie diesen untergeordnet sind. Gemäss Rieger (2010, 14) besitzt die Soziale Arbeit unterschiedliche politische Handlungsmöglichkeiten, wovon eine die Politikberatung bildet und als Aufklärung, Information oder Irritation der Politik fungiert.

Gedanken

Trotz der ursprünglichen Idee der Pa. Iv. Suter, eine Gesetzesänderung zur gemischten Methode vorzunehmen, nimmt kein Interessenverband diesbezüglich Stellung. Mit einer Gesetzes- statt Verordnungsänderung hätte ein Referendum einberufen werden und allenfalls eine Anpassung des Aufgabenbereichs vermieden werden können. Die Details zu den Änderungen des Aufgabenbereichs werden im Code «Neuer Aufgabenbereich» noch dargelegt.

Gemischte Methode

Gemäss BSV (VB, Z 332-334) wird die bisherige gemischte Methode lediglich durch die *Rechtsprechung* konkretisiert und auf Verwaltungsstufe festgehalten. Die *überproportionale Berücksichtigung* der Erwerbstätigkeit bei der gemischten Methode wird von einem *Teil der Schweizer Lehre kritisiert* (VB, Z 112-113). Am Aufgabenbereich soll dennoch festgehalten werden, da die *Haus- und Familienarbeit ökonomisch und gesellschaftlich relevant* sind (VB, Z 106-108).

Positionierungen

AGILE.CH, der SBV, die Juristinnen Schweiz, die NGO post Beijing, avanti donne und INSOS betonen, dass die Diskriminierung von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen, durch das Bundesgericht zementiert wurde. Procap ist explizit der Meinung, dass das neue Berechnungsmodell bereits hätte angewandt werden können. Dessen Verzicht, ausschliesslich basierend auf finanziellen Gründen und damit Inanspruchnahme einer diskriminierenden Invaliditätsbemessung, sei nicht gerechtfertigt. AGILE.CH, der SBV, avanti donne, Inclusion Handicap, die EFS, Juristinnen CH und die NGO post Beijing weisen schliesslich auf die seit Jahrzehnten geäusserte Kritik an der überproportionalen Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit hin.

«[...] an der gemischten Methode zur Invaliditätsbemessung bei Teilzeiterwerbstätigen mit einem Aufgabenbereich [...] festzuhalten sei, weil sie eine Anerkennung der neben der Erwerbsarbeit ausgeübten ökonomisch und gesellschaftlich wichtigen Haus- und Familienarbeit bedeutet. [...] Die ebenfalls wichtige sozialgesellschaftliche Bedeutung der gemeinnützigen und künstlerischen Tätigkeiten wird indessen verkannt.»

(SGB, Z 37-43)

Bezug zur Theorie

Bei der gemischten Methode werden die allgemeine und die spezifische Methode kombiniert. Widmer (2017, 95-96) legt dar, dass die allgemeine Methode nach dem Einkommensvergleich und die spezifische Methode anhand des Betätigungsvergleichs erfolgt. Nach Pro Infirmis (sd, online) wird zunächst die mutmassliche Prozentzahl der Erwerbstätigkeit ermittelt. Die anschliessende Differenz zwischen 100% und mutmasslicher Erwerbstätigkeit ergibt den prozentualen Anteil der Tätigkeit im Aufgabenbereich. Widmer (2017, 98) führt weiter aus, dass die Teilinvaliditätsgrade nach der jeweiligen Methode ermittelt und mit dem prozentualen Anteil multipliziert werden. Die Summe der beiden «Teilinvaliditätsgrade» bestimmt den Invaliditätsgrad. Die Handhabung ist auf Verwaltungsebene geregelt. Bei Frau Di Trizio hat die Geburt ihrer Söhne zur gemischten Methode als Berechnungsmethode der Invalidität geführt. Als gesunde Frau wäre sie zu 50% erwerbstätig, was zu einem Teilinvaliditätsgrad im Erwerbsbereich von 0% führte. Die Teilinvalidität im Tätigkeitsbereich wird bei 22% errechnet. Wäre Frau Di Trizio also voll oder gar nicht erwerbsfähig gewesen, hätte sie Anspruch auf eine halbe respektive eine Viertelrente gehabt. Die Erwerbstätigkeit wird in der gemischten Methode somit doppelt gewichtet (Kapitel 4.2.4.3).

Gedanken

Hier als spannend zu betrachten, sind die Argumentationslinien des SGB, der zunächst zwar die Argumente des BSV aufgreift, diese aber gleichzeitig verwendet, um Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen. AGILE.CH, der SBV, die Juristinnen Schweiz, die NGO post Beijing, avanti donne, INSOS und Procap betonen, dass das Bundesgericht eine diskriminierende Ausgestaltung der gemischten Methode zementiere, eine Regelung, die ausschliesslich auf Verwaltungsebene vorherrscht und auch im theoretischen Teil vorzufinden war. Die erwähnte «diskriminierende Bundesgerichtspraxis» kann auf die vorherrschende Problematik in der Schweiz bezüglich Bedeutung des Diskriminierungsverbots zurückgeführt werden. Die Verwobenheit mit dem Code der Veranlassung, vor allem der Diskriminierung, weist auf die Relevanz des Urteils zur Änderung der bisherigen gemischten Methode hin.

Neue gemischte Methode

Bei der neuen gemischten Methode wird beim Valideneinkommen von einer *hypothetischen Vollerwerbstätigkeit* ausgegangen, wobei die *Struktur angelehnt an die Unfallversicherung* ist (VB, Z 123-124) und demjenigen Modell entspricht, das in der *Pa. Iv. Suter* (Explikation, Z 500-504) vorgeschlagen wurde. Damit erübrigt sich nach dem BSV (VB, Z 134-135) die ursprünglich vorgeschlagene Optimierungsmöglichkeit des Bundesrates (Explikation, Z 375-377), die eine bessere *Berücksichtigung der Wechselwirkung* zwischen dem Tätigkeits- und dem Erwerbsbereich durch einen einheitlichen Fragebogen an Ärzte vorschlug (Explikation, Z 383- 385). Weiter sollen durch das neue Modell eine *diskriminierungsfreie Ausgestaltung* (VB, Z 75-78), die *bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf* (VB, Z 98) und eine *rechtsgleiche Behandlung* (VB 164- 165) gewährleistet werden.

Positionierungen

AGILE.CH, der SBV, avanti donne, Inclusion Handicap, INSOS, Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing begrüssen die neue Berechnungsmethode. Nach INSOS und

Procap führt die Anlehnung an die Unfallversicherung zu einem einheitlichen Verständnis im Sozialversicherungssystem.

«Procap Schweiz hatte schon in der EGMR-Beschwerde vom 03.02.2009 wie auch in den weiteren Eingaben an den Gerichtshof vom 04.04.2011 und 15.07. 2014 eine angepasste Methode der Invaliditätsbemessung von teilerwerbstätigen Versicherten vorgeschlagen, welche dem Gleichbehandlungsgebot in der EMRK gerecht würde.» (Procap, Z 9-13)

AGILE.CH, der SBV und avanti donne betonen, dass das neue Berechnungsmodell die Wechselwirkung nicht berücksichtige. INSOS, Procap, der SGB, die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing ergänzen, dass diese auch im neuen Modell vorherrschen könne und berücksichtigt werden müsse. Sämtliche in diesem Abschnitt aufgeführten Interessenverbände sprechen sich für eine Berücksichtigung der Wechselwirkung im Sinne der Optimierungsmöglichkeit gemäss Postulat Jans aus. Inclusion Handicap, INSOS und der SGB sehen das neue Berechnungsmodell als logisch, verständlich und nicht-diskriminierend an. AGILE.CH, der SBV, Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing betonen hingegen die erhebliche Entdiskriminierung von Frauen mit Behinderung in Bezug auf Renten. Gemäss den Juristinnen Schweiz und der NGO post Beijing erfahren Frauen zukünftig hinsichtlich Renten ein Stück Rechtsgleichheit und etwas Genugtuung. Nach Procap kommt es bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer erheblichen Verbesserung.

Bezug zur Theorie

Die allgemeine Methode erfolgt nach dem Einkommensvergleich. Widmer (2017, 95) erklärt, dass das Valideneinkommen mit dem Invalideneinkommen verglichen werde. Unter dem Valideneinkommen wird das Einkommen der versicherten Person ohne Gesundheitsstörung verstanden und das Invalideneinkommen bezeichnet das Einkommen nach Eintritt des Gesundheitsschadens. Die daraus resultierende Erwerbseinbusse in Prozent entspricht dem Invaliditätsgrad. Weiter führt Widmer aus (2017, 94), dass die Rente anhand des Invaliditätsgrades abgestuft werde. Versicherten mit teilweiser Invalidität wird zugemutet, die restliche Erwerbsfähigkeit zu verwerten. Bezüglich Rechtsgleichheit erklären Kälin und Künzli (2013, 397-399), dass der Grundsatz des Diskriminierungsverbotes die Gleichbehandlung sei. Dazu müssen das Gleichbehandlungsgebot und das Differenzierungsverbot berücksichtigt werden. Gemäss Kälin und Künzli (2013, 397) besagt das Gleichbehandlungsgebot, dass «rechtliche Unterscheidungen in vergleichbaren Situationen, die sich auf keine sachlichen Gründe stützen lassen und für die kein vernünftiger Grund ersichtlich ist», verboten sind. Nach den Autoren (2013, 398) unterbindet das Diskriminierungsverbot die «Gleichbehandlung von tatsächlichen Verhältnissen, die wesentlich voneinander abweichen und daher einer unterschiedlichen Handlung bedürfen».

Gedanken

Die Präzisierung der Juristinnen Schweiz und der NGO post Beijing betreffend Rechtsgleichheit und Entdiskriminierung von Frauen bei der gemischten Methode lässt darauf schliessen, dass das Bewusstsein für weitere Diskriminierungen vorherrscht. Interessant bezüglich der Wechselwirkung ist die im Postulat Jans noch vorhandene Einsicht des Bundesrates für eine Optimierungsmöglichkeit und explizite Trennung der Kritiken zur Wechselwirkung und doppelten Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit,

während das BSV im Vernehmlassungsbericht die Kritiken vermischt und behauptet, durch die neue gemischte Methode erübrige sich die Optimierungsmöglichkeit. Die Aussage von Procap wurde hervorgehoben, da sie ersichtlich macht, dass Frau Di Trizio von Procap unterstützt wurde. Auch kommt diesbezüglich die Frage auf, ob die Pa. Iv. Suter einen derartigen Stellenwert im Postulat Jans eingenommen hätte, hätte sich Procap nicht bereits Jahre zuvor beim EGMR für eine gerechtere, einheitlichere Methode eingesetzt.

Neuer Aufgabenbereich

Das BSV (VB, Z 167-168) erklärt, dass im Zuge der Verordnungsänderungen die Tätigkeiten des Aufgabenbereiches *angepasst* werden sollen. Die *üblichen Tätigkeiten sollen in notwendige* (VB, Z170) transformiert werden, um Abgrenzungsschwierigkeiten für ökonomisch nicht relevante Tätigkeiten zu lösen (VB, Z 312-316) und Teilzeiterwerbstätige mit und ohne Aufgabenbereich gleichzustellen (VB, Z 317- 320). Hierbei ist das *Dritt-Personen-Kriterium* (VB, 171-174) ausschlaggebend, wonach ausschliesslich Tätigkeiten zu berücksichtigen sind, die von Dritten gegen Bezahlung erbracht werden. So sind weiter *gemeinnützige und künstlerische Tätigkeiten zu streichen* (VB, Z 174), da sie als reine Freizeitbeschäftigungen zu qualifizieren und nur zu berücksichtigen sind, wenn sie das Dritt-Personen-Kriterium erfüllen (VB, Z 175). Hingegen soll die *Betreuung und Pflege Angehöriger* neu in den Tätigkeitsbereich aufgenommen werden (VB, Z 280-282), da diese Tätigkeit ökonomisch relevant ist (VB, Z 280-282) und der Verordnungstext somit der Praxis angepasst wird (VB, Z 283-286). Zum Kreis der Angehörigen gehören geradlinig Verwandte der versicherten Personen und ihrer Partner (VB, 291-292), auch unabhängig vom gemeinsamen Haushalt (VB, Z 293-294). Es sind nur Tätigkeiten zu berücksichtigen, die *nach Eintritt der Invalidität von Dritten erbracht* werden (VB, Z 295-304).

Positionierungen

AGILE.CH, der SBV, Inclusion Handicap, INSOS und Procap stimmen der Neudefinition des Aufgabenbereichs nur teilweise zu, da sie teilweise unbegründet ist und nichts mit dem EGMR-Urteil zu tun hat. Nach AGILE.CH, dem SBV, der Vereinigung Cerebral, dem SGB, avanti donne, INSOS und Procap kann die Änderung von *übliche* in *notwendige* Tätigkeiten nicht nachvollzogen werden. Die Vereine und Procap lehnen die Änderung in notwendige Tätigkeiten ab. Inclusion Handicap betont, dass die Frage nach der gesundheitlichen Beeinträchtigung statt nach dem Dritt-Personen-Kriterium im Fokus stehen sollte. AGILE.CH, der SBV, avanti donne, die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing ergänzen, dass dieses Kriterium Raum für Willkür statt Klärung schaffe, und vermuten, dass mit der Änderung eine Kosteneinsparung kaschiert werde, wobei letztere zwei anfügen, dass der Ansatz der Notwendigkeiten bei Hilfsmitteln Sinn mache, beim Aufgabenbereich jedoch nicht.

«Mit anderen Worten kann die vorgeschlagene Änderung der Definition des Aufgabenbereichs zu einem erheblichen Leistungsabbau führen und damit die indirekte Diskriminierung, welcher insbesondere Frauen ausgesetzt sind, nicht beseitigen, sondern nur umlagern.» (NGO post Beijing, Z 59-62)

Nach Inclusion Handicap, INSOS und Procap weisen die gemeinnützigen Tätigkeiten einen grossen sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Wert auf. INSOS, AGILE.CH, der SBV, avanti donne, Inclusion Handicap, der SGB und die Juristinnen Schweiz

beziiffern explizit den jährlichen Wert von rund 700 Mio. Franken. AGILE.CH, der SBV, avanti donne, Vereinigung Cerebral und der SGB führen fort, dass die Streichung der Freiwilligenarbeit der Strategie des Bundes widerspricht, indem der volkswirtschaftliche Nutzen der Freiwilligenarbeit missachtet und das Ziel der Integration verfehlt werde. Nach Inclusion Handicap und INSOS ist der Wert der Freiwilligenarbeit bei der Pflege von Personen, die nicht zu den Angehörigen zählen, hoch anzusetzen. Gemäss Juristinnen Schweiz und der NGO Post Beijing stärken künstlerische Tätigkeiten die kulturelle Vielfalt der Schweiz und das Gemeinwohl. Die Interessenverbände sowie AGILE.CH, der SBV, avanti donne, INSOS und die Vereinigung Cerebral erklären, dass künstlerische Tätigkeiten erfüllend sind, soziale Vernetzung ermöglichen und sie sich positiv auf die Resterwerbsfähigkeit auswirken. Die Vereine plädieren für das Beibehalten der künstlerischen und gemeinnützigen Tätigkeiten in Art. 27 IVV. Procap, die Vereinigung Cerebral, die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing begrüßen die Aufnahme der Pflege und Betreuung Angehöriger. Inclusion Handicap, AGILE.CH, der SBV und avanti donne schliessen sich dem an und begrüßen ausdrücklich die Unabhängigkeit vom gemeinsamen Haushalt. Die Interessenverbände lehnen letztlich die Terminierung extern übernommener Tätigkeiten ab. Nach AGILE.CH, dem SBV, avanti donne, Inclusion Handicap, INSOS, den Juristinnen Schweiz und der NGO post Beijing führt die Vorher-Nachher-Konstruktion zu schwierigen hypothetischen Abgrenzungsfragen und das Risiko für Willkür steigt. Nach den Juristinnen Schweiz und NGO Post Beijing besteht die Gefahr, dass Renten und Assistenzbeiträge als unterschiedliche Leistungsarten vermischt werden könnten. Nach AGILE.CH, dem SBV und avanti donne bilden Einsparungen den eigentlichen Grund der Terminierung.

Bezug zur Theorie

Nach Art. 28a Abs. 2 IVG gilt es bei nicht erwerbstätigen Versicherten festzustellen, in welchem Mass sie unfähig sind, sich im Aufgabenbereich zu betätigen. Gemäss Art. 27 IVV sind die Führung des Haushaltes, die Erziehung der Kinder sowie künstlerische und gemeinnützige Tätigkeiten versichert. (Kapitel 4.1.3) Die Informationsstelle AHV/IV (2018, 2) legt dar, dass die IV dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente» folge. Die IV-Rente wird somit als letzte Möglichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Situation in Betracht gezogen. Vorgängig können Früherfassung, Frühintervention, medizinische und berufliche Eingliederungsmassnahmen, Integrationsmassnahmen, Hilfsmittel, Taggeld, Entschädigung für Betreuungskosten, Übergangsleistungen, Hilflosenentschädigung, Assistenzbeiträge und Kollektivleistungen abgeklärt werden (Kapitel 4.1.1).

Gedanken

Die Argumentationslinie von Inclusion Handicap betreffend den Fokus im Tätigkeitsbereich gewinnt im Theorie-Forschungstransfer an Bedeutung, da der Art. 28a Abs. 2 IVG die Unfähigkeit, sich im Aufgabenbereich zu betätigen, explizit aufführt. Insgesamt setzen sich die Interessenverbände stark für das Beibehalten des bisherigen Tätigkeitsbereichs ein, wobei ökonomische und soziale Argumente fallen sowie die Strategie des Bundes herangezogen wird. Die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing beziehen sich dabei auf weitere Leistungen der IV. So werden die Umschulung als Teil der beruflichen Eingliederungsmassnahmen und die Hilfsmittel thematisiert.

Übergangsbestimmungen

Gemäss BSV müssen die IV-Stellen innerhalb eines Jahres die *Revision laufender Renten* einleiten (VB, Z 429- 431), wobei für die versicherte Person eine Erhöhung der Rente ab Inkrafttreten der Änderung erfolgt (VB, Z 435-437), der Leistungsentscheid jedoch später erfolgen kann (VB, Z 437-437). Versicherte Personen, die bis anhin von Renten ausgeschlossen wurden, sind zu einer *Neuanmeldung* verpflichtet (VB, Z 442), wobei die IV-Stellen für die Neuanmeldung eintreten müssen (VB, Z 442-443) und ein Rentenanspruch frühestens 6 Monate nach der Neuanmeldung gemäss Art. 29 Abs. 1 IVG erfolgt (VB, Z 445-446).

Positionierungen

Während AGILE.CH, der SBV und INSOS die Rentenrevision von Amtes wegen begrüssen, sprechen sich Procap, die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing für die rasche Überführung laufender IV-Renten aus. Bezüglich Neuanmeldungen verlangt der EFS eine breite öffentliche Kommunikation, hingegen ordnen AGILE.CH und der SBV die Aufgabe den IV-Stellen zu, Bevölkerung, Ärzte, Anwaltsverbände, Gewerkschaften und Unternehmen aktiv darüber zu informieren. Nach Inclusion Handicap, INSOS und Procap wiederum sollen die IV-Stellen, das BSV und geeignete Informationskanäle über die Möglichkeit zur Neuanmeldung informieren. Inclusion Handicap und Procap vertreten zudem die Ansicht, dass die Rentenzusprache auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung erfolgt, um eine erneute Diskriminierung bisher ausgeschlossener Rentnerinnen zu vermeiden, wobei nach Inclusion Handicap der Art. 24 Abs. 1 ATSG vorbehalten bleibe und nach Procap die Nachzahlung der Leistungen nach dem Artikel vorzunehmen sei. Nach den Juristinnen Schweiz sollen Betroffene, die in den letzten fünf Jahren keine Rente erhielten, von Amtes wegen Anspruch auf eine Revision haben. So seien die Fälle den IV-Stellen aufgrund der Archivierungspflicht bekannt und eine erneute Abklärung ohne Aussicht auf eine Rentenzusprache für die Betroffenen unzumutbar.

Bezug zur Theorie

Gemäss Widmer (2017, 91- 92) hat der Zeitpunkt der IV-Anmeldung an beachtlicher Bedeutung gewonnen, wodurch die Anmeldung zwingend spätestens sechs Monate nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgen muss, um den Verlust von Monatsrenten zu vermeiden. Nach Art. 29 Abs. 1 IVG kann der Anspruch auf eine Rente frühestens sechs Monate nach der Anmeldung bei der IV entstehen.

Gedanken

Nach Art. 24 Abs. 1 ATSG erlischt der Anspruch auf geschuldete Beiträge für Leistungen fünf Jahre nach Ende des Monats und fünf Jahre auf Ende des Jahres. Die ökonomischen Gründe scheinen vordergründig auf Kosten einer Benachteiligung von bisher ausgeschlossener Rentnerinnen.

8.3 Analyse und Synthese des deduktiven Verfahrens

Nachfolgend werden die **Kodes** des deduktiven Verfahrens aufgeführt. Darauf folgen die wichtigsten Aussagen der Interessenverbände, wobei die Auswahl anhand des Kodierleitfadens erfolgt. Prägnante Aussagen werden zitiert und schliesslich wird der Bezug zur Theorie hergestellt. Ferner werden eigene Gedanken aufgeführt.

Universale Menschenrechte

Der Fokus des Kodes liegt auf den universalen Menschenrechtsverträgen, namentlich Frauenrechtskonvention CEDAW und Behindertenrechtskonvention CRPD. Es soll eruiert werden, ob die universellen Menschenrechtsverträge in der Argumentationslinie in den Stellungnahmen aufgeführt respektive mitgedacht werden.

Positionierung

«Gleichzeitig stimmt es uns nachdenklich, dass diese doppelte indirekte Diskriminierung Frauen mit Behinderung gegenüber trotz Unterzeichnung internationaler Abkommen von der Schweiz nicht nur hingenommen, sondern seitens der Rechtsprechung noch zementiert wurde.» (Juristinnen Schweiz, Z 13-17)

Weiter weisen die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing explizit auf die Ratifizierungen CEDAW und BRK hin, die verpflichten, jede Form von direkter und indirekter Diskriminierung gegenüber Frauen respektive Frauen mit Behinderung zu unterlassen. Inclusion Handicap verweist im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeiten auf die Verpflichtung der Schweiz, aufgrund der Ratifizierung der UNO-BRK das Engagement von Behinderten in der Zivilgesellschaft zu fördern.

Bezug zur Theorie

Caplazi (2016, 77-82) beschreibt, dass zum internationalen Menschenrechtsschutz auch Menschenrechtsverträge auf universeller Ebene gehören, wie die Frauen- und Behindertenrechtskonvention. Gemäss humanrights (2016, online b) hat die Schweiz 1997 die CEDAW ratifiziert. Nach humanrights (2017, online) ratifizierte die Schweiz 2014 die CRPD. Frauen und Mädchen mit Behinderung wird mit dem Art. 6 CRPD ein eigener Artikel gewidmet. Gemäss Beuchat (2017, 15) sind soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte von fundamentaler Bedeutung für die Soziale Arbeit. Auch AvenirSocial (2010, 8-10) zählt die Menschenrechte zu den Grundwerten der Profession. Nach Staub-Bernasconi (2007, 200) dienen sie gar als Legitimationsbasis für die Soziale Arbeit und bilden mit dem Ethikkodex sowie wissenschaftlichem Beschreibungs- und Erklärungswissen das dritte Mandat.

Gedanken

Basierend auf dem soziokulturellen Hintergrund der NGO post Beijing und den Juristinnen Schweiz überrascht es nicht, dass sie die CEDAW aufführen. Auch betonen sie die Relevanz der CRPD. Überraschend war, dass nur ein Interessenverband für Menschen mit Behinderung mit der CRPD argumentierte und «nur» in puncto gemeinnützige und künstlerische Tätigkeiten darauf verwies.

Behinderung

Der Kode soll den Blickwinkel der Interessenverbände auf Behinderung respektive Invalidität nachvollziehbar werden lassen, wobei Behinderung nach ICF und die Invalidität im Sinne der IV als Orientierungspunkte gelten.

Positionierungen

Die NGO post Beijing und Juristinnen Schweiz sprechen über Diskriminierung sowie die Änderung des Tätigkeitsbereiches von Frauen mit Behinderung. AGILE.CH, der SBV und avanti donne führen Frauen mit Behinderung und gesundheitlichen Einschränkungen auf. INSOS expliziert mit dem Begriff dauernd.

«[...] gerade für Personen mit Behinderung gemeinnützige und künstlerische Tätigkeiten ausserordentlich hilfreich sind, um nicht isoliert von der Gesellschaft zu leben, sondern mittendrin teilzuhaben. Damit können Kontakte geknüpft und Netzwerke gepflegt werden, was sich anerkannter Weise sehr positiv auf eine Rest-, Teil- oder Vollerwerbstätigkeit auswirkt.» (Juristinnen Schweiz, Z 108-113)

Weiter benutzen die Vereinigung Cerebral, die EFS, der SGB und auch Inclusion Handicap den Begriff der teilzeiterwerbstätigen Versicherten. Procap verwendet ausschliesslich diesen Terminus.

Bezug zur Theorie

Nach Mösch Payot (2016, 248-249) setzt sich die Invalidität im sozialversicherungsrechtlichen Sinn aus einer Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit und der daraus resultierenden Erwerbseinbusse zusammen. Eine bestimmte Leistung wird nur dann erbracht, wenn die erforderliche Art und Schwere der Einschränkung erreicht wurde. Nach Akkaya et al. (2016, 82) hat die funktionale Gesundheit eine bio-psycho-soziale Sichtweise von Behinderung. Gemäss dem DIMDI (2005, 23- 25) liefert die ICF einen mehrperspektivischen Zugang zu Funktionsfähigkeit und Behinderung unter Berücksichtigung eines interaktiven Prozesses, wobei sämtliche Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit eines Menschen die Behinderung bilden. Sie resultiert aus dem Zusammenspiel der Komponenten Schädigung, Aktivitäten, Partizipation und Kontextfaktoren.

Gedanken

Die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing heben Menschen mit Behinderung hervor, wobei Rückschlüsse auf ein ganzheitliches Verständnis von Behinderung möglich sind. Beispielsweise verhindert die Streichung von gemeinnützigen und künstlerischen Tätigkeiten (Umweltfaktor) die Teilhabe an der Gesellschaft (Partizipation), was wiederum die Erwerbstätigkeit (Aktivität) und Affektivität (Körperfunktion) negativ beeinflussen kann. Die Vereine für Menschen mit Behinderung unterscheiden in ihren Äusserungen zwischen Behinderung und Invalidität oder verwenden gar ausschliesslich invaliditätskongruente Ausdrücke.

Mehrfachdiskriminierung

Der Kode der Mehrfachdiskriminierung soll allfällige Mehrfach-Diskriminierungsbegriffe respektive Rückschlüsse aufgreifen. Der Fokus gelangt dabei auf die sozialwissenschaftliche Perspektive von Diskriminierung.

Positionierungen

«[...] dass diese doppelte indirekte Diskriminierung Frauen mit Behinderung gegenüber [...]» (NGO post Beijing, Z 14)

Nach den Juristinnen Schweiz und der NGO post Beijing widerspiegelt die überproportionale Vertretung von Frauen die noch nicht umgesetzte Gleichstellung der Geschlechter. Die Vereine sowie AGILE.CH, der SBV und avanti donne betonen, dass die mehrfachbelasteten Frauen Wertschätzung erfahren.

Bezug zur Theorie

Gemäss FNHW (2008, online) kann Diskriminierung ausschliesslich durch zwei oder mehrere Merkmale stattfinden, wobei die Mehrfachdiskriminierung die

Überschneidungen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Diskriminierungsmerkmale berücksichtigt. Nach der FNHW (2008, online) berücksichtigt die additive Diskriminierung unterschiedliche Gründe, die separat zum Tragen kommen. Bei der verstärkenden Diskriminierung kumulieren sich mindestens zwei Diskriminierungsgründe. Nach Bronner und Paulus (2017, 92) setzt das Konzept der Intersektionalität den Fokus einerseits auf Interdependenzen verschiedener Ungleichheitskategorien und Ebenen, andererseits auf das Zusammenwirken gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Gedanken

Die explizite Erwähnung einer Mehrfachdiskriminierung wird ausschliesslich bei der NGO post Beijing und den Juristinnen Schweiz getätigt, wobei diese bei der verstärkenden Diskriminierung anzusiedeln ist. So können aus einzelnen Aussagen Rückschlüsse auf eine Mehrfachdiskriminierung erfolgen. Beispielsweise geschieht dies bei der angesprochenen Mehrfachbelastung der Frauen: Strukturebene (Die neue gemischte Methode lässt Familie und Arbeit besser vereinbaren), Repräsentationsebene (Frauen haben die Erwerbs- und Haushaltsrolle zu erfüllen), Identifikationsebene (Frauen sollen in ihren unterschiedlichen Rollen Wertschätzung erfahren). Da Frauen in erster Linie für die (günstige) Reproduktionsarbeit zuständig sind, arbeiten sie nur Teilzeit (Sexismus).

8.4 Diskussion der Hypothese

Sämtliche Interessenverbände sprechen sich klar für die Anpassung der gemischten Methode respektive die vorgeschlagene neue gemischte Methode aus. Im Rahmen der Änderung der gemischten Methode soll auch der Aufgabenbereich angepasst werden. Diesbezüglich wurde ersichtlich, dass sich die Interessenverbände stark für Frauen und Menschen mit Behinderung einsetzen. So führten sie ökonomische Argumente ein, was sicherlich in Anbetracht der Sparmassnahmen der IV sinnvoll ist. Dennoch wurden auch zusammenhängende Faktoren wie beispielsweise die mögliche Teilhabe, Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Psyche aufgeführt. Dies lässt auf ein ganzheitliches, auch der ICF unterliegendes Menschenbild schliessen.

Bezüglich der gerechteren Methode konnte nicht erschlossen werden, von welchem Diskriminierungsbegriff die Interessenverbände ausgehen. Dennoch setzen sich sämtliche Interessenverbände für eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung ein, was unter anderem in einer starken Kritik an der schweizerischen Rechtsprechung und der geforderten Wertschätzung für Frauen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigung ersichtlich ist. Die Juristinnen Schweiz und NGO post Beijing machen explizit auf eine doppelte indirekte Diskriminierung aufmerksam.

Bezüglich Invaliditäts- und Behinderungsbegriff wird ersichtlich, dass die Interessenverbände für Menschen mit Behinderung präzisere Termini aussuchen respektive Behinderung und Invalidität klar trennen. Schliesslich zeigt sich, dass die regionale Ebene der Menschenrechte bei sämtlichen Interessenverbänden präsent ist. Die internationale Ebene und insbesondere die CEDAW und CRPD werden als mögliche weitere Argumentationslinien ausschliesslich von den Juristinnen Schweiz und der NGO post Beijing aufgegriffen. Inclusion Handicap verweist im Rahmen der Änderung des Aufgabenbereichs auf die CRPD.

Teil 5

Schlussfolgerung

9 Fazit

Rückblickend wurden die Ergebnisse und Synthese dargestellt. Anknüpfend werden die Schlussfolgerungen präsentiert. Zunächst wird die Fragestellung beantwortet. Es werden deren Grenzen aufgezeigt und weiterführende Fragestellungen aufgeführt.

9.1 Beantwortung der Fragestellung

Zusammenfassend²² lässt sich festhalten, dass die Interessenverbände die neue gemischte Methode begrüßen und die langjährige Kritik an der diskriminierenden Bundesgerichtspraxis aussprechen. Procap hat den Fall Di Trizio begleitet und die entsprechende Methode dem EGMR bereits vor der Beantwortung des Postulats unterbreitet. Weiter sprechen sich die Interessenverbände gegen die Änderung des Aufgabenbereichs aus. So wird zwar grösstenteils die Aufnahme der Pflege und Betreuung Angehöriger begrüsst, doch wehrt man sich vehement gegen die Streichung gemeinnütziger und künstlerischer Tätigkeiten, die Änderung in notwendige Tätigkeiten und gegen das Dritt-Personen-Kriterium. Auch das Vorher-Nachher-Konstrukt der Tätigkeiten wird als Raumschaffen für Willkür angesehen. Schliesslich führen nahezu alle Interessenverbände die Optimierungsmöglichkeit der Wechselwirkung gemäss Beantwortung des Postulat Jans auf. Bei den Übergangsbestimmungen begrüßen die Interessenverbände die Revision laufender Renten von Amtes wegen. Grösstenteils wird die erforderliche Neuanschuldung bisher ausgeschlossener Rentnerinnen kritisiert. Es wird eine breite öffentliche Kommunikation bezüglich der Neuanschuldung verlangt.

Insgesamt war die kritische Auseinandersetzung der Interessenverbände ersichtlich. So wurde in den Argumentationslinien auf Widersprüchlichkeiten aufmerksam gemacht, die diskriminierende Bundesgerichtspraxis scharf kritisiert und Vermutungen weiterer Kosteneinsparungen wurden expliziert. Die Juristinnen Schweiz und die NGO post Beijing verdeutlichten, dass die Schweiz sowohl die CEDAW als auch die CRPD ratifizierten und damit jede Diskriminierung von Frauen und Frauen mit Behinderung klar abzuweisen hat. Inclusion Handicap verwies bezüglich Freiwilligenarbeit auf die CRPD und deren Verpflichtung, das Engagement von Behinderten zu fördern.

9.1.1 Grenzen der Fragestellung

Bereits in der Auswahl der Interessenverbände floss die Subjektivität stark mit ein. Von insgesamt 59 Stellungnahmen wurden lediglich 11 konsultiert. Die Dokumentenanalyse als Forschungsmethodik verunmöglichte zudem, Rücksprachen zu halten, und liess für die Gedanken der Ergebnisse und Synthese einen grossen Interpretationsspielraum offen. Ergo handelt es sich um keine repräsentative Forschung, die einen starken qualitativ-interpretativen Charakter aufweist. Bei der Beantwortung der Fragestellung kamen schliesslich verallgemeinernde Aussagen zum Tragen. Auch erfolgten Interpretationen, wobei erneut darauf hinzuweisen ist, dass es sich um Annahmen der Forschenden handelt.

Die am 01.01.2018 vorgenommene Änderung wird dargestellt, wodurch ein gesamthafes Bild entstehen soll.

²² Es ist anzumerken, dass hierbei eine zusammenfassende Darstellung erfolgt, sinngemäss geäusserte Argumentationen subsumiert wurden und die Codes in ihrer Verflochtenheit dargestellt sind.

Umsetzung der neuen gemischten Methode

Mauro und Leuenberger (2018, online) bestätigen in ihrem Bericht zu den «Änderungen bei der gemischten Methode», dass die neue gemischte Methode und die Änderungen des Tätigkeitsbereiches gemäss Vernehmlassungsbericht erfolgen, wobei ausschliesslich die explizite Benennung von übliche in notwendige Tätigkeiten unterlassen wird.

9.1.2 Weiterführende Fragestellungen

Nachfolgend werden weiterführende Fragestellungen zur Umsetzung der gemischten Methode, bezogen auf die schwache Bezugnahme der Interessenverbände zu internationalen Menschenrechtsabkommen und schliesslich betreffend den Menschenrechten und der Politikfähigkeit der Sozialen Arbeit aufgeführt:

- ▽ Wie wirkt sich die neue gemischte Methode mit der Änderung des Tätigkeitsbereiches auf die Anzahl Fälle der IV- Rentnerinnen aus?
- ▽ Welche Rolle spielen die internationalen Menschenrechtsabkommen bei den Interessenverbänden tatsächlich?
- ▽ Orientiert sich die Soziale Arbeit an den politischen Handlungsmöglichkeiten, um ihre sozialpolitischen Anliegen zu vertreten?

9.2 Konsequenzen für die Soziale Arbeit

Um als Sozialarbeitende Diskriminierung menschenrechtsbegründet zurückzuweisen, gilt es, den Begriff auch aus unterschiedlichen Perspektiven zu explizieren und in den Diskurs einzubringen. Der Ansatz der Intersektionalität kann das individuelle Diskriminierungserleben verletzlicher Personen veranschaulichen und den eigenen Anteil an deren Reproduktion erkennen lassen, während die nationale und völkerrechtliche Einordnung für beratende und rechtliche Schritte unumgänglich ist. Ebenso gilt es, Invalidität und Behinderung den Kontexten entsprechend zu unterscheiden. Während die Invalidität insbesondere für zu generierende Leistungen der Sozialversicherungen und damit Rahmenbedingungen und Beratungssituationen der Sozialen Arbeit entscheidend beeinflusst, ist gerade in der Begegnung und Beziehungsgestaltung mit Menschen mit Behinderung (und Invaliden) ein ganzheitliches Menschenbild einzunehmen.

Weiter wurde ersichtlich, dass das Vernehmlassungsverfahren als Rahmen für eine Politikberatung der Sozialen Arbeit fungieren kann. AvenirSocial weist darauf hin, dass der Berufsverband über zu wenige Ressourcen für eine Stellungnahme auf Verordnungsstufe verfügt - eine Problematik, die sich angesichts des Leistungsparadigmas auch auf der Beratungsebene bemerkbar macht. Umso bedeutender scheint die Zusammenarbeit mit Interessenverbänden, die sich aus deren Experten und/oder interdisziplinären Teams zusammensetzen. Die kaum genutzte Verwendung internationaler Menschenrechtsverträge in der Argumentationslinie der Interessenverbände kann auf eine zu geringe Zusammenarbeit mit der Sozialen Arbeit respektive auf zu marginale Proklamierung der Sozialen Arbeit als eine Menschenrechtsprofession hinweisen. Ob dies eine Problematik darstellt, konnte leider nicht erschlossen werden. Weiter darf nicht vergessen werden, dass die Politikberatung nur eine politische Handlungsmöglichkeit der Sozialen Arbeit darstellt.

Nicht zuletzt sollen die Menschenrechte nicht nur als Legitimationsbasis respektive als Argumentation für strukturelle Problematiken fungieren, sondern auch als Reflexion für die eigene Arbeit, die Arbeit mit den Klientinnen und die Arbeit in der Institution.

9.3 Lernprozess

Als letzter Teil der Schlussfolgerung wird kurz der Lernprozess anhand der Ziele der Themenfelder Forschung, Theorie und Soziale Arbeit eruiert. Abgeschlossen wird die Bachelor Thesis mit dem persönlichen Fazit als Bestandteil des Lernprozesses.

Ziele der Forschung: Durch die Kombination der unterschiedlichen Techniken konnte eine differenzierte Betrachtung der Standpunkte der Interessenverbände und Vernehmlassungspunkte sowie deren Verknüpfung mit den theoretischen Grundlagen vollzogen werden. Die Dokumentenanalyse beanspruchte viel Zeit und deren Möglichkeiten und Grenzen (Kapitel 7.2, 9.1) bestätigten sich während des Verfahrens. Der begrenzte Rahmen der Thesis erforderte eine prägnante Darstellung des vierten Kapitels, wodurch ausschliesslich die wichtigsten Ergebnisse präsentiert werden konnten. Weiter konnte durch das Probe- respektive Expertinneninterview eine weitere Methode der qualitativen Forschung erprobt werden.

Ziele der Theorie: Die Erarbeitung des theoretischen Rahmens stellte einen lange andauernden Prozess dar. Die Vielschichtigkeit der Themen beanspruchte viel Zeit und schliesslich eine stark punktuelle Betrachtung. Bei der Fokussierung und Gliederung des theoretischen Rahmens waren die Orientierung am Fall Di Trizio und die Präzisierung der Ziele enorm unterstützend. Sicherlich kann jedes einzelne dieser Themen noch viel differenzierter betrachtet werden, doch das Ziel der Thesis lag in der Darstellung der Zusammenhänge.

Ziele der Soziale Arbeit: Die retrospektive Sichtweise auf den Fall Di Trizio lehrte, wie kontrovers und verflochten Problemstellungen der Sozialen Arbeit, die menschenrechtsorientiert angegangen werden sollen, sein können. So sind Präzisierungen von Begrifflichkeiten, das Wissen um Abläufe und Systeme und nicht zuletzt Klärungen der Aufträge unabdingbar. Auch wurde klar, dass das dritte Mandat die Verknüpfung von Menschenrechten, Sozialer Arbeit und Politik ermöglicht und die Politikberatung eine Option zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung bildet.

9.3.1 Persönliches Fazit

Ich blicke auf eine intensive Zeit zurück und bin dankbar für die Erfahrungen, die ich im Rahmen der Bachelorthesis sammeln konnte. Trotz vieler neu aufgekommener Fragen und Punkte, die ich gerne abgehandelt hätte, handelte es sich um einen erkenntnisreichen Lernprozess rund um Themen, die mich auch in Zukunft als ausgebildete Sozialpädagogin beschäftigen werden.

Ich beende die Thesis mit einer Abbildung. Die Illustration veranschaulicht einerseits, wie lange internationale Prozesse andauern können, andererseits zeigt sie, dass die Änderung der gemischten Methode einen fast 20 Jahre andauernden Prozess darstellt, in dem der Fall Di Trizio eine Schlüsselrolle einnimmt.

Dank Frau Di Trizio und der Begleitung durch Procap erklärte der EGMR eine rein monetäre Begründung für das Aufrechterhalten der gemischten Methode als Rentenrechnungsart als nichtig. Meines Erachtens nach unterstreicht der Fall Di Trizio die Relevanz von Menschenrechten für die Soziale Arbeit und bestärkt die Hoffnung darauf, soziale Ungerechtigkeit bekämpfen zu können.

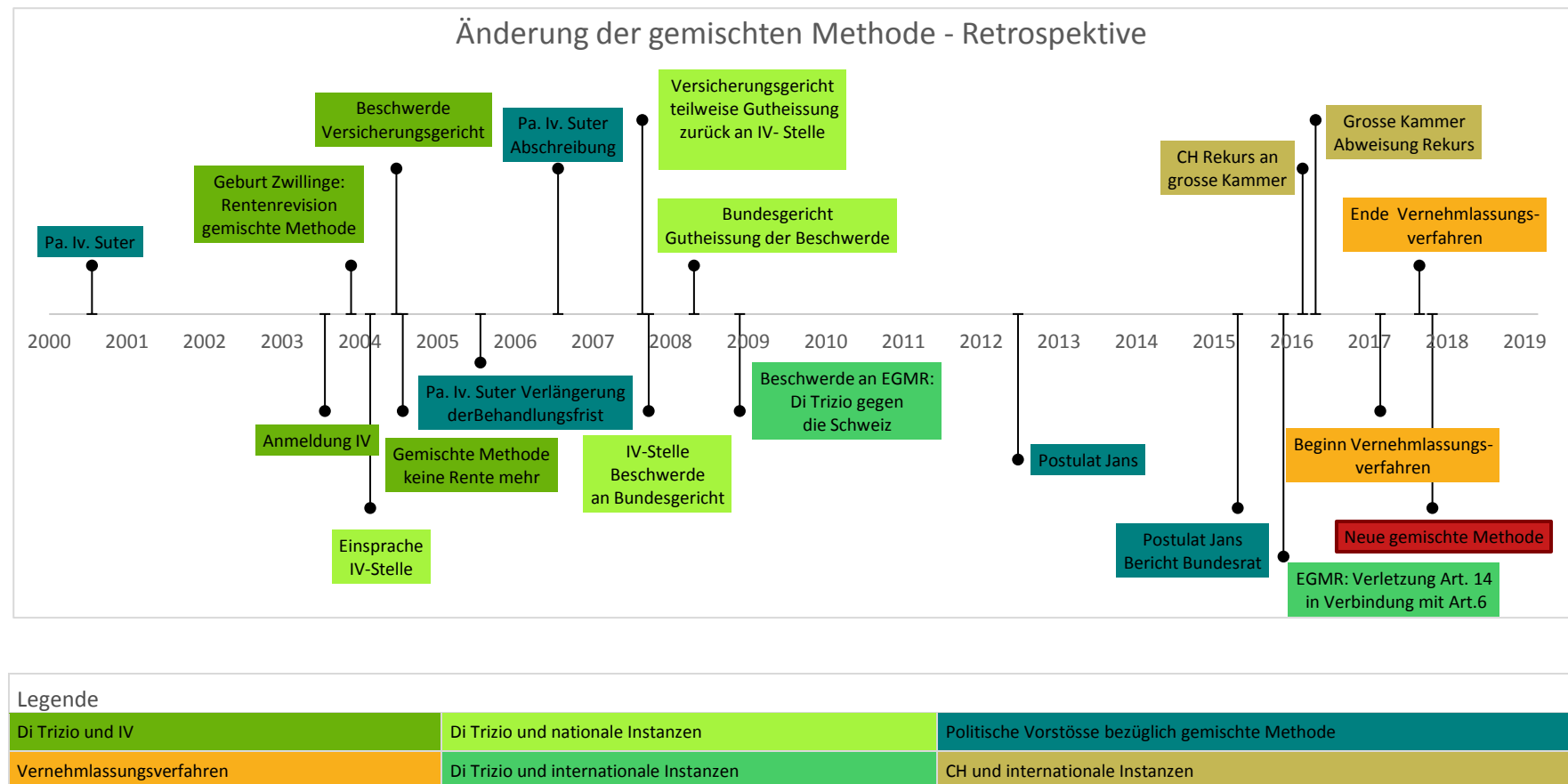


Abb. 8 Änderung der gemischten Methode - Retrospektive
eigene Darstellung

Teil 6

Verzeichnisse

10 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Wechselwirkungen zwischen den Komponenten der ICF	16
Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information (Hrsg.). «Wechselwirkungen zwischen den Komponenten der ICF». In: <i>ICF: Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit</i> . Neu- Insensbrugg: MMI, Med. Medien- Informations- GmbH. 2005. S. 23.	
Abb. 2: Übersicht IV- Renten.....	19
Widmer, Dieter. «Übersicht IV- Renten». In: <i>Die Sozialversicherung in der Schweiz</i> . 11. ergänzte und überarb. Aufl. Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien AG. 2017. S 89.	
Abb. 3 Allgemeine Methode: Einkommensvergleich,	20
Abb. 4 Spezifische Methode: Tätigkeitsvergleich,	21
Abb. 5 Gemischte Methode: Einkommens- und Tätigkeitsvergleich.....	21
Abb. 6 Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat	24
Reichenberg, Victor. «Abbildung: Tripelmandat und Doppelmandat». In: soziado. 10. März 2015 [online]. URL: http://soziado.de/abbildung-tripelmandat-und-doppelmandat/602/ (11.08.2017)	
Abb. 7 Forschungsvorgehen	31
Abb. 8 Änderung der gemischten Methode - Retrospektive.....	50

11 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Abstufung der Rente	19
Widmer, Dieter. «Abstufung der Rente». In: Die Sozialversicherung in der Schweiz. 11. ergänzte und überarb. Aufl. Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien AG. 2017. S 94.	
Tabelle 2 Auswertungsmethodik	33
Tabelle 3 Interessenverbände für Frauen	34
Tabelle 4 Interessenverbände für Menschen mit Behinderung	35
Tabelle 5 Kodes und Unterkodes der ersten zwei Techniken	66
Tabelle 6 Kodierleitfaden deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung	73

12 Literaturverzeichnis²³

- AGILE.CH- Die Organisation von Menschen mit Behinderung. *Statuten* [online]. Bern: 29.04.2017. URL: https://docs.wixstatic.com/ugd/3b62ac_8e9ea0b5262d46c38e348495ad0de607.pdf (01.05.2018)
- Akkaya, Gülcan. Belser, Eva-Maria. Egbuna-Joss, Andra. Jung-Blattmann, Jasmin. *Grund- und Menschenrechte von Menschen mit Behinderung. Ein Leitfaden für die Praxis der Sozialen Arbeit*. Luzern: interact Verlag. 2016.
- avanti donne - Interessenvertretung Frauen und Mädchen mit Behinderung (Hrsg.). *Statuten* [online]. Zürich: 28.05.2016. URL: http://www.avantidonne.ch/getdoc/2e738962-4861-48b9-ae28-4dcc62f37eb2/Statuten_2016_A4.aspx (01.05.2018)
- Avenir Social (Hrsg.). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. Bern: Professionelle Arbeit Schweiz, 2010.
- Avenir Social (Hrsg.). *Die globale IFSW-Definition der Sozialen Arbeit von 2014 in der deutschen Übersetzung* [online]. Bern: 10. Dezember 2015. URL: http://www.avenirsocial.ch/de/cm_data/Erlaeuterungen_zur_Uebersetzung.pdf (21.04.2017)
- Baumann, Katerina. Lauterburg, Margareta. «3. Kapitel: Berufliche Massnahmen». In: *Knappes Geld - ungleich verteilt. Gleichstellungsdefizite in der Invalidenversicherung*. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann: Basel, Genf, München: Hebling und Lichtenhahn. 2001. S. 19-32.
- Baumann, Katerina. Lauterburg, Margareta. «6. Kapitel: Renten». In: *Knappes Geld - ungleich verteilt. Gleichstellungsdefizite in der Invalidenversicherung*. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann: Basel, Genf, München: Hebling und Lichtenhahn. 2001.
- Beuchat, Stéphan. «Politische Einflussnahme des Berufsverbandes». In: AvenirSocial (Hrsg.). *SozialAktuell*. Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit. Jg. 49. Nr. 6, Juni 2017. S. 15- 17.
- Bielefeldt, Heiner. *Zum Innovationspotenzial der UNO- Behindertenrechtskonvention*. In: Deutsches Institut für Menschenrechte [online]. Berlin: Juni 2009. URL: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_5_zum_innovationspotenzial_der_un_behindertenrechtskonvention_auf3.pdf (01.10.2017)
- Bielefeldt, Heiner. «Menschenrechtsbildung - ein aktuelles Aufgabenfeld der Sozialen Arbeit.» In: *Werkstattheft Menschenrechte*. Akkaya, Gülcan. Haack, Lukas (Hrsg.). Luzern: Hochschule Luzern- Soziale Arbeit. 2010. S. 21-24.

²³ Das Literaturverzeichnis umfasst sämtliche Quellen der Bachelorthesis, auch diejenigen der Forschung.

- Bortoluzzi, Toni. *00.454 n Pa. Iv. Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen (Suter). Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR vom 3. Juli 2003*. [online]. Bern: 03.06.2003. URL: https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2000/Kommissionsbericht_SGK-N_00.454_2003-07-03.pdf (01.06.2018)
- Bronner, Kerstin. Paulus, Stefan. *Intersektionalität: Geschichte, Theorie und Praxis*. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich. 2017.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (Hrsg.). *Vernehmlassung über die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) – Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode)* [online]. Bern: 07.11.2017. URL: <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/gesetzgebung/vernehmlassungen/aenderung-verordnung-ueber-iv.html> (01.03.2018)
- Bundesamt für Sozialversicherungen (Hrsg.). *Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit in der Invalidenversicherung (KSIH)*. Bern: Vollzug Sozialversicherung, 2017.
- Bundesrat. *Die Invaliditätsbemessung in der Invalidenversicherung bei Teilerwerbstätigkeit. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Jans (12.3960 Schlechterstellung von teilerwerbstätigen in der Invalidenversicherung vom 28. September 2012)* [online]. s.l.: 01.07.2015 URL: <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/40281.pdf>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). *Vernehmlassungen* [online]. Bern: 2017, 30.11.2017. URL: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrecht/vernehmlassungen.html> (09.03.2018)
- Caduff, Claudio. Fuchs, Jakob. *Der Staat. Grundlagenbuch*. 26. überarb. Aufl. Zürich: Orell Füssli. 2018.
- Caplazi, Alexandra. «Die Person in Staat und Recht». In: Mösch, Payot, Peter. Schleicher, Johannes. Schwander, Marianne. (Hrsg.) *Recht für die Soziale Arbeit. Grundlagen und Ausgewählte Aspekte*. 4. akt. Aufl. Bern: Haupt Verlag. 2016. S. 77- 146.
- Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information (Hrsg.). *ICF: Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit*. Neu-Insenbrug: MMI, Med. Medien- Informations- GmbH. 2005.
- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (Hrsg.). *Der EGMR in 50 Fragen*. Strasbourg: Juli 2012.
- Evangelische Frauen Schweiz(EFS) (Hrsg.). *Statuten* [online]. Biel: 27.04.2007. URL: https://www.efs.ch/fileadmin/efs/Wer_wir_sind/Statuten_dt.pdf (01.05.2018)
- Fachhochschule Nordwestschweiz (Hrsg.). *Definition Mehrfachdiskriminierung* [online]. Windisch: 2008. URL: <http://www.mehrfachdiskriminierung.ch/definition>(13.05.2018)

- Frietzsche, Karl, Peter. *Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten*. 2. überarb. und aktual. Aufl. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh. 2009.
- «Gewöhnliche Verfahren». In: *Parlamentswörterbuch* [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=166> (03.05.2018)
- Goll, Christine. *00.454 n Pa. Iv. Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen (Suter). Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 19. August 2005* [online]. Bern: 19.08.2005. URL: https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2000/Kommissionsbericht_SGK-N_00.454_2005-08-19.pdf (01.06.2018)
- Hausammann, Christina. «Diskriminierung: Begrifflichkeiten und Konzepte». In: AvenirSocial (Hrsg.). *Sozial Aktuell. Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Jg. 44. Nr. 6. Juni 2012. S. 10-13.
- Inclusion Handicap (Hrsg.). *Statuten* [online]. Bern: 01.01.2016. URL: http://www.fugulier.ch/inclusion-handicap/admin/data/files/asset/file_de/102/statuten_inclusion-handicap.pdf?lm=1451914543 (01.05.2018)
- Inclusion Handicap (Hrsg.). *Schattenbericht. Bericht der Zivilgesellschaft anlässlich des ersten Staatenberichtsverfahrens vor dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen*. Bern: 16.05.2017.
- Informationsstelle AHV/IV. Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.). «Merkblatt. Berufliche Eingliederungsmassnahmen.» In: *Informationsstelle AHV/IV*. 1. Januar. 2018. [online]. URL: https://www.ahv-iv.ch/Portals/0/Documents/Merkblaetter/Gruppe_4/4.09_d.pdf (02.02.2018)
- INSOS- Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung (Hrsg.). *Statuten* [online]. Bern: 26.05.2014. URL: <https://www.insos.ch/assets/Downloads/Statuten-INSOS-Schweiz2.pdf> (01.05.2018)
- Kiener, Regina. Kälin, Walter. *Grundrechte*. 2. Aufl. Bern: Stämpfli Verlag AG. 2013.
- Juristinnen Schweiz (Hrsg.). *Statuten* [online]. Freiburg: 30.05.2001. URL: <https://lawandwomen.ch/files/filemanager/download/inline/b43c2a5d74709bcb2f53ac6d16a5f182> (01.05.2018)
- Kurt, Stefanie. *Änderung der gemischten Methode*. Interview mit Dirren Maria. HES-SO Wallis, Siders. (27.11.2017)
- Kälin, Walter. Locher, Reto. *Der Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen. Synthesebericht*. Bern: Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR). Juli 2015.

- Kälin, Walter. Künzli Jörg. «Die Rechtsnatur menschenrechtlicher Verpflichtungen». In: *Universeller Menschenrechtsschutz. Der Schutz des Individuums auf globaler und regionaler Ebene*. 3. vollständig überarb. und erw. Aufl. Basel: Helbing Lichtenhahn Verlag. 2013. S. 80-124.
- Kälin, Walter. Künzli Jörg. «Schutz der menschlichen Identität- Diskriminierungsverbote und Minderheitenschutz». In: *Universeller Menschenrechtsschutz. Der Schutz des Individuums auf globaler und regionaler Ebene*. 3. vollständig überarb. und erw. Aufl. Basel: Helbing Lichtenhahn Verlag. 2013. S. 396-441.
- Linder, Wolf. «Das Entscheidungssystem der Konkordanz». In: *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. 3. überarb. und akt. Aufl. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag. 2012. S. 327- 354.
- Linder, Wolf. Iff, Andrea. *Das politische System Schweiz*. Bern: Rotstift AG. 2011.
- Manfredi, Olga. Zimmermann, Helen. *Frauen mit Behinderung in Bildung und Arbeit- ein Steinwurf von der Gleichstellung entfernt? Eine Studie über die aktuelle Situation in der Deutschschweiz*. Luzern: Verlag an der Reuss, 2016.
- Mayring, Philipp. *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. 6. überarb. Aufl. Basel, Weinheim: Beltz Verlag. 2016.
- Mayring, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 12. überarb. Aufl. Basel, Weinheim: Beltz Verlag. 2015.
- Mauro, Gisella. Leuenberger, Ralph. «IV: Änderung bei der gemischten Methode». In: Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.). *Soziale Sicherheit CHSS*. März 2018. [online]. URL: <https://soziale-sicherheit-chss.ch/artikel/iv-aenderungen-bei-der-gemischten-methode/> (01.03.2018)
- Meyer, Thomas. *Was ist Politik?*. 3. akt. und ergänzte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Springer Fachmedien GmbH. 2010.
- Mösch, Payot, Peter. «Die Person und ihr staatlicher Schutz». In: Mösch, Payot, Peter. Schleicher, Johannes. Schwander, Marianne. (Hrsg.) *Recht für die Soziale Arbeit. Grundlagen und Ausgewählte Aspekte*. 4. akt. Aufl. Bern: Haupt Verlag. 2016. S. 233- 342.
- NGO- Koordination post Beijing Schweiz (Hrsg.). *Statuten* [online]. Kriens: 30.03.2015. URL: https://www.postbeijing.ch/cms/upload/pdf/Statuten_2015.pdf (01.05.2018)
- Parlamentsdienste. (Hrsg.). 12.3960 *Postulat. Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der Invalidenversicherung* [online]. Bern: sd a. URL: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20123960> (01.06.2018)
- Parlamentsdienste. (Hrsg.). 00.454 *Parlamentarische Initiative. Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen* [online]. Bern: sd b. URL: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20000454> (01.06.2018)

- «Parlamentarische Initiative». In: Parlamentswörterbuch [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=166> (03.05.2018)
- Patzelt, Werner J. «Was ist Politik?». In: *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*. 7. überarb. und erw. Aufl. Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe. 2013. S. 20- 51.
- «Postulat». In: Parlamentswörterbuch [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=177> (03.05.2018)
- Prasad, Nivedita. *Mit Recht gegen Gewalt. Die UN- Menschenrechte und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich. 2011.
- Procap Schweiz. *Statuten* [online]. s.l.: 01.01.2011. URL: https://www.procap.ch/fileadmin/user_upload/customers/redesign_procap/Ueber_uns/Organisation/2011_de_Statuten_Procap.pdf (01.05.2018)
- Pro Infirmis (Hrsg.) *Invaliditätsbegriff und Invaliditätsbemessung* [online]. Zürich: sd. URL: <https://www.proinfirmis.ch/subseiten/behindert-was-tun/inhaltsverzeichnis/renten-und-ergaenzungsleistungen/invaliditaetsbegriff-und-invaliditaetsbemessung.html#c11991> (13.05.2018)
- Pärli, Kurt. «Rechtswissenschaftliche Diskriminierungsforschung». In: Scherr, Albert, El-Mafaalani, Yüksel, Gökçen (Hrsg.). *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer VS GmbH 2017. S. 101-117.
- Pärli, Kurt. «Gemischte Methode der Invaliditätsbemessung verstösst gegen EMRK». In: Riemer- Kafka, Gabriela. Cardinaux, Basile. Gächter, Thomas. Kahil- Wolff, Bettina. Konrad, Hanspeter. Müller, Urs. Schneider, Jaques- André. (Hrsg.). *Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge*. Jg. 60. Nr. 4, 2016. S. 390- 400.
- Rieger, Günter. «Wege zur politischen Professionalisierung der Sozialen Arbeit». In: AvenirSocial (Hrsg.). *Sozial Aktuell. Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Jg. 42. Nr. 7/8. Juli/ August 2010. S. 10-14.
- «Schlussabstimmung». In: Parlamentswörterbuch [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=194> (03.05.2018)
- Schweizerischer Blinden und Sehbehindertenverband. *Statuten* [online]. Bern: 23.05.2013. URL: https://www.sbv-fsa.ch/sites/default/files/downloads/SBV-STATUTEN_130930_D.pdf (01.05.2018)

- Schweizerische Bundesgericht (Hrsg.). *Geschichte Bundesgericht* [online]. Lausanne, Luzern: sd. URL: <https://www.bger.ch/index/federal/federal-inherit-template/federal-status/federal-geschichte.htm> (16.06.2018)
- Schweizerischer Gehörlosenbund (Hrsg.). *Statuten des Schweizerischen Gehörlosenbundes* [online]. Martigny, Zürich: 2014. URL: http://www.sgb-fss.ch/wp-content/uploads/2015/06/sgb-fss_statuten_d.pdf(01.05.2018)
- Staub- Bernasconi, Silvia. *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis- ein Lehrbuch*. Bern, Wien Stuttgart: Haupt Verlag, 2007 a.
- Staub- Bernasconi, Silvia. *Soziale Arbeit: «Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft»*. In: Lesch, Walter. Lob- Hüdepohl, Andreas (Hrsg.). *Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch*. Paderborn, München, Wien, Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh. GmbH & Co. 2007 b. S. 20- 53.
- Staub-Bernasconi, Silvia. «Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat». In: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen (Hrsg.). *Sozialarbeit in Österreich. Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik*. Nr. 2, Juli 2007 c. S. 8-17.
- Verein humanrights.ch. *Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen - Umsetzung in der Schweiz*. [online]. Bern: 30.06.2016. URL: <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/uno/brk/> (03.04.2017)
- Verein humanrights.ch. *di Trizio* [online a]. Bern: 02.02.2016. URL: <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/egmr/ch-faelle/di-trizio-2016> (03.04.2017)
- Verein humanrights.ch. *Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau - Umsetzung in der Schweiz* [online b]. Bern: 2016. URL: <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/uno/frauenrechtskonvention/> (03.08.2017)
- Vereinigung Cerebral Schweiz (Hrsg.). *Statuten der Dachorganisation* [online]. Solothurn: 15.09.2007. URL: https://www.vereinigung-cerebral.ch/fileadmin/media/Dachverband/Dokumente/docs_Wir/3.1_Statuten_2007_d.pdf (01.05.2018)
- «Verfahren bei einem Postulat». In: *Parlamentswörterbuch* [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=177> (03.05.2018)
- «Verfahren einer parlamentarischen Initiative». In: *Parlamentswörterbuch* [online]. Bern: sd. URL: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch/parlamentsw%C3%B6rterbuch-detail?WordId=166> (03.05.2018)

Von Spiegel, Hiltrud. *Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit*. München: Ernst Reinhardt Verlag, 2006.

Wehrli, Reto. 00.454 n Pa. Iv. *Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen (Suter)*. Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 5. Juli 2006. [online.] Bern: 05.07.2006 URL: https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2000/Kommissionsbericht_SGK-N_00.454_2006-07-05.pdf (01.06.2018)

Widmer, Dieter. «3-Säulen- Konzept». In: *Die Sozialversicherung in der Schweiz*. 11. ergänzte und überarb. Aufl. Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien AG. 2017. S. 8-12.

Widmer, Dieter. «Invalidenversicherung». In: *Die Sozialversicherung in der Schweiz*. 11. ergänzte und überarb. Aufl. Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien AG. S. 65- 120.

Winker, Gabriele. Degele, Nina. *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. 2. unveränderte Aufl. Bielefeld: transcript Verlag. 2010.

Teil 7

Anhang

13 E-Mail Austausch AvenirSocial²⁴

Der E- Mail Austausch fand am 07.05.2018 statt, nachdem der telefonische Austausch mit dem Sekretariat von AvenirSocial erfolgte.

Guten Tag Frau Grob, Guten Tag Herr Beuchat

Mein Name ist Dirren Maria und ich befinde mich zurzeit im sechsten Semester des Studiengangs Soziale Arbeit an der HES-SO in Siders.

Auf Empfehlung einer Mitarbeitenden der Administration, richte ich mein Anliegen an Sie:

In meiner Bachelorthesis greife ich den Fall Di Trizio auf und handle in meiner Forschung das Vernehmlassungsverfahren über die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV)-Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) mittels Dokumentenanalyse ab.

Gerne möchte ich erfahren, ob avenirsocial ebenfalls eine Stellungnahme bezogen hat? Wenn ja, könnten Sie mir eine Kopie der Antwort auf die Vernehmlassung zuschicken? Wenn nein, weshalb hat avenirsocial die Stellungnahme unterlassen?

Ich danke Ihnen im Voraus und wünsche Ihnen eine gute Zeit.

Freundliche Grüsse

Maria Dirren

HES-SO Valais
Studentin BAC 15
Soziale Arbeit/ Travail Social
3960 Sierre

Guten Tag Frau Dirren

Besten Dank für Ihre Nachricht und die Anfrage. AvenirSocial verfügt nicht über Ressourcen, um auf Vernehmlassungsverfahren bei Verordnungen zu antworten, so auch im Falle der Verordnung, die Sie erwähnen.

Unter <http://www.avenirsocial.ch/de/f042001377.html> finden Sie jedoch unsere gesamten Vernehmlassungsantworten, vielleicht sind Ihnen diese hilfreich?

Wir wünschen Ihnen gutes Gelingen für Ihre Bachelorthesis, beste Grüsse,

Annina Grob

Co-secrétaire générale | Co-Geschäftsleiterin AvenirSocial
Schwarztorstrasse 22
Postfach
3001 Bern

a.grob@avenirsocial.ch
0041 (0)31 380 83 08

Guten Tag Frau Grob

Besten Dank für Ihre rasche, informative Antwort.

Ich danke Ihnen und freundliche Grüsse

Maria Dirren

HES-SO Valais
Studentin BAC 15
Soziale Arbeit/ Travail Social
3960 Sierre

²⁴ Die weiteren Kapitel des Anhangs stellen eine verkürzte Version dar. Das Expertinneninterview, dessen Regelwerk und der dazugehörige E-Mail Austausch sind nicht aufgeführt. Diese Änderungen erfolgten in Absprache mit der Begleitdozentin und Expertin in Rahmen der Verteidigung am 13.09.2018.

14 Liste der konsultierten Dokumente

- 14.1 Vernehmlassungsbericht
- 14.2 Interessenverbände für Frauen
 - 14.2.1 Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
 - 14.2.2 Juristinnen Schweiz
 - 14.2.3 NGO Post Beijing
- 14.3 Interessenverbände für Menschen mit Behinderung
 - 14.3.1 AGILE.CH
 - 14.3.2 avanti donne
 - 14.3.3 Inclusion Handicap
 - 14.3.4 INSOS Schweiz
 - 14.3.5 Procap
 - 14.3.6 Vereinigung Cerebral Schweiz
 - 14.3.7 Blinden und Sehbehindertenverband (SBV)
 - 14.3.8 Schweizerischer Gehörlosenbund (SGB- FSS)

15 Zusammenfassende Inhaltsanalyse und Induktive Kategorienbildung

Vorgehen

Gemäss Mayring (2015, 69) liegt das Grundprinzip einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse und induktiver Kategorienbildung darin, den Text mittels Makrooperatoren (Auslassen, Generalisation, Konstruktion, Integration, Selektion, Bündelung) auf eine immer höhere Abstraktionsebene zu bringen und so zusammenzufassen.

Mayring (2015, 85-87) erklärt, dass sich die Kategorien bei der induktiven Kategoriendefinition direkt aus dem Material heraus leiten. In der Logik dieser Inhaltsanalyse muss zunächst ein Selektionskriterium eingeführt werden, dass das Material bestimmt, welches den Ausgangspunkt der Kategoriendefinition darstellt. Hierauf wird das Abstraktionsniveau der zu bildenden Kategorien festgelegt. Dann wird das Material Satz für Satz durchgearbeitet.

Die formatierten Vernehmlassungen dienten als Ausgangsmaterialien. (Kapitel 15)

Der Vernehmlassungsbericht bildet das Ausgangsmaterial der Kategorienfindung. Dies begründet sich in der Fragestellung "Wie positionieren sich deutschsprachige Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode?". Um die Positionierung ausfindig machen zu können, muss zuerst erschlossen werden **zu welchen Punkten** sich die Interessenverbände positionieren können.

In einem ersten Durchlauf wurde das vorbereitete Material anhand der der einzelnen Titel des Vernehmlassungsberichtes eingeteilt: "Ausgangslage, Allgemeiner Teil: wichtigste Änderungen im Überblick, Besonderer Teil: Erläuterung der einzelnen Bestimmungen, Inkrafttreten." Die Textstellen wurden reduziert, indem Bindewörter und/oder Ausschmückungen weggelassen wurden. Anschliessend wurden Paraphrasen (Wörter und Satzteile) gebildet und mittels unterschiedlichen Ebenen strukturiert. Dann erfolgte die Streichung nicht relevanter Textstellen. Schliesslich wurden ähnliche Textpassagen farbig Markiert. (Tabelle 1)

Die farbigen Markierungen und Gliederung in Ebenen unterstützten die anschliessende Kategorienbildung für die zweite Tabelle. Während die farbigen Paraphrasen als Kategorie für die zweite Tabelle fungierte, wurden die restlichen Paraphrasierungen den Kategorien untergeordnet und zusammengefasst. (Tabelle 2)

In einem dritten Durchlauf erfolgte eine Subsumtion der Kategorien und die erste Erstellung der Codes und Unterkodes. Bei Letzteren waren Streichungen, Zusammenfassungen und Neuordnungen der Paraphrasierungen notwendig. (Tabelle 3).

In diesem Durchlauf stellten sich nachfolgende Codes und Unterkodes heraus:

- ▽ EGMR- Urteil
 - Indirekte Diskriminierung

- EMRK- und Verfassungskonformität erforderlich
- ▽ Übergangsregelung: Rundschreiben
- ▽ Umsetzung
 - Rasche Klärung
 - Einheitliche Anwendung
 - Ohne neue Mittel
 - In kraft ab 01.01.2018
- ▽ Gemischte Methode
 - keine gesetzliche Regelung
 - Haus- und Familienarbeit ökonomisch und gesellschaftlich relevant
 - Überproportionale Berücksichtigung Erwerbstätigkeit von CH Lehre kritisiert
- ▽ Neue gemischte Methode
 - Anlehnung an UV
 - hypothetische Vollerwerbstätigkeit
 - Pa. Iv. Suter
 - Berücksichtigung der Wechselwirkung
 - Diskriminierungsfreie Ausgestaltung
 - Bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf
 - Rechtsgleiche Behandlung
- ▽ Neuer Aufgabenbereich
 - Assimilation der Haushaltstätigkeit an Verordnungsänderung
 - Beibehalten der klösterlichen Gemeinschaft
 - Änderung der üblichen in notwendige Tätigkeit
 - Streichung gemeinnütziger und künstlerischer Tätigkeit
 - Aufnahme der Betreuung und Pflege Angehöriger
 - Ausschliesslich Tätigkeiten die nach Eintritt der Invalidität von Dritten erbracht werden
- ▽ Auswirkungen auf Sozialversicherungen
 - Auswirkungen auf Invalidenversicherung
 - Auswirkungen auf Berufliche Vorsorge
 - Auswirkungen auf Unfallversicherung
 - Auswirkungen auf Ergänzungsleistung
- ▽ Auswirkungen auf versicherte Person
 - Versicherte Person und Invalidenversicherung
 - Versicherte Person und berufliche Vorsorge
 - Versicherte Person und Ergänzungsleistungen

▽ Übergangsbestimmungen

- Rentenrevision laufender Renten von Amtes wegen
- Neuansmeldung bei bisher ausgeschlossenen Renter/-innen

Auch kristallisierte sich bei diesem Durchlauf eine notwendige Explikation des Postulat Jans und der Pa. Iv. Suter heraus, was die Streichung der Kategorie im Kode-Verfahren und Überführung in ein Explikationsverfahren (Kapitel 18), nach sich zog.

Das Explikationsverfahren führte zu folgenden Kode- Änderungen:

▽ ~~EGMR-Urteil~~ **Veranlassung**

- Indirekte Diskriminierung, **da gemäss Bericht zur Beantwortung des Postulat Jans 98% der Fälle Frauen**
- EMRK- und Verfassungskonformität erforderlich

▽ Umsetzung

- IVV
- **IVG**

▽ Neue gemischte Methode

- hypothetische Vollerwerbstätigkeit, **angelehnt an Pa. Iv. Suter, gemäss UVG**
- Berücksichtigung der Wechselwirkung
- Diskriminierungsfreie Ausgestaltung
- Bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf

Folglich galt es die dritte Tabelle als Ausgangslage für das induktive Verfahren anzupassen, woraus ein erster detaillierter Kodierplan (Tabelle 4) erstellt wurde.

Dann wurden die Stellungnahmen mit Hilfe der erstellten Kodierungen analysiert, wobei das Verfahren stets offen war für neue Codes respektive Unterkodes.

Es erfolgte eine kontinuierliche Paraphrasierung und damit Subsumtion der Aussagen der einzelnen Stellungnahmen. Auch offenbarte sich, dass zu einigen Codes respektive Unterkodes keine Positionen bezogen wurde, was zu deren Streichung führte. Demgegenüber kristallisierten sich neue Codes und Unterkodes heraus. (Tabelle 5)

Die endgültigen Kodes und Unterkodes der zusammenfassenden Inhaltsanalyse mit induktivem Verfahren, unter Berücksichtigung des Explikationsverfahrens, konnten zusammengefasst werden:

Veranlassung
Indirekte Diskriminierung, da gemäss Bericht zur Beantwortung des Postulat Jans 98% der Fälle Frauen
EMRK- und Verfassungskonformität erforderlich
Übergangsregelung: Rundschreiben
Umsetzung
IVV
Gemischte Methode
Keine gesetzliche Regelung
Haus- und Familienarbeit ökonomisch und gesellschaftlich relevant
Überproportionale Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit von CH Lehre kritisiert
Neue gemischte Methode
Hypothetische Vollerwerbstätigkeit, angelehnt an Pa. Iv. Suter, gemäss UVG
Berücksichtigung der Wechselwirkung
Diskriminierungsfreie Ausgestaltung
Bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf
Rechtsgleiche Behandlung
Neuer Aufgabenbereich
Assimilation der Haushaltstätigkeiten an Verordnungsänderung
Änderung der üblichen in notwendige Tätigkeiten
Streichung gemeinnütziger und künstlerischer Tätigkeiten
Aufnahme der Betreuung und Pflege Angehöriger
Ausschliesslich Tätigkeiten, die nach Eintritt der Invalidität an Dritte erbracht werden
Auswirkungen auf die IV
Kosten
Umschulung gemäss Art. 17 IVG
Übergangsbestimmungen
Rentenrevision laufender Renten von Amtes wegen
Neuanmeldung bei bisher ausgeschlossenen Rentner/-innen
Verweise Interessenverbände für Menschen mit Behinderung
Anmerkungen zur Rentenabklärung
MEDAS- Gutachten
Recht auf ein faires Verfahren- Waffengleichheit zwischen Gutachtenden und versicherten Personen

Tabelle 5 Kodes und Unterkodes der ersten zwei Techniken
eigene Darstellung

16 Explikationsverfahren

Nach Mayring (2015, 90) ist das Explikationsverfahren dadurch gekennzeichnet, dass zu interpretationsbedürftigen Textausschnitten zusätzliches Material hinzugezogen wird, um die Textstelle zu "erklären, verständlich zu machen, zu erläutern, zu explizieren."

Gemäss Mayring (2015, 91-93) lässt sich das Explikationsverfahren in fünf nachfolgende Schritte unterteilen:

1. **Bestimmung der zu explizierenden Textstelle:** Zu Beginn soll die Textstelle bestimmt werden, die expliziert werden soll.

Der Vernehmlassungsbericht (Kapitel 14.1) bildet das Referenzsystem respektive Ausgangsmaterial des Explikationsverfahrens.

I. Ausgangslage

1. Bericht in Beantwortung des **Postulates Jans 12.3960** "Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der IV". [Z 1-3]

Methode gemäss Pa. Iv. 00.454 «Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen» vom 6. Oktober 2000: Die Initiative sah vor, die bisherige Regelung zur Invaliditätsbemessung bei Teilerwerbstätigen weitgehend bestehen zu lassen [Z 28-30]

Das Postulat wird im Vernehmlassungsbericht als Ausgangslage bezeichnet. Weiter wird auf die Methode gemäss Pa. Iv. 00.454 aufmerksam gemacht. Mittels Explikationsanalyse soll ausfindig gemacht werden:

- a) Was ist ein Postulat? Was ist eine Pa. Iv?
- b) In wie fern fungiert das Postulat als Ausgangslage des Vernehmlassungsverfahrens?
- c) Was war der Ursprung des Postulats und der Pa. Iv

2. **lexikalisch- grammatikalische Definition der Textstelle:** Im zweiten Schritt wird geklärt, ob eine lexikalische Bedeutung der Textstelle bereits ausreicht, wobei die Benutzung der Lexika des jeweiligen soziokulturellen und sprachlichen Hintergrunds notwendig sind.

Die Klärung der Begrifflichkeiten orientierte sich einerseits am Lehrmittel "Der Staat. Politisches Grundwissen mit politischen und gesellschaftlichen Vernetzungen" von Caduff und Fuchs, sowie am Parlamentswörterbuch.²⁵ Dadurch sollen das Postulat und die Parlamentarische Initiative entsprechend ihres soziokulturellen Hintergrundes dargelegt werden. Das Kapitel dient gleichzeitig der Beantwortung der Fragestellung a, was ist ein Postulat und was ist eine Pa. Iv

3. **Bestimmung des zu lässigen Explikationsmaterials:** Im dritten Schritt wird bestimmt, welches zusätzliche Material für die Explikation zulässig ist, wobei von engen zum weiteren Kontext ausgeweitet wird. Die Relevanz des Materials bezüglich Textstelle muss genau begründet werden.

²⁵ Online vorzufinden unter: <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch>

Zum Explikationsverfahren wurden die Beschreibungen der Parlamentsdienste und Initianten des Postulats und der parlamentarischen Initiative hinzugezogen. Dadurch kann der Ausgangspunkt oder die Begründung des Postulats respektive der parlamentarischen Initiative bestimmt werden. Weiter wurde der Bericht des Bundesrates zum Postulat konsultiert, um die Verwobenheit mit dem Vernehmlassungsverfahren ausfindig zu machen.

4. Materialsammlung: Der Autor (2015,92) unterscheidet zwischen einer engen und weiten Kontextanalyse. Während bei einer engen Kontextanalyse der eigentliche Textkontext hinzugezogen wird, wird bei einer weiten Kontextanalyse zusätzliches Material beansprucht. Nach Mayring (2015, 94) müssen bei der weiten Kontextanalyse anschliessende Regeln berücksichtigt werden:

- "Überprüfe, ob zum Verfasser der Textstelle weiteres explizierendes Material zugänglich ist!
- Ziehe Material über die Entstehungssituation des Textes zur Erklärung heran!
- Überprüfe, ob aus dem theoretischen Vorverständnis explizierendes Material abgeleitet werden kann!
- Überprüfe, ob aufgrund des eigenen allgemeinem Verstehenshintergrundes weiteres Material heranzuziehen ist!
- Begründe die Relevanz, den Bezug des gesammelten Materials zur fraglichen Textstelle!"

5. Formulierung der explizierenden Paraphrasen: Aus dem Material soll eine Formulierung konstruiert werden, die die fragwürdige Textpassage erklärt. Dies erfolgt in mittels Zusammenfassung, sofern die Passagen nicht widersprüchlich zum Ausgangsmaterial ist, was alternative Paraphrasen nach sich zieht.

Bezogen auf den Forschungsbereich, können das Postulat und die parlamentarische Initiative als vorangegangene politische Vorstösse zur Überprüfung respektive Anstoss zur Gesetzesänderung zur gemischten Methode betrachtet werden. Die festgestellten Kontroversen, aber auch Gemeinsamkeiten führen zu folgenden **Unterkodes** für die zusammenfassende Inhaltsanalyse mit induktivem Verfahren:

- ▽ Veranlassung
 - Indirekte Diskriminierung, **da gemäss Bericht zur Beantwortung des Postulat Jans 98% der Fälle Frauen**
 - EMRK- und Verfassungskonformität erforderlich
- ▽ Übergangsregelung: Rundschreiben
- ▽ Umsetzung
 - ~~Rasche Klärung~~
 - ~~Einheitliche Anwendung~~
 - ~~Ohne neue Mittel~~
 - ~~In kraft ab 01.01.2018~~
 - IVV
 - **IVG**
- ▽ Gemischte Methode
 - keine gesetzliche Regelung

- Haus- und Familienarbeit ökonomisch und gesellschaftlich relevant
 - Überproportionale Berücksichtigung Erwerbstätigkeit von CH Lehre kritisiert
 - ▽ Neue gemischte Methode
 - hypothetische Vollerwerbstätigkeit, **angelehnt an Pa. Iv. Suter, gemäss UVG**
 - Berücksichtigung der Wechselwirkung
 - Diskriminierungsfreie Ausgestaltung
 - Bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf
 - Rechtsgleiche Behandlung
 - ▽ Neuer Aufgabenbereich
 - Assimilation der Haushaltstätigkeit an Verordnungsänderung
 - Beibehalten der klösterlichen Gemeinschaft
 - Änderung der üblichen in notwendige Tätigkeit
 - Streichung gemeinnütziger und künstlerischer Tätigkeit
 - Aufnahme der Betreuung und Pflege Angehöriger
 - Ausschliesslich Tätigkeiten die nach Eintritt der Invalidität von Dritten erbracht werden
 - ▽ Auswirkungen auf Sozialversicherungen
 - Auswirkungen auf Invalidenversicherung
 - Auswirkungen auf Berufliche Vorsorge
 - Auswirkungen auf Unfallversicherung
 - Auswirkungen auf Ergänzungsleistung
 - ▽ Auswirkungen auf versicherte Person
 - Versicherte Person und Invalidenversicherung
 - Versicherte Person und berufliche Vorsorge
 - Versicherte Person und Ergänzungsleistungen
 - ▽ Übergangsbestimmungen
 - Rentenrevision laufender Renten von Amtes wegen
 - Neuanmeldung bei bisher ausgeschlossenen Renter/-innen
- 6. Überprüfung, ob Explikation ausreicht:** Die gebildete Paraphrase wird an die entsprechende Textstelle gesetzt und abgeschätzt werden, ob die Explikation ausreicht oder eine erneute Explikation mit weiterem Material durchgeführt werden soll.

17 Deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung

Nach Mayring (2015, 85) wird bei der deduktiven Kategoriendefinition das Ausgangsmaterial durch theoretische Vorüberlegungen geprüft und das Material auf eine bestimmte Strukturierung hin untersucht. Mayring (2015, 97) betont, dass drei Schritte wichtig sind:

1. Die präzise Bestimmung der Strukturierungsdimensionen erfolgt anhand einer theoretischen Begründung und orientiert an der Fragestellung.
2. Die Differenzierung der Strukturierungsdimension ereignet sich durch Aufspaltung einzelner Dimensionen, die schliesslich zu einem Kategoriensystem zusammengefasst werden.
3. Der Materialbestandteil, der unter eine Kategorie fällt muss genau bestimmt werden. Wobei sich die Drei- Schritt- Abfolge bewährt hat:
 - a. Definition der Kategorie, welcher Textbestandteil fällt unter eine Kategorie.
 - b. Ankerbeispiel, ein konkretes Beispiel wird aufgezeigt, das für die Kategorie kennzeichnend ist.
 - c. Kodierregel, Regeln werden formuliert, um Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden und eindeutige Zuteilungen zu ermöglichen.

Gemäss Mayring (2015, 103) verfolgt die inhaltliche Strukturierung das Ziel, bestimmte Themen aus den Materialien zu extrahieren und zusammenzufassen. Die herauszufilternden Inhalte werden durch die theoriegeleiteten Kategorien bestimmt.

17.1 Präzisierung der Strukturierungsdimension

Die Fragestellung der Thesis lautet: Wie positionieren sich deutschsprachige Interessenverbände für Frauen und Menschen mit Behinderung im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der gemischten Methode?

Ergänzend wird auch hier die theoriegeleitete Hypothese aufgeführt die besagt: Die Interessenverbände sprechen sich für die Anpassung der gemischten Methode aus, damit teilzeiterwerbstätigen Frauen mit Behinderung eine gerechtere Methode der Invaliditätsgradbemessung unterbreitet werden kann.

Die Strukturierungsdimensionen umfassen die drei Hauptthemen: Menschenrechte, Behinderung und Diskriminierung. Nachfolgend werden diese theoretisch begründet.

17.1.1 Menschenrechte

Die Menschenrechte bilden die Legitimationsbasis für das dritte Mandat (Kapitel 5.1.3), das wiederum den Ethikkodex (Kapitel 5.1.2) beinhaltet, der die Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit als fundamentale Bedeutung für die Soziale Arbeit aufführt. Weiter konnte aufgezeigt werden, dass Menschenrechte auf universaler (Kapitel 2.3), regionaler (Kapitel 2.4) und nationaler (Kapitel 3.1.2) Ebene vorherrschend sind und das Pendant zum staatlichen Gewaltmonopol bilden. (Kapitel 2.1)

Für das deduktive Verfahren wird der Fokus auf die universalen Menschenrechtsverträge (Kapitel 2.3), namentlich Frauenrechtskonvention (Kapitel

2.3.1) und Behindertenrechtskonvention (Kapitel 2.3.2), gelegt. Da die nationale und regionale Ebene in der zusammenfassenden Inhaltsanalyse mit induktiven Verfahren, sowie dem damit zusammenhängenden Explikationsverfahren, bereits aufgegriffen wurden. Hierbei stehen die Fragen im Fokus, ob die universellen Menschenrechtsverträge in der Argumentationslinie der Stellungnahmen aufgeführt, respektive mitgedacht werden.

17.1.2 Behinderung

Im Kapitel 3.2 konnte aufgezeigt werden, dass die Begriffe Invalidität und Behinderung enorme Differenzen aufzeigen. Bei der Invalidität (Kapitel 3.2.1) steht die Erwerbseinbusse aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung im Fokus. Die funktionalen Gesundheit (Kapitel 3.2.2.3) betrachtet Behinderung aus einer bio-psycho-sozialen Sichtweise. Behinderung bezeichnet darin die Beeinträchtigung von Funktionsweisen eines Menschen und resultieren aus dem Zusammenspiel der verschiedenen nachfolgenden Komponenten:

5. *Schädigung*: Welche Körperfunktionen- und Strukturen sind beeinträchtigt?
6. *Aktivitäten*: Wie wirkt sich die Beeinträchtigung konkret auf die Aktivitäten und das autonome Handeln aus?
7. *Partizipation*: Wie beeinflusst die Beeinträchtigung die gesellschaftliche Teilhabe?
8. *Kontextfaktoren*: Wie wirken sich persönliche und umweltbezogene Faktoren auf die Partizipationsmöglichkeiten aus?

Im deduktiven Verfahren soll ausfindig gemacht werden, ob die Interessenverbände die Behinderung und Invalidität klar trennen, respektive aus welchem Blickwinkel sie Behinderung betrachten: im Sinne der IV und/oder im Sinne der ICF.

17.1.3 Mehrfachdiskriminierung

Im Kapitel 3.1 wurde aufgezeigt, dass Diskriminierung als komplexes soziales Phänomen ist Teil von unterschiedlichen Disziplinen und deren Forschungen. Während Diskriminierungsverbote eines der Hauptziele der Vereinten Nationen und wichtigste Komponente des internationalen Menschenrechtsschutzes sind (Kapitel 3.1.1) versuchen auch die Grundrechte (Kapitel 3.1.2), insbesondere Art. 8 der BV (Kapitel 3.1.2.1) Diskriminierung zu fassen.

Auch wird Diskriminierung aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive betrachtet, wobei die Mehrfachdiskriminierung (Kapitel 3.1.1) ins Zentrum gelangt. So kann gemäss FNHW (2008, online) Diskriminierung ausschliesslich durch zwei oder mehrere Merkmale stattfinden und separat betrachtete Diskriminierungsgründe der Realität von betroffenen Individuen nicht gerecht werden. Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt die Überschneidungen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Diskriminierungsmerkmale, wobei sie in verschiedenen Literaturen als additive, verstärkende oder intersektionelle Diskriminierung bezeichnet wird.

Auch hier wird der Fokus des deduktiven Verfahrens ausschliesslich auf die sozialwissenschaftliche Perspektive gerichtet. Denn die juristische Perspektive von Diskriminierung wurde bereits im induktiven Verfahren aufgegriffen. Weiter ist anzumerken, dass im induktiven Verfahren bereits ersichtlich wurde, dass additive-,

verstärkende- und intersektionelle Diskriminierung nicht explizit aufgeführt sind. Deshalb wird die Mehrfachdiskriminierung als Kategorie aufgeführt und eine mögliche Zuordnung zu den unterschiedlichen (Mehrfach-) Diskriminierungsbegriffen für die Diskussion offen gelassen.

17.2 Kodierleitfaden

Nach der Präzisierung der Strukturdimensionen anhand der theoretischen Vorüberlegungen, sowie der Berücksichtigung der bereits erfolgten Induktiven- und Explikationsverfahren, folgt nun der Kodierplan des deduktiven Verfahrens. Dazu wurden die Stellungnahmen der Interessenverbände (Kapitel 15.2, 15.3) konsultiert.

Kodierung	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
Universale Menschen-rechte	<p>Verweis auf die Ratifizierung von:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Internationalen/ universalen Abkommen • CEDAW/ FRK/ Frauenrechts-Konvention • CRPD/ BRK/ Behinderten-Rechtskonvention <p>Mit der Ratifizierung einhergehende Verpflichtungen.</p>	<p>[...]trotz Unterzeichnung internationaler Abkommen von der Schweiz nicht nur hingenommen, sondern [...] zementiert wurde. [Juristinnen CH; Z 15-17]</p> <p>[...] dass die Schweiz aufgrund der Verpflichtungen durch die Ratifizierung des CEDAW, [...] sowie der BRK, [...] auch neben dem vorliegenden Entscheid des EGMR verpflichtet ist, jegliche Art von direkter sowie indirekter Diskriminierung und gegenüber Frauen und im Besonderen Frauen mit Behinderung zu unterlassen oder zu beseitigen. [Juristinnen CH, Z 24-31]</p>	Mindestens einer der Begriffe der Definition muss aufgeführt sein.
Behinderung	<p>Differenzierung der Betroffenen in weiteren Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Menschen mit Behinderung • Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung • Invalidität, invalid • Teilzeiterwerbstätige Versicherte 	<p>[...] gesundheitlich beeinträchtigte Menschen beziehungsweise Menschen mit Behinderungen [AGILE.CH, Z 75-76]</p> <p>[...] der Invaliditätsbemessung für teilzeiterwerbstätige Versicherte nach der gemischten Methode beruht[...] [Procap, Z 4-5]</p>	<p>Jede Unterscheidung die zum Begriff Behinderung gemacht wird, sowie die Behinderung selbst werden dazu gezählt.</p> <p>Auch die Begriffe Invalidität und invalid werden aufgeführt, sofern sie explizit erwähnt werden und Invalidität nicht weiter modifiziert wird, wie beispielsweise Invaliditätsgrad oder Invaliditätsbemessung.</p> <p>Der Begriff teilzeiterwerbstätige Versicherte wird aufgeführt. Da hierbei implizit von der spezifischen Invalidität anhand der gemischten Methode ausgegangen wird.</p>
Mehrfach-Diskriminierung	<p>Passagen die Diskriminierung an mindestens zwei unterschiedlichen Merkmalen aufgreift, dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Behinderung (als Kategorie) • Frauen (als Kategorie) • doppelte Diskriminierung • mehrfach Diskriminierung 	<p>[...] betroffene Frauen erfahren eine längst fällige Anerkennung ihrer dreifachen Belastung als unbezahlt tätige Hausfrauen, Mütter und Angehörigenpflegerinnen, als bezahlt Erwerbstätige [...]</p> <p>[avanti donne, 10-12]</p> <p>[...]diese doppelte indirekte Diskriminierung[...]</p> <p>[NGO Post Beijing, 13-14]</p>	<p>Mindestens einer der Begrifflichkeiten wird explizit erwähnt.</p> <p>Aussagen, die auf eine Mehrfachdiskriminierung rückschliessen lassen, da unterschiedliche Ebenen, Kategorien und/oder Machtverhältnisse angesprochen werden. Die Wechselwirkung unter den Kategorien und/oder Ebenen muss ersichtlich sein.</p>

Tabelle 6 Kodierleitfaden deduktives Verfahren und inhaltliche Strukturierung
eigene Darstellung